Nr. 111 Mittwoch, den 18. Mai 1910 17. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telephon: 13693. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilauflage 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

In der Neuen Vogtländischen Zeitung läßt der Abg. Merkel zum Fall Langhammer eine die nationalliberale Partei schwer kompromittierende Erklärung los.

•

Auf dem Verbandstage der Mühlenarbeiter wurde der Verschmelzung mit den Brauereiarbeitern zugestimmt.

•

Die türkische Regierung beabsichtigt, den Albanesen im Interesse des Friedens weitgehende Zugeständnisse zu machen.

Schutz des Koalitionsrechts vor dem Erpressungsparagraphen.

Leipzig, 18. Mai 1910.

Der Kommissionsbericht über die Strafprozeßnovelle, aus dem wir bereits den Abschnitt über die Lex Eulenburg (Verschärfung der Beleidigungsparagraphen) behandelt haben, liefert auch bemerkenswertes Material über die Stellung der Parteien und der Regierung zum Schutz des Koalitionsrechts vor dem Erpressungsparagraphen. Eine empörende Rechtsauslegung hat es bekanntlich dahin gebracht, daß ehrliche Arbeiter und Arbeitervertreter, die bei Unterhandlungen mit Unternehmern den Streik ankündigen, mit ehrlosen Erpressern auf eine Stufe gestellt werden. Dieser schreiende Mißbrauch des Rechts gegen die Arbeiterbewegung ist schließlich, nachdem selbst im Auslande diese Rechtspraxis als warnendes Beispiel angeführt worden ist, nachdem vor allem aber die Arbeiterschaft den Spieß dieser Auslegung gegen die Unternehmer zu kehren begann, selbst der Regierung peinlich geworden, die mehr als zwei Jahrzehnte lang dieser Vernichtung des Koalitionsrechts durch die Gerichte tatenlos zugesehen hat. In der Strafgesetznovelle hat sie eine Aenderung des § 253 des Strafgesetzbuchs vorgeschlagen, die ihrer Versicherung nach die mißbräuchliche Anwendung des Erpressungsparagraphen gegen den Lohnkampf verhindern will, die aber, wie wir bei unsrer ersten Besprechung der Novelle (im März 1909) hier schon eingehend nachgewiesen haben, für diesen Zweck gänzlich ungenügend ist, ja geradezu der Klassenjustiz neue Wege eröffnet. Die ganze Aenderung des § 253, die die Novelle bringt, besteht darin, daß nicht schon wie jetzt die Nötigung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung durch Gewalt oder Drohung zum Zweck der Erlangung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils strafbar sein soll, sondern daß durch diese Handlung das Vermögen eines andern beschädigt werden muß. Die Begründung weist darauf hin, daß der Richter, um festzustellen, ob eine solche Vermögensschädigung stattgefunden habe, den Wert der beiderseitigen Leistungen in Betracht zu ziehen und abzuwägen hat, „ob der vereinbarte Lohn im Mißverhältnis zu dem wahren Wert der Arbeitsleistung stehe". Das ist ein Danaergeschenk für die Arbeiterschaft; der Richter wird dadurch zur Entscheidung in sehr schwierigen wirtschaftlichen Fragen gedrängt, von denen der deutsche Durchschnittsrichter sehr wenig versteht und in denen er infolge seiner bourgeoisen Befangenheit nur zu leicht durch die Brille der Unternehmer sehen wird. Deren Anschauungen über das, was ein den Arbeitsleistungen entsprechender Lohn ist, könnten dann zum Maßstab der Richter werden und man würde schließlich zur Aufstellung von Höchstlohntaxen kommen, deren Ueberwindung anzustreben den Arbeitern mit dem Erpressungsparagraphen verwehrt würde. Die Ausübung des Koalitionsrechts würde ihnen dann mit Hilfe des Erpressungsparagraphen noch weit mehr erschwert werden können als heute; anstatt der Einschränkung der skandalösen Rechtspraxis wäre eine starke Ausdehnung zu befürchten. Freilich, eine einschränkende Wirkung würde die Aenderung des Paragraphen nach dem Vorschlage der Regierung haben: die Unternehmer wären künftig vor einer Erpressungsanklage geschützt, wenn sie Arbeiter durch die Drohung mit einer Aussperrung zwingen wollten, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hinzunehmen. Denn die deutschen Amtsjuristen würden gelehrt nachweisen, daß in einem solchen Falle von einer Schädigung des Vermögens der Arbeiter nicht gesprochen werden könne. Die Arbeiter haben nämlich kein Vermögen. Die Konsequenz der vorgeschlagenen Aenderung des § 253 wäre also eine Verschärfung der Rechtsungleichheit zwischen Unternehmern und Arbeitern, eine Verschärfung der Klassenjustiz.

In der Kommission haben die sozialdemokratischen Vertreter diese schwerwiegenden Bedenken gebührend dargelegt und eingehende Vorschläge zu einem wirklichen Schutz des Koalitionsrechts vor dem Erpressungsparagraphen gemacht. Aber sie stießen dabei auf den hartnäckigen Widerstand der Regierung und aller bürgerlichen Parteien. Konservative, Nationalliberale und drei von den vier Fortschrittlern in der Kommission hielten jede Verbesserung des Regierungsvorschlags für unnötig, nur das Zentrum bemüht sich mit Rücksicht auf die christliche Gewerkschaftsbewegung um eine auch nicht ausreichende Verbesserung, die indes ebenfalls von der konsequent arbeiterfeindlichen Mehrheit abgelehnt wurde. Für die durchgreifenden sozialdemokratischen Anträge war auch das Zentrum nicht zu haben.

Die Sozialdemokratie packte das Problem beim rechten Zipfel, indem sie vorschlug, den Richtern den Weg zu verrammeln, auf dem sie zu dem Mißbrauch des Erpressungsparagraphens vieler ehrenwerter Arbeiter gelangt waren. Die sozialdemokratischen Vertreter in der Kommission beantragten daher, dem neuen Erpressungsparagraphen folgenden Absatz anzufügen:

Das Verlangen, einen Arbeitsvertrag zu schließen, andere in Arbeit zu nehmen, andere Arbeitsbedingungen, insbesondere höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeit zu gewähren, oder bestimmte Forderungen als Voraussetzung für Fortsetzung oder Aufnahme der Arbeit zu erfüllen; sowie das Verlangen, einer Wohltätigkeitsanstalt, einer öffentlich-rechtlichen Korporation, einer Armenkasse oder einer religiösen, politischen, gewerblichen oder gemeinnützigen Vereinigung eine Zuwendung zu machen, ist nicht als rechtswidrig und der dadurch erstrebte Vermögensvorteil nicht als ein rechtswidriger zu erachten.

Wenn es der Regierung und den bürgerlichen Parteien ernst mit der Absicht gewesen wäre, dem schändlichen Zustand wirklich eine Ende zu machen, daß Ehrenmänner wegen Erfüllung ihrer Pflicht als Vertreter kämpfender Arbeiter des ehrenrührigen Erpressungsdelikts schuldig gesprochen werden, so hätte für sie kein Hindernis bestanden, diesem Antrag zuzustimmen. Aber so hatte es die Regierung und hatten es die Parteien der Arbeiterfeinde nicht gemeint. Sie wollen die Möglichkeit, den Erpressungsparagraphen als Waffe gegen die Arbeiterbewegung zu verwenden, eben nicht ausschließen. Der Regierungsvertreter Regierungsrat v. Tischendörfer betonte in den Kommissionsverhandlungen ausdrücklich, daß Erpressung vorliege, wenn der geforderte Lohn im Mißverhältnis zum Wert der Arbeitsleistung stehe. Ein Regierungsvertreter, der im Kommissionsbericht nicht genannt wird, glaubte diese Konsequenz der Regierungsvorlage als unbedenklich hinstellen zu können, indem er ausführte: „Dabei sei jedoch nur an solche Fälle gedacht, in denen die Arbeiter nicht eigentlich mehr auf angemessene Verwertung ihrer Arbeitskraft ausgehen, sondern eine augenblickliche Notlage des Arbeitgebers zur Abnötigung eines Vermögensvorteils ausbeuten wollen, beispielsweise, wenn sie kurz vor dem Lieferungstage die Arbeit verweigern und irgend eine Summe fordern, die die Grenzen dessen, was als Lohn angesehen werden kann, unmäßig übersteigt." Mit diesen Ausführungen hat der Herr lediglich bestätigt, daß die Kritik der sozialdemokratischen Vertreter an dem Regierungsentwurf durchaus zutreffend ist. Die Taktik des Lohnkampfes besteht darin, daß die schwachen Stellen des Gegners möglichst ausgenützt werden. So kann der Richter leicht konstruieren, daß eine augenblickliche Notlage des Unternehmers ausgebeutet worden sei.

Diese Verteidigungsrede deckte aber auch noch andere Fußangeln auf, die in dem Regierungsvorschlag verborgen liegen. Der Herr Kommissar wandte sich gegen die Befürchtung, die Gerichte würden auch künftig eine Vermögensbeschädigung darin erblicken, daß dem Arbeitgeber, der durch Androhung eines Streiks zur Bewilligung einer Lohnerhöhung bestimmt worden ist, der Gewinn entgeht, den er bei der in einer Kalkulation vor-

Arbeiter! Gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

Feuilleton.

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris.
Einzig berechtigte Uebersetzung von Eugen v. Tempsky.

85] Nachdruck verboten.

Die durch Dykes Tat im ganzen County verbreitete Aufregung hatte inzwischen nicht abgenommen. Tag auf Tag lieferte sie den alles andre ausschließenden Stoff für Gespräche an Straßenecken, Kreuzwegen und bei Tisch, in Geschäftszimmern, Banken und Läden. S. Behrman beklebte die ganze Stadt mit Anschlagzetteln, die dem, der Dyke lebend oder tot zur Stelle brachte, eine Belohnung von fünfhundert Dollar versprach; die Erpreßgesellschaft setzte einen Betrag in gleicher Höhe aus. Zahlreiche mit Gewehren und Revolvern bewaffnete Trupps von Reitern, die in Visalia und Goshen angeworben waren — aus der Gegend von Bonneville und Guadalajara hatten sich ihnen nur die vereinzelten Parteigänger der Bahn angeschlossen —, durchstreiften das Land nach allen Richtungen. Aber trotzdem daß einer nach dem andern dieser Trupps unverrichteter Sache, schmutz- und staubbedeckt und mit erschöpften Pferden, heimkam, begegnete jede Posse auf ihrem Rückwege frischen Scharen, von denen die Verfolgung immer wieder von neuem aufgenommen wurde. Der Sheriff des Santa Clara County sandte aus San José zur Unterstützung der Menschenjäger seine Bluthunde — kleine, harmlos aussehende Tiere, deren Gebell etwas geradezu Fürchterliches hatte. Zeitungsberichterstatter aus San Francisco kamen an und fragten jedermann aus; einige begleiteten sogar die Possen auf ihrer Suche. Pferdehufe trappelten zur Nachtzeit auf den Straßen, Glocken wurden geläutet, und der „Merkur" gab ein Extrablatt nach dem andern heraus. Die Bluthunde bellten, Gewehrkolben rasselten auf dem Asphaltpflaster von Bonneville, zufällig losgehende Revolver brachten die ganze Stadt auf die Beine. Farmarbeiter riefen einander das Neueste über die Grenzzäune der Ranchos zu — kurz, die ganze Gegend war in Aufruhr.

Aber alle Mühe war vergebens. Die Hufspuren von Dykes Pferd waren in dem vom Regen aufgeweichten Boden bis eine Viertelmeile an die Vorberge heran verfolgt, dort aber unauffindbar verloren worden. Drei Tage nach dem Ueberfall stieß man auf einen Schafhirten, der den Räuber auf einem Bergrücken nordöstlich von Tarusa gesehen hatte. Und das war tatsächlich alles. Zahlreiche Gerüchte gingen um, vielversprechende Spuren wurden entdeckt, neue Fährten aufgenommen, aber trotz alledem ereignete sich nichts, um die Verfolger und den Verfolgten einander näher zu bringen. Nach zehn Tagen der größten Anspannung begann die allgemeine Aufregung nachzulassen. Man glaubte, daß es Dyke gelungen sei, zu entkommen. War das wirklich der Fall, so mußte er sich, nachdem er das Gebirge erreicht hatte, nach Süden gewandt haben, um dann im südlichen Teile des San Joaquin-Tales nicht weit von Bakersville wieder aus den Bergen herauszukommen. Die Sheriffs, die Marshals und ihre Hilfsbeamten waren sich darüber einig, Sie hatten die Berge schon nach zu vielen Verbrechern abgesucht, um die von diesen eingeschlagenen Richtungen nicht zu kennen. Mit der Zeit mußte sich Dyke aus seinem Schlupfwinkel hervorwagen, um zu Wasser und Nahrungsmitteln zu kommen. Aber die Zeit ging dahin. und von keinem der zahlreichen Beobachtungsposten hörte man etwas über ihn. Schließlich begannen die Possen sich aufzulösen, und die Verfolgung wurde allmählich aufgegeben.

Nur S. Behrman ließ nicht nach. Er hatte sich fest vorgenommen, Dykes habhaft zu werden. Es gelang ihm, denselben Grad von Beharrlichkeit in Delaney, der inzwischen ein zuverlässiger Gefolgsmann der Bahn geworden war, und in seinem eigenen Vetter wachzurufen. Dieser letztere, ein Land- und Grundstücksmakler namens Christian, war ehedem, als man sich noch auf Viehzucht beschränkte, Marshal des Visaliabezirks gewesen und kannte die Berge genau. Die beiden begaben sich mit zwei bezahlten Gehilfen in die Sierra und nahmen Mundvorrat auf einen Monat sowie zwei der vom Sheriff von Santa Clara geliehenen Bluthunde mit.

Eines Sonntags, einige Tage nach dem Aufbruche Christians und Delaneys, lag Annixter in der Hängematte auf seiner Veranda und las „David Copperfield". Mit einemmal legte er das Buch aus der Hand und stand auf, um sich zu Hilma zu begeben, die Luise Vacca beim Decken des Mittagstisches half. Sie hatte einen Stoß der weißen goldgeränderten Porzellanteller, die Luise nicht anrühren durfte, in den Händen, als Annixter ins Eßzimmer trat.

Seine Frau war heut hübscher wie je. Sie trug über rosa Satin ein Kleid von geblumtem Musselin mit rosa Bändern am Gürtel und Halsausschnitt; ihre Füße steckten in den von ihr bevorzugten ausgeschnittenen Schuhen mit den zierlichen blanken Schnallen. Der goldigbraune Schimmer der hochgehäuften Massen ihres duftenden

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100517/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ausgesetzten Höhe der Löhne gemacht haben würde. Dem sei entgegenzuhalten, erklärte der Herr, daß der Arbeitgeber diesen Gewinn mit Sicherheit doch nur dann gemacht haben würde, wenn er seine Arbeiter auf längere Zeit an die Löhne gebunden hätte.

Daraus geht hervor, daß die Ankündigung eines Streiks mit Kontraktbruch immer als Erpressung zu gelten hätte, weil er nach dieser Deduktion eine Vermögensschädigung des Unternehmers bewirkt hätte, indem er ihn gehindert hat, einen Gewinn zu erlangen, auf den er mit Sicherheit hätte rechnen können. Natürlich muß sich die Arbeiterschaft entschieden auch gegen diese Möglichkeit wenden, da der Streik ohne Kündigung, wenn er auch mit dem Erstarken der Gewerkschaften immer seltener wird, doch für Arbeiterschichten, die noch in großer Abhängigkeit vom Unternehmer sind, oftmals der einzige Weg sind, um einen Erfolg zu erzielen. Die Arbeiterschaft hat prinzipiell zu fordern, daß die Ankündigung des Streiks in allen Fällen, auch wenn er ohne Innehalten der Kündigungsfrist eintreten soll, niemals als Erpressungsversuch ausgelegt werden darf. Die Regierung und die mit ihr gehenden Parteien aber wollen, wie aus einer anderen Erklärung eines Regierungskommissars hervorgeht, der sich gegen einen Abänderungsantrag wandte, weil dabei die Abnötigung eines Vermögensvorteils durch die Drohung mit Kontraktbruch straflos bleiben würde, ausdrücklich den Streik ohne Kündigung durch den Erpressungsparagraphen treffen.

Endlich hat die Regierung in der Kommission auch das Eingeständnis gemacht, daß auch unter dem neuen Paragraphen Arbeiter, die andere angeblich durch Drohungen zum Beitritt zu einer Organisation zu nötigen versuchen, als Erpresser bestraft werden, weil sie der Organisation einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen suchten. Allerdings führte der Regierungskommissar dabei auch aus, daß „künftig jedenfalls derjenige Vorteil mit zu berücksichtigen sei, der dem zum Beitritt Gezwungenen aus der Angehörigkeit zu der betreffenden Organisation erwachse.“ Aber er fügte sofort hinzu, „allerdings werde auch in solchen Fällen nach den Grundsätzen, die das Reichsgericht für das Gebiet des Betrugs befolge, auch künftig eine Vermögensbeschädigung anzunehmen sein, wenn für den Gezwungenen nach seinen besonderen persönlichen Verhältnissen der Beitritt zu der Organisation keinen Vorteil bedeutet. Nicht minder werde die Strafbarkeit für den Fall bestehen bleiben, daß organisierte Arbeiter bei der Weigerung mit nichtorganisierten zusammenzuarbeiten, den Zweck verfolgen, letztere aus der Arbeit zu drängen und somit brotlos zu machen.“ Es bleibt also nach der „Reform“, die die Regierung vorschlug und die Kommission annahm, noch eine ganze Menge von Fällen, in denen ehrenwerte Arbeiter als Erpresser bestraft werden können.

So mußten die Sozialdemokraten gegen den § 253 der Vorlage stimmen, nachdem nicht nur ihr oben mitgeteilter Antrag, sondern auch andere abgelehnt worden waren, die im Wesentlichen darauf hinausliefen, den Begriff „rechtswidriger Vermögensvorteil“ durch die Fassung „Gewinn, den zu erstreben nicht in Wahrnehmung seines berechtigten Interesses oder dem eines Dritten liegt“ zu ersetzen und hinzusetzen, daß „die Drohung mit einem Nachteile, die der Verkehrssitte entspricht, insbesondere die Drohung mit einer Einstellung der Arbeit oder mit einer Sperre, keine Drohung im Sinne des Paragraphen sei.“

Von den Zentrumsanträgen hatte der des Abg. Wellstein auch das berechtigte Interesse am Vermögensvorteil als Strafausschließungsgrund einfügen, ein Antrag Gröber den Begriff der Drohung durch Aufzählung einer Reihe von Merkmalen einschränken wollen. Auch diese Anträge fielen. Von den vier Freisinnsvertretern stimmte nur der Abg. Müller-Iserlohn dafür, die drei anderen, Heckscher, Müller-Meinigen und Storz dagegen.

So ist es in der Kommission aber zu einer wirklichen Reform auf diesem Gebiete nicht gekommen. Wenn im Herbst die Strafgesetznovelle ans Plenum des Reichstags kommt, wird die Sozialdemokratie ihre Anstrengungen dafür erneuern und die fortschrittliche Volkspartei vor die Alternative stellen müssen, sich für die Verbesserungsanträge zu erklären, oder sich vor aller Oeffentlichkeit als Gegnerin eines wirksamen Schutzes des Koalitionsrechts von ehrenrührigen Strafbestimmungen zu bekennen.

Die Ratlosen.

Die nationalliberalen Zentralinstanzen wissen noch immer nicht, was sie in dem die Partei durchtobenden Streit um die preußische Wahlrechtsvorlage tun sollen, und sie haben deshalb zu dem Aushilfsmittel aller Unschlüssigen und Zaghaften gegriffen: sie beschlossen, die Entscheidung soweit als nur irgend möglich hinauszuschieben. Die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses will am 26. Mai, also ausgerechnet einen Tag vor der Beratung der Wahlrechtsvorlage, eine Sitzung abhalten, in der Stellung zu den Beschlüssen des Herrenhauses genommen werden soll. Auf diese Weise gehen die liberalen Windfahnenpolitiker nicht nur einer klaren Stellungnahme aus dem Wege, die, mag sie nun ausfallen wie sie will, den einen oder den anderen Teil der Partei zu neuen Protesten veranlassen würde, sie wahren sich auch selbst die jederzeitige Möglichkeit des Umfalls. Dieser Taktik redet denn auch die nationalliberale Presse, die bereits unverhohlen für die Annahme der Herrenhausbeschlüsse im Interesse der rheinischen Großindustriellen eintrat, jetzt eifrig das Wort. So empfiehlt die Kölnische Zeitung in einem Leitartikel, der die eventuellen Folgen einer Zustimmung zu diesen Beschlüssen in den verlockendsten Farben ausmalt, die Partei solle „in aller Gemütsruhe warten, bis diese Wahlrechtssuppe sich genügend abgekühlt hat, und erst zusehen, ob sich die andern den Mund daran verbrennen“. Natürlich will das rheinische Blatt mit dieser etwas orakelhaften Wendung nicht etwa zum Ausdruck bringen, daß die nationalliberale Partei einem eventuellen Scheitern der durch das Herrenhaus abgeänderten Vorlage ruhig zusehen soll — dem stehen zu gewichtige Interessen der Schlotbarone entgegen — sie soll nur die günstigste Gelegenheit abwarten, um für die „maßgebende Bevölkerung Preußens“, die sogenannten „Kulturträger“, noch einen Extravorteil herauszuschlagen. Gelingt dies, dann — so meint das Blatt — ist die Fraktion des Dankes der zahlungsfähigen Bourgeois, aus deren Portemonnaie nun einmal die nationalliberale Parteikasse gespeist wird, sicher:

> **Die gesamte Industrie würde ihr Dank wissen und würde für die Nationalliberale Partei bei Neuwahlen so kräftig eintreten, daß unter dem neuen Wahlsystem, dank der Drittelung in größeren Bezirken, eher ein Gewinn als ein Verlust an Mandaten zu erwarten wäre.** Auch würden alle diejenigen Wähler der Partei wieder näher gebracht, die in einer fruchtbaren Mitarbeit der Nationalliberalen Partei an den Staatsgeschäften eine ersprießlichere Tätigkeit sehen als in einer negativen Opposition, die dazu dienen könnte, Konservative und Zentrum fester aneinander zu ketten und der Regierung zu beweisen, daß Schwarz-Blau die einzige für sie mögliche Mehrheit sei. Dazu kommt die Erwägung, daß alle diejenigen, die im Reichstagswahlrecht das Ideal für Preußen erkennen wollen, sich schwerlich, wenn einmal die Wahlreform die Parole bei Wahlen würde, für die Magdeburger Beschlüsse entscheiden, sondern vielmehr für die weitergehenden Forderungen des Linksliberalismus ihre Stimme abgeben würden. Sie werden sich dann auch darüber klar werden müssen, daß das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, für das sie sich begeistern, keine liberale, sondern eine demokratische Forderung ist, daß dagegen das Recht der Persönlichkeit, für das der Liberalismus einsteht, auch eine verschiedenartige Bewertung der Wähler in ihrer Wahlberechtigung fordert.

Inzwischen setzen die rheinischen Großkapitalisten ihre Propaganda für die bedingungslose Annahme der Herrenhausbeschlüsse kräftig fort. Die Leitung des Hansabundes hatte sich bekanntlich dieser Tage erst gegen diese Beschlüsse erklärt, sehr zum Aerger der Herren Kirdorff und Genossen. Diese benutzten nun schleunigst ihren Einfluß in der rheinisch-westfälischen Bezirksgruppe des Hansabundes, die die Bezirke der Handelskammern zu Duisburg, Mühlheim-Oberhausen, Essen, Bochum und Dortmund umfaßt, um folgenden Beschluß durchzusetzen:

> Zur Wahlrechtsvorlage veröffentlicht die Geschäftsleitung des Hansabundes eine Erklärung, in welcher ausgesprochen wird, daß ohne direkte Wahl und anderweitige Wahlkreiseinteilung keine Wahlreform denkbar sei. Diese Erklärung läßt völlig außer acht, daß weite Kreise, namentlich der Gewerbetätigkeit, vor allem großes Gewicht darauf legen, daß den für das finanzielle und wirtschaftliche Gedeihen unseres gesamten Staatswesens überaus wichtigen gewerblichen Kreisen die Möglichkeit wiedergegeben werden muß, auch ihrerseits in angemessener Zahl Vertreter in das Parlament zu entsenden. Diese Möglichkeit ist durch die vom Herrenhaus beschlossene Vergrößerung der Steuer-Drittelungsbezirke nicht nur in den industriellen Gebieten, sondern auch in den großen und mittleren Städten gegeben. Die gewerblichen Kreise haben daher — unbeschadet der grundsätzlichen Stellung der einzelnen zur Frage der direkten Wahl und der Wahlkreiseinteilung — alle Veranlassung, ein Zustandekommen der Vorlage auf Grundlage der Herrenhausbeschlüsse dringend zu wünschen.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung fügt dem Beschluß die nicht mißzuverstehende Mahnung bei: „Es wird sehr wünschenswert sein, wenn der Zentralvorstand des Hansabundes künftighin nicht ohne Fühlungnahme mit den bedeutendsten Interessengruppen seine Entschließungen faßt.“ Wonach die Herren Rießer und Knobloch sich künftig zu richten befleißigen mögen!

Dem Hansabund geht es zurzeit überhaupt nicht vom besten. Nicht nur die rechtsnationalliberale, auch die konservative Presse hat ihm seine Bocksprünge sehr übelgenommen, und sie schüttet Tag für Tag ihren Zorn über ihn aus. So schreibt ihm heute die Kreuzzeitung ins Stammbuch:

> Der Hansabund ist eine Agitationsgenossenschaft zur Erzielung einer antiagrarischen Reichstagsmehrheit, einer Mehrheit zur Rückwärtsrevidierung des Zollschutzes. Der Hansabund sucht dort, wo er nicht herrschen kann, zu zersetzen. So hat er die Mittelstandsbewegung in eine Sackgasse gelockt, die Handwerker verunreinigt und die Kleinhändler gespalten. Und das alles, um dem Freihandelsliberalismus auf die Beine zu helfen. Schon früher einmal hat der Liberalismus es verstanden, Handel und Kleingewerbe an sich zu ziehen und die Vertrauensseligen haben durch die Gewerbefreiheit jahrzehntelang schwer zu leiden gehabt. Sie mögen sich heute vorsehen! Jedoch Gebilde, die wie der Hansabund im Dunkeln schleichen und im Trüben fischen, haben — wie die vielen liberalen Schutztruppengründungen bewiesen haben — keinen langen Bestand. Dieses Bewußtsein drängt wohl auch die Hansabundleitung dazu, demnächst eine Jubelfeier zum einjährigen Bestehen der „Neuen Hansa“ zu veranstalten. Da wird es in der Reklameabteilung hoch hergehen. Aber alle Reklame wird nicht darüber hinwegtäuschen können, daß schon dies erste Jubiläum unter dem Zeichen des Verfalls steht.

An der „Rückwärtsrevidierung des Zollschutzes“ haben die Syndikatsherren aber so wenig ein Interesse wie die Junker. Verschüttet es der Hansabund mit den einen, so verdirbt er es gleichzeitig auch mit den andern, und die Freundschaft geht in die Brüche. Die Interessengegensätze im Bunde machen sich sonach seinen Machern schon recht unangenehm fühlbar.

Die Aussperrung im Baugewerbe.

„Wir sind nicht mehr Herren in unserm eigenen Hause“ — so hören wir die Unternehmer klagen. Sie behaupten, daß das die Gewerkschaften bewirken. Die Arbeiter, die nur Lohnsklaven der Unternehmer sind, am Zahltag abgefertigt werden und weiter nichts mit dem Unternehmen zu tun haben, können das nicht anders als einen Hohn auf ihre Abhängigkeit auffassen. Nunmehr aber sagen wir es: Die Unternehmer sind daran, ihre Selbständigkeit zu verlieren! Eine höhere Macht hat sich aufgetan, die zielbewußt darauf hinausgeht, die Unternehmer sowohl wie die Arbeiter unter ihr Kommando zu bringen. Das bringt die gegenwärtige Bauarbeiteraussperrung klar zum Bewußtsein aller, die sich Rechenschaft geben wollen von der kapitalistischen Entwicklung unserer Zeit. Es ist Tatsache, daß ein großer Teil der Bauunternehmer die Aussperrung nicht haben wollte. Dennoch haben die meisten folgen müssen. Sie sind nicht mehr Herren im eigenen Hause; sie haben zum Teil sehr unwillig einer höheren Gewalt folgen müssen.

Wer ist diese Gewalt? Die Organisation? Nur äußerlich — denn erstens beruht die Macht der Organisation der Bauunternehmer keineswegs bloß wie bei den Arbeitergewerkschaften auf der freiwilligen Uebereinkunft ihrer Mitglieder, zweitens steht sie selbst unter dem Kommando einer fremden Macht. Viel Bauunternehmer haben sich erst der Drohung mit der Materialsperre und dem Geschäftsobjekt fügen müssen. Wie man in den friderizianischen Armeen während der Schlacht Posten aufstellte, um die Fliehenden zurückzuweisen und mit Prügeln in die Schlacht zu treiben, so macht es jetzt die Organisation der Bauunternehmer und nennt das „Unternehmersolidarität“!

Die Verbände der Bauunternehmer erklären, daß sie keine lokalen Verträge mehr, sondern nur noch einen Zentralvertrag haben wollen, wenn auch gewiß unter der Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse. Das bedeutet, daß die Bauindustrien an den einzelnen Orten in bezug auf die Arbeiterverhältnisse in die Stellung von Filialen einer allgemeinen Zentrale gebracht werden. Sowohl der einzelne Unternehmer, wie ganze Gruppen von Unternehmern werden ihrer Selbständigkeit, der Entwicklung einer eigenen Initiative in den Auseinandersetzungen mit den Arbeitern beraubt. Nun zeigt sich aber weiter, daß auch die Verbände der Bauunternehmer bereits keineswegs selbständig genug sind, den von ihnen gewünschten Zentralvertrag abzuschließen, daß vielmehr die großen allgemeinen Arbeitgeberverbände sich das Recht ausbedungen haben, bei dem Abschluß dieses Vertrages mitzureden.

Worauf beruht nun die Macht der Unternehmerzentralen? Man würde sehr fehlgehen, wenn man sie ausschließlich in der Organisation der Arbeitgebervereinigungen suchen wollte. Der Schwerpunkt liegt vielmehr in der Macht des konzentrierten Kapitals, die hinter diesen Vereinigungen steht — in den großen Industriekartellen.

Man müßte viel zu weit ausholen, wollte man diese Zusammenhänge in ihrer ganzen Tragweite darstellen. Wir wollen deshalb nur zur Illustration ein typisches Beispiel anführen. In der Materialsperre, die bei der Bauarbeiteraussperrung eine so bedeutende Rolle spielt,

---

Haares wurde durch eine schwarze Samtschleife noch mehr hervorgehoben. Unter den Schatten der schweren Flechten glänzten, das Sonnenlicht zurückstrahlend, ihre großen, von feinen schwarzen Wimpern eingefaßten Augen. Die Ehe hatte die wundervolle, jetzt nicht mehr vorzeitige Reife von Hilmas Gestalt noch mehr zur Geltung gebracht; in herrlicher Rundung wölbte sich die Linie vom Halse bis zum Gürtel und die holde, weibliche Kurve von Hals und Schultern. Das Rot der Gesundheit blühte auf ihren Wangen, und die kräftigen runden Arme trugen leicht und ohne zu zittern die Last der hochaufgetürmten Teller. Annixter, der für alles, was seine Frau betraf, ein scharfes Auge hatte, bemerkte, wie das weiße Porzellan einen bernsteinhell schimmernden Widerschein unter ihr Kinn warf.

„Hilma,“ sagte er, „mir geht was im Kopf 'rum. Wir selbst sind ja so verdammt glücklich, da dürfen wir aber erst recht die Leute nicht vergessen, die im Elend sind. Meinst du nicht auch? Das könnte uns Unglück bringen. Mir passiert's leicht, daß ich so was vergesse. Es liegt in meiner Natur.“

Freudig blickte Hilma zu ihm auf. Es war eben der neue Annixter, der zu ihr sprach.

„Bei all dem Lärm wegen Dyke,“ fuhr er fort, „hat kein Mensch auch nicht im geringsten an jemand gedacht. Das ist nämlich Frau Dyke — und — und das Kleinchen. Es sollt' mich nicht wundern, wenn die da drüben übel dran sind. Was meinst du dazu, wenn wir nach dem Essen nach der Hopfenfarm führen und mal sähen, ob wir nicht was für die beiden tun können?“

Hilma setzte die Teller nieder, ging um den Tisch herum und küßte ihren Mann.

Gleich nach dem Essen ließ Annixter anspannen und fuhr, ohne die Dienste des jungen Vacca in Anspruch zu nehmen, mit Hilma nach der Hopfenfarm.

Die junge Frau konnte die Tränen nicht zurückhalten bei dem jammervollen Anblick, den die verdorrten braunen Ranken, die Sinnbilder begrabener Hoffnungen und als vergeblich aufgegebener Arbeit, boten; Annixter brummte halblaute Flüche.

Obgleich die Räder laut auf dem Kies vor dem Hause knirschten, so erschien doch niemand in der Tür oder am Fenster. Das Haus schien unbewohnt zu sein und machte einen unendlich traurigen und düsteren Eindruck.

Annixter band sein Gespann fest und näherte sich mit Hilma der weit offen stehenden Tür, wobei sich beide durch lautes Auftreten und Scharren mit den Füßen auf den Dielen der Veranda bemerklich zu machen suchten. Aber nichts rührte sich. Sonntägliche, lautlose Stille herrschte. Die verdorrten Hopfenblätter draußen raschelten im Luftzug wie hin und her gewehtes Papier. Die Stille schien nichts Gutes zu künden. Suchend blickten die beiden in das Vorderzimmer, wobei Hilma Annixters Hand hielt. Jetzt entdeckten sie Frau Dyke. Die alte Frau saß an dem Tisch in der Mitte des Zimmers; ihren Kopf mit dem weißen Haar hatte sie auf den einen Arm niedergebeugt Eine Menge unaufgewaschene Teller und Schüsseln standen unordentlich auf dem rot und weiß gemusterten Tischtuch umher. Das unaufgeräumte Zimmer, einst ein Wunder von Nettigkeit, war seit Tagen nicht gesäubert worden. Genslingers Sonderausgaben und eine Menge Zeitungen, darunter auch Nummern der in San Francisco und Los Angeles erscheinenden Blätter, waren überall umhergestreut. Dutzende gelber Telegramme, die zerknittert auf dem Tisch lagen, wehten in dem durch das Oeffnen der Tür verursachten Luftzuge. Und in dieser Unordnung, inmitten der Berichte über das Verbrechen ihres Sohnes und der sie umwirbelnden telegraphischen Antworten auf ihre jammervollen Bitten um Nachricht verschlief die erschöpfte, verlassene und vergessene Mutter des Räubers den stillen Sonntagnachmittag.

Weder Annixter noch Hilma vergaßen je ihren Besuch bei Frau Dyke. Plötzlich erwachend, erblickte die alte Frau Annixter und rief sofort angstvoll:

„Gibt's was Neues?“

Lange war nichts andres aus ihr herauszubringen. Für sie handelte es sich nur darum, ob man ihren Sohn gefangen hatte oder nicht; alles andre war für sie nicht vorhanden. Sie gab keine Antwort auf die Fragen ihrer Besucher und beachtete deren Anerbieten, ihr zu helfen, nicht. Hilma und Annixter besprachen sich, dicht neben ihr stehend und ohne leiser zu reden, miteinander, während sie auf den Fußboden starrte und mit der Beharrlichkeit einer Geistesgestörten mit einer Hand über die andre strich.

Von Zeit zu Zeit schreckte sie, die Augen weit aufreißend und sich plötzlich der Anwesenheit der beiden bewußt werdend, aus ihrem Stuhle auf und rief:

„Gibt's etwas Neues?“

„Wo ist Sidney, Frau Dyke?“, fragte Hilma zum viertenmal. „Ist sie wohl? Achtet jemand auf sie?“

„Hier ist das letzte Telegramm,“ sagte Frau Dyke mit lauter, eintöniger Stimme. „Er hat es nicht getan,“ jammerte sie, den Oberkörper vor- und rückwärts wiegend und mit einer Hand über die andre streichend, „er hat es nicht getan, er hat es nicht getan. Ich weiß nicht, wo er ist.“

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100517/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

fällt bekanntlich der Zementlieferung ein hervorragender Teil zu. Die Zementindustrie zeigt nun nach der 1906 veröffentlichten amtlichen Uebersicht folgende Syndikate: das rheinisch-westfälische mit 24 Unternehmungen, das nordwest-mitteldeutsche mit 59, die hannoversche Verkaufsvereinigung mit 7, den mitteldeutschen Verkaufsverein mit 11, und die süddeutsche Zementverkaufsstelle mit 26 Unternehmungen. Zwischen diesen Gruppen bestanden aber schon 1906 gegenseitige Vereinbarungen und Verständigungen. Diese Abmachungen und Verbindungen haben aber auch schon längst den Boden des Reichs verlassen und beziehen sich, neben Deutschland auf Holland, Belgien, Frankreich und England. Solche Geschäftsverbindungen liefern offenbar einen ganz andern Halt einer etwaigen Materialsperre, als die Statuten und Beschlüsse der Arbeitgeberverbände. Nun kommt aber noch ein anderes hinzu. Die Lieferung von Baumaterialien hängt in hohem Maße von den Transportmitteln bezw. den Frachten ab. Im Rheingebiet geht deshalb der Transport der Baumaterialien aus leicht begreiflichen Gründen hauptsächlich über den Rhein. Die Hauptfracht auf dem Rhein bilden aber Steinkohlen, Eisen und Eisenerze. Die Kohlen- und Eisenkartelle beherrschen deshalb die Rheinfrachten und dadurch die Rheinschiffahrt. Durch einzelne Großkapitalisten, die Herren Stinnes und Kannegießer, ist dies zu einem förmlichen Schiffahrtsmonopol auf dem Rhein ausgebildet worden. Die Zementkartelle beherrschen also die Zementlieferung und sie werden anderseits selbst, soweit sie auf die Rheinschiffahrt angewiesen sind, von den Kohlen- und Eisenkartellen beherrscht, die auf dem gleichen Wege auch die Kalk- und Ziegelsteinlieferung beherrschen. Anderseits stehen die Kartelle in enger Verbindung mit den Großbanken, von denen die Bauindustrie bekanntlich abhängt.

In der Reichsenquete über die Kartelle war auch eine Frage über den Einfluß der Kartelle auf die Arbeiterverhältnisse enthalten. Die Leiter der Kartelle leugneten entschieden jede Einmischung ihrerseits in die Arbeiterverhältnisse. Das Gegenteil wurde ihnen energisch von dem Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion entgegengehalten; sie fanden aber entschiedenen Widerspruch selbst bei bürgerlichen Gelehrten, wie Prof. G. Schmoller und Prof. Ad. Wagner. Jetzt sieht alle Welt, wie es gemacht wird. Die Kartelle üben ihren Einfluß durch Vermittlung der Arbeitgeberverbände aus.

Wie die Kartelle das selbständige Kaufmannsgeschäft ausmerzen, dafür liefert die Reichskartellenquete sprechende, nicht mehr abzuleugnende Beispiele. Jetzt fragen wir: wenn die Kartelle den Händlern die Preise, den Fabrikanten und sonstigen Unternehmern die Arbeitslöhne vorschreiben, wenn sie die Rohstofflieferung und den Produktenabsatz „kontrollieren", was bleibt da noch übrig von der Selbständigkeit des Unternehmertums?

Die politischen Konsequenzen daraus wird die nahe Zukunft ziehen.

* * *

Verrat einer katholischen Fachabteilung.

Wie uns jetzt mitgeteilt wird, ist der Kampf in Trier durch den gemeldeten Abschluß eines Tarifvertrages nicht beendet. Es handelt sich vielmehr bei dessen Abschluß um einen hinterlistigen Treubruch der katholischen Fachabteilung, die hinter dem Rücken der anderen Organisationen mit den Bauunternehmern einen neuen Vertrag abgeschlossen haben, der die Arbeitsbedingungen auf der ganzen Linie verschlechtert und nach dem eine Lohnerhöhung in diesem Jahre nicht stattfindet. Sämtliche anderen Organisationen der Freien und der Christlichen Gewerkschaften nahmen in einer zahlreich besuchten Versammlung eine Resolution an, worin aufs schärfste gegen das arbeiterverräterische Treiben der katholischen Fachabteilungsführer protestiert wird.

* * *

Die Unterstützung der Ausgesperrten.

Die Verwaltung der Zahlstelle Lindenau des Deutschen Kürschnerverbandes hat beschlossen, während der Aussperrung der Bauarbeiter einen wöchentlichen Extrabeitrag von 25 Pfg. zu erheben.

Gewerkschaftsbewegung.

Gärender Sumpf!

Die Prätorianergarde der Textilkönige erhebt die Fahne der Rebellion gegen ihre Herren. Wo sie nicht zum offenen Aufstand übergeht, verweigert sie den Gehorsam und liebäugelt mit dem Feind. Die Not der Zeit peitscht die Lohnsklaven empor zum Widerstand. Seit der Beendigung des Crimmitschauer Kampfes haben die Textilgewaltigen mit sonst nie gekanntem Eifer innerhalb der Arbeiterschaft gewirkt, um Proselyten für ihre „Nationalen Arbeiterunterstützungsvereine" zu werben. Ganz besonders im westlich-sächsischen Industriegebiet, im Vogtland und in Oberfranken, wurden erhebliche Geldmittel zu diesem löblichen Zwecke verwendet. Hochmögende Fabrikanten stiegen herunter zu den Arbeitern, feierten gemeinsam mit ihnen Feste, hielten Ansprachen in den Fabriksälen, besuchten selbst die von den verhaßten „Roten" einberufenen Fabrikversammlungen und zürnten nicht, wenn sie im Kampf für die „Nationalen" mit blauem Buckel abziehen mußten. Auch glatt frisierte Regierungsräte forderten die treuen Proleten auf, in der Treue nicht nachzulassen, und scheinheilige Pfaffen sangen in salbungsvollem Tone vor versammeltem Auditorium: „O, wie ist das so schön, wenn Unternehmer und Arbeiter einträchtig in Liebe zusammenstehn!" Die Arbeiter hörten den Sang der Sirenen, und viele ließen sich anlocken. In Crimmitschau, Augsburg und Bayreuth erlangten die „Nationalen Unterstützungsvereine" eine ansehnliche Stärke. Bekämpfung des Arbeiters durch den Arbeiter, Erhebung des Denunzianten zum Gentleman, Bedrückung des aufrechten und rückgratfesten Proletariers, Vertreibung zahlreicher ehrenwerter Frauen und Männer aus den heimatlichen Gefilden: das waren die nächsten Folgen der gelben Bewegung. Die Sklavenhalter triumphierten. Schon glaubten sie, die rote Flut sei unschädlich gemacht und lustig rührten sie in den schmutzigen Gewässern des „nationalen Gedankens". Aber der Schein trügt. Trotz aller Arbeit und Mühe wollte die anfänglich erfolgverheißende Bewegung nicht weiter vorwärts kommen. Die rote Flut wurde stärker und stärker. Der infame Steuerraubzug des Jahres 1908 verursachte auch im nationalen Sumpf gärende Bewegungen. Andre Mißhandlungen steigerten die Unruhe. Als man in Werdau trotz verkürzter Arbeitszeit den Arbeitschluß am Abend nach wie vor wollte bestehen lassen und deshalb das Fabriktor schloß, hoben die erzürnten Arbeiter das Fabriktor aus und stürmten hinaus. In Bayreuth sollten die gutgesinnten „Mitarbeiter" die schmutzigen Kammräder reinigen. Sie weigerten sich und alles Zureden konnte nicht hindern, daß mehrere hundert „Nationale" der alten Zwingburg den Rücken kehrten und streikten. Nur eine Lohnerhöhung konnte sie befriedigen. Dem Kulmbacher Industriegewaltigen Hornschuh warfen seine sonst so treuen Arbeitsbienen die Werkzeuge vor die Füße und verließen die Fabrik. Sie forderten Lohnerhöhung. Selbst in Augsburg, dem Erscheinungsort der gelben Wehr, gärt es im Sumpf. Der Direktor der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei mußte sich auf gütliches Zureden verlegen, um die rebellisch gewordenen Arbeiter wieder zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, die sie wegen Strafen eingestellt hatten. Trotz alledem „protestierten sie gegen die Zustände". Noch „undankbarer" sind die „Nationalen" Crimmitschaus. 25 rote Weber streikten. Herr Lukas Schmidt und der juristische Lohnarbeiter des Arbeitgeberverbands für die sächsische Textilindustrie suchten vergeblich die „Roten" zum Streikbruch zu bewegen. Sie sprachen wieder wie 1903 vom „bitteren Ende", vom „büßen müssen" usw. Alles half nichts. So suchte man Hilfe bei den „Nationalen". In allen Fabriken wurde gefragt, wer freiwillig in der bestreikten Fabrik arbeiten wolle. Niemand meldete sich. Und doch heißt es im Statut des „Nationalen Vereins" im § 10:

> Bricht im hiesigen Bezirk eine Bewegung aus, die zur Lösung des Arbeitsverhältnisses von Mitgliedern der sozialdemokratischen Organisation führt, so hat der Vorstand alsbald Fürsorge zu treffen, daß den Vereinsmitgliedern die Möglichkeit der Fortsetzung der Arbeit sichergestellt wird. Die Mitglieder können aber nicht verlangen, daß sie in diesem Falle während der Dauer der Bewegung gerade in derjenigen Fabrik bleiben, wo sie bei Ausbruch der Bewegung beschäftigt sind, weil dies möglicherweise nicht ausführbar sein würde.

Man hatte doch mit Aussperrung gedroht und dann war doch den Vereinsmitgliedern die Fortsetzung der Arbeit sicher gestellt. Da war es doch Pflicht der „Nationalen", einzuspringen. „Gut, so wird gelost." Eine Vertrauensmännersitzung schaffte Rat. 20 Nationale besetzten für je 30 Mk. Extraentschädigung die Stühle der Streikenden und laut verkündeten sie die dadurch herbeigeführte Beendigung des Streiks. Aber es kam anders. Die Empörung in Crimmitschau stieg mit jeder Stunde. Die treuen Nationalen murrten vernehmlich. Mittels offener Postkarten wurden Austritte vollzogen. Eine heftige Erschütterung konnte nur verhindert, der gelbe Sumpf nur zur Ruhe gebracht werden durch Beilegung des Kampfs. Eine Vereinbarung, unterzeichnet vom Unternehmer und der Streikkommission, beseitigte die Ursache des Kampfes und Crimmitschau ist wieder einmal ruhig. Die gelben Arbeitswilligen mußten die Fabrik wieder verlassen. „Es will nichts mehr gelingen." Die rote Flut aber wird steigen und spurlos den „nationalen" Sumpf hinwegspülen.

Leipzig und Umgebung.

Achtung, Maschinisten und Heizer! Bei der Firma Stöhr u. Ko., Kammgarnspinnerei in L.-Plagwitz scheint man die Zeit jetzt für gekommen zu halten, in dem einen Ressort eine Sortierung vorzunehmen. Im vergangenen Jahre hatte die Gewerkschaft der Maschinisten und Heizer für ihre Mitglieder in diesem Betriebe eine Lohnforderung gestellt und auch eine, im ganzen 8 Prozent, Lohnzulage erzielt. Jetzt scheint man den „Hauptübeltäter" von damals „erkannt" zu haben, denn unser Mitglied H. Härting wurde aufgefordert, am Sonntag, den 1. Mai, den Essenkanal von Flugasche zu reinigen, was natürlich Härting mit gutem Recht ablehnte. Seit geraumer Zeit schon ließ das ganze Vorgehen gegen Härting erkennen, daß man nur eine Gelegenheit suchte, um ihn zu entlassen, dabei aber den Eindruck einer Maßregelung zu vermeiden. Vor geraumer Zeit wurde H. schon mit einer eigentümlichen Begründung seiner Rolle als Vorarbeiter enthoben, denn zur Kündigung reichten die Gründe damals noch nicht ganz aus. Nun scheint der richtige Zeitpunkt gekommen zu sein, denn die Firma benutzte den Sonntag des 1. Mai, ihn zu nicht drängender Arbeit aufzufordern, obwohl sie ganz gut wußte, daß Härting als aufgeklärter Arbeiter sich diesen Tag nicht nehmen lassen würde. So wurde ihm am 6. Mai gekündigt, weil er am 1. Mai die Arbeit verweigert hätte. Ein weiterer Beweis für das „liebevolle" Vorgehen der Firma gegen die Maschinisten und Heizer ist die ebenfalls kürzlich erfolgte Enthebung eines Vorarbeiters von seinem Posten und seiner Unterstellung unter das Kommando des Oberölers St. mit der Begründung, der betreffende Vorarbeiter solle dort mehr lernen. Wenn er aber das nicht machen wolle, wurde ihm angedeutet, dann könne er seiner Wege gehen. Dem Personal in diesem Ressort ist es aber zur Genüge bekannt, daß wenn man unter das Kommando einer hervorragenden Stütze des Unternehmers versetzt wird, allmählich der Weg auf das Pflaster führt. Es ist nun Pflicht der übrigen Arbeiterschaft, sich immer fester zusammen zu schließen, um bei derartigen Fällen der Betriebsleitung zu zeigen, was eine gute Organisation für Mittel besitzt.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer.
Geschäftsstelle Leipzig und Umgegend.

Deutsches Reich.

Der Kampf der Altenburger Regierung gegen den Bund technisch-industrieller Beamter.

Die Altenburger Regierung scheint ein besonderes Vergnügen an der Bekämpfung des B. t.-i. B. gefunden zu haben. Vor einigen Tagen teilten wir mit, daß den Studierenden des Altenburger Technikums verboten worden ist, dem B. t.-i. B. beizutreten. Gegen dieses völlig ungerechtfertigte, mit dem Schulbetrieb in gar keinem Zusammenhang stehende Verbot hatte der B. t.-i. B. für den 12. Mai eine Versammlung nach dem Preußischen Hof in Altenburg einberufen. Jetzt setzte aber die Altenburger Regierung ihrem Vorgehen noch die Krone durch folgenden Ukas auf:

Der Herzogl. Regierungskommissar
f. d. Technikum Altenburg.
Tgb. C. Nr. /1910. Altenburg, d. 11. Mai 10.

Der B. t.-i. B. ladet zu einer öffentlichen Versammlung für den 12. Mai dss. im Preußischen Hof ein. Da nach den Vorgängen und nach der Tagesordnung anzunehmen ist, daß auch diese Versammlung bezwecken soll, die Studierenden des Technikums zum Ungehorsam gegen die Gesetze der Anstalt und gegen die Anordnungen der Aufsichtsbehörde zu verleiten, so ersuche ich durch Anschlag am — Schwarzen — Brett bekannt zu geben, daß der Besuch der Versammlung den Studierenden verboten ist und daß jede Zuwiderhandlung mit aller Strenge bestraft werden wird.

(ges.) Böhnisch.

An Direktion
des Technikum Altenburg.

Die Versammlung war aber der Meinung, daß die herzogliche Staatsregierung in die privaten Angelegenheiten gar nichts hineinzureden habe und faßte folgende Resolution:

> Die heute im Preußischen Hof zu Altenburg versammelten technischen Angestellten verurteilen mit Entrüstung das rückständige Verhalten der Leitung des hiesigen Technikums gegenüber ihren Besuchern und dem B. t.-i. B. Die Versammlung erwartet vom B. t.-i. B., daß er unverzüglich weitere Schritte unternimmt, daß hier eine Wandlung eintritt. Die soziale Lage der technischen Angestellten ist heute eine solch' traurige, daß es Pflicht ist, die angehenden Techniker schon auf den Techniken, auf ihre Zukunft und die herrschenden Zustände hinzuweisen und aufzuklären. Nur so kann eine Hebung der Lage der technischen Angestellten rechtlich wie materiell ermöglicht werden.

Hoffentlich zieht die Altenburger Regierung aus dem energischen Protest eine Lehre; wenn nicht, so werden die jungen Techniker trotz der Feindschaft gegen den B. t.-i. B. den rechten Weg, nämlich den Weg zu ihm, zu finden wissen.

*

Die Bürstenmacher in Augsburg haben am Sonnabend die Arbeit niedergelegt, nachdem die Meister sich geweigert haben, mit der Gehilfenorganisation über den von diesen eingereichten Tarif zu verhandeln. Zuzug von Bürstenmachern nach Augsburg und den Vororten ist bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Ausland.

Konflikt auf den französischen Staatsbahnen.

Da einer der Staatsbahndirektoren es ablehnte, eine Abordnung des Syndikats der Eisenbahner zu empfangen, die mit ihm über die Bemessung der Wohnungsgelder verhandeln sollte, nahm der Exekutivausschuß des Eisenbahnersyndikats in Paris einen Antrag an, in dem ziemlich unverblümt mit dem Streik gedroht wird, falls die Leiter der Staatsbahn bei ihrer Weigerung verharren sollten, mit dem Syndikat in Verhandlungen einzutreten.

*

Zum Konflikt im englischen Textilgewerbe.

Die Abstimmung der Baumwollfabrikenbesitzer in Lancashire über eine fünfprozentige Lohnreduzierung ist gestern beendet worden und soll, wie verlautet, die notwendige Mehrheit von 80 Prozent der Stimmen für die Herabsetzung ergeben haben. Damit wäre also der Kampf in der englischen Textilindustrie akut geworden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 18. Mai. Von unterrichteter französischer Seite wird mitgeteilt: Zwischen den Kabinetten der Kreta-Schutzmächte finden Beratungen statt, welche Maßregeln getroffen werden sollen, falls die Kretenser die muselmannischen Mitglieder der Nationalversammlung andauernd von den Beratungen ausschließen sollten. Die Mächte sind verständigt, daß die Türkei in diesem Falle selbst Ordnung auf Kreta schaffen wolle, falls die Schutzmächte dies nicht tun.

Landeshut, 18. Mai. Die Nationalliberalen erlassen einen öffentlichen Aufruf, in dem sie die Wähler auffordern, bei der Reichstagsnachwahl für den freisinnigen Kandidaten einzutreten.

Gelsenkirchen, 18. Mai. Hier und in der Umgegend fanden Haussuchungen nach dem Text von Arbeiterliedern statt. Besonders der Sozialistenmarsch und die Wahlrechtsmarseillaise hatten es der Polizei angetan.

Chemnitz, 18. Mai. Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß sprach gestern Professor Harnack sehr matt und unoriginell über das sexuelle Problem. Sodann legte Pastor Liebster-Leipzig seine Thesen über Christentum und Sozialismus vor. Dem Sozialismus will er den historischen Materialismus, und dem Christentum die dogmatische Starrheit nehmen, dann würden sich beide auf der breiten Basis der Tatsachen zusammenfinden. Die Sozialdemokratie hat drei große Massenversammlungen einberufen mit dem Thema: Sozialdemokratie und evangelisch-sozialer Kongreß. Referenten sind: Maurenbrecher, Göhre und Pastor Pflüger-Zürich.

Quittung.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen bei uns ein:

Bereits quittiert	2837.30
Freie Unterstützungskasse Lehna	1.—
Auktion, Kleinlehna	2.20
Junge Garde, Schönefeld, Der gute Wille	2.50
Lustige Gesellschaft am ersten Pfingstfeiertag im Forsthaus Knautkleeberg, durch K. A.	2.80
Billardspiel der Arbeiterradfahrer, Lützschena	1.20
Vereinte Harzreise, „Kamarilla"	5.—
Ausflug nach Portitz, durch O. B.	—.60
Arbeiter der Firma Max Daehne, Lindenau	21.—
Tschechische Landsleute	3.—
M. H.	1.50
Extratanz bei der Pfingstfeier des Jugendbildungsvereins L.-Thonberg	4.70
Gemütlicher Abend bei Tomschke, Thüringer Burg	2.51
Grünwarenhändler, Schönauer Weg 12	2.—
Pfingstausflug des Turnvereins Vorwärts, L.-Süd	7.—
Von den Schützen	1.10
Streiklöpfe, Anton Schincke, durch W.	3.—
Für den Wegweiser, Markkleeberg	3.10
Rote Kindtaufe bei Oselt in Stötteritz, durch Groß und ein neues Mitglied	2.75
D. T.	1.—
Gediegene Hochzeitsfeier, A. Nagel, Göhren	9.80
Arbeiterschwimmverein, Nachzügler	3.—
Kohlrabi-Insel, durch H.	2.75
Altranstädt, Extratour am 2. Feiertag	3.10
Ortsverein Stünz, Pfingstausflug, verbummelte Musik	12.—
„ „ Ueberschuß von der Kegelbahn	11.35
Gesammelt von L.-West im Geilhuffschen Gartenverein	1.—
Stimper aus'n Brauhof	2.—
Freie Turnerschaft der sieben Oberdörfer, durch Voigt, Tannewitz	4.33
Extratour im Gasthof Stadt Leipzig, Rötha	3.—
Ein Geschenk von E. H.	1.—
Sumpfhühner bei Matthias, Eutritzsch	2.60
Summa:	2960.60

Leipzig, 18. Mai 1910. Die Expedition.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgesetzt thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Müller in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100517/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Konsumverein L.-Plagwitz u. Umg.

Abteilung für Fleischwaren

E. G. m. b. H.

NEUERÖFFNUNG

Unsern geehrten Mitgliedern geben wir hierdurch bekannt, dass wir unsere

11. Verkaufsstelle für Fleischwaren

Leipzig-Anger, Mölkauer Str. 20

am Freitag, den 20. Mai, eröffnen.

Wir kommen dadurch einem öfters geäusserten Wunsche unserer in Anger wohnenden Mitglieder nach und bitten von der so geschaffenen Gelegenheit, sich stets mit

prima

Fleisch- u. Wurstwaren

zu versorgen, recht ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Gleichzeitig bringen wir unsere nachstehend aufgeführten weiteren 10 Verkaufsstellen für Fleisch- und Wurstwaren in empfehlende Erinnerung und geben ferner bekannt, dass unsere sämtlichen Fleisch-Verkaufsstellen

vom 21. Mai cr. ab Sonnabends abends 8 Uhr geschlossen werden

und dafür **Sonntags früh von 7 bis 9 Uhr**

geöffnet sind. DER VORSTAND.

Fleischverkaufsstellen befinden sich ferner

Plagwitz, Zschochersche Strasse 53
Lindenau, Gundorfer Strasse 12
Kleinzschocher, Bahnhofstrasse 2a
Leipzig, Bayersche Str. 51 (Ecke Körnerstr.)
Leipzig, Dresdner Strasse 26
Leipzig, Thomasiusstrasse 2
Reudnitz, Stötteritzer Strasse 5
Volkmarsdorf, Hildegardstrasse 26
Connewitz, Biedermannstrasse 35
Connewitz, Pegauer Strasse 9.

Felsenkeller

Morgen Donnerstag **Grosse Gala-Soiree der Seidel-Sänger.**

Extra großartiges Pfingstprogramm.

Hierauf: **Vornehmste Ballmusik des Westens.**

Anfang 8 Uhr. — Felsenkellerkarten gültig. — Entree 30 Pfg. [10054

Hierzu ladet ergebenst ein **Jean Steppler.**

Schloss Rheinsberg, Gautzsch

Restaurant, Café und Obstweinschänke.

Morgen Donnerstag, den 19. Mai, abends 8 Uhr

I. grosses Militärkonzert

ausgeführt von der Kapelle des 107. Regiments

unter Direktion des Königlichen Musikmeisters **Giltsch.**

Bequem zu erreichen mit der Straßenbahn Linie Roßplatz-Gautzsch u. mit der Staatsbahn ab Bayr. Bahnhof; für Spaziergänger durch die Linie. Treffpunkt der Radlerwelt, Räder w. in geschlossenen Räumen aufbewahrt.

10068] Hochachtungsvoll **H. Höckelmann.**

Beim Einkauf

eines modernen Waschmittels überzeugen Sie sich davon, dass man Ihnen das Richtige für die Wäsche gibt:

„Ozonit"

(Prof. Giessler's Patent)

das moderne Waschmittel.

Ges. gesch.

Köstlicher Geschmack u. feinstes Butteraroma

zeichnen die allerorts beliebte und gern gekaufte Pflanzenbutter-Margarine

Bonella

als **anerkannt besten Butter-Ersatz** aus.

Bonella wird aus dem reinen Pflanzenfett der Kokosnuss unter Zusatz von Sahne und Eigelb hergestellt.

Bonella stellt **das Feinste** dar, was in diesem Produkt in den Handel gebracht **wird.** ::

Bonella kommt in jeder Verwendungsart **bester Naturbutter** gleich. :: :: ::

Alleinige Fabrikanten:

Wahnschaffe, Muller & Co., G. m. b. H., Cleve a. Niederrh.

Filiale: **Leipzig, Eutritzscher Str. 20.** Teleph. 2952 und 1540.

Merseburger Biere sind vorzüglich und bestbekömmlich.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100517/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Politische Uebersicht.

Zentrum und Arbeiter.

Die Arbeiter sind beim Zentrum von jeher schlecht weggekommen. Bis zum Jahre 1907 saß in der großen Fraktion des Reichstagszentrums ein einziger Arbeiter und der saß dort nicht einmal, weil es das Zentrum so gewollt hatte, sondern er war wider den Willen des Zentrums in den Reichstag gekommen. Es war der 1877 von christlichsozialen Arbeitern Essens gegen den offiziellen Zentrumskandidaten aufgestellte und in der Stichwahl mit Hilfe der Sozialdemokraten gewählte Stötzel. Bis 1905 gehörte er dem Reichstage an und wurde, als er starb, dann durch Giesberts ersetzt. Als Stötzel 1877 gewählt worden war, machte das Zentrum gute Miene zum bösen Spiel und nahm den damaligen Metalldreher, den die Parteibonzen bei der Wahl in der gemeinsten Weise bekämpft hatten, in die erlauchte und gesalbte Gemeinschaft der Grafen und Prälaten auf. Bei diesem einen Arbeiter ist es dann 20 Jahre lang geblieben. Der christlichsozialen Bewegung der sechziger und siebziger Jahre hatte das Zentrum durch Gewalt und Tücke das Rückgrat gebrochen; die katholischen Arbeiter muckten nicht mehr und aus eigenem Antrieb fand sich das Zentrum, so viel Rühmens es auch von seiner „Arbeiterfreundlichkeit" und seinem Sinn für Gleichberechtigung machte, nicht veranlaßt, weiteren Arbeitern die Tore zu den Fraktionen im Reichstag oder im preußischen Abgeordnetenhause zu öffnen.

Erst 1907, als die katholischen Arbeiter durch die christlichen Gewerkschaften zu einigem Einfluß gelangt waren, stellte das Zentrum eine größere Anzahl von Arbeiterkandidaten auf, vorsichtigerweise die meisten in völlig aussichtslosen und die übrigen in scharf umstrittenen Wahlkreisen. Einige dieser Kandidaten kamen durch und seitdem sitzen im Reichstagszentrum unter hundert Fürsten, Grafen, Prälaten, Agrariern, Advokaten und Unternehmern auch fünf „Arbeitervertreter". Sie markieren dort zur höheren Ehre ihrer Partei ultramontane „Arbeiterfreundlichkeit", die sie praktisch dadurch betätigen, daß sie, wie ihre Kollegen im Dreiklassenhause, jeden volksfeindlichen Streich des glorreichen Zentrums mitmachen. Das Zentrum steht sich gut dabei. Die Handvoll Arbeiter haben in der Fraktion, selbst wenn sie den Ehrgeiz dazu hätten, nichts zu sagen, aber sie sind den Kollegen im Lande das lockende Beispiel, daß jeder zentrumstreue Arbeiter den Marschallstab als Abgeordneter im Tornister trägt — eine den Hochmögenden im Zentrum sehr dienliche Aufmunterung an das proletarische Parteigefolge, immer hübsch artig zu sein und niemals zu löken wider den Stachel der alleinseligmachenden Zentrumspolitik.

In der Wochenschrift: Das Zentrum bespricht der Abgeordnete Dr. Pieper, Generaldirektor des katholischen Volksvereins, die Stellung der Arbeiter in der Zentrumspartei. Er beginnt seine Ausführungen mit dem Satze: „Die katholischen Arbeiter haben es abgelehnt, sich der Sozialdemokratie anzuschließen." Das könnte dem Zentrum wohl passen, wenn dieser Satz seine Richtigkeit hätte. Aber das Zentrum weiß wohl am besten, daß die Sozialdemokratie auch in katholischen Gegenden nicht ganz einflußlos ist und daß es in diesen Gegenden doch vorwiegend katholische Arbeiter sind, die die Reihen der Sozialdemokratie füllen. Wir führen keine Statistik über die Konfession unsrer Anhänger, aber für den Kundigen besteht kein Zweifel, daß fast überall da in katholischen Gegenden, wo überhaupt die Bedingungen zum Entstehen der Sozialdemokratie gegeben sind, wir mehr katholische Arbeiter auf unsrer Seite haben als das Zentrum auf seiner Seite hat. Wenn der Herr Generaldirektor aus M.-Gladbach mit seinem Satz recht hätte, würde das Zentrum weder seinen katholischen Volksverein, noch die christlichen Gewerkschaften, noch all die andern zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bestimmten Einrichtungen geschaffen haben.

Für die katholischen Arbeiter, so meint Dr. Pieper, erhob sich die Frage, ob sie eine eigene, christlichnationale Partei gründen oder sich einer bürgerlichen Partei anschließen sollten. Als „gesunde Realpolitiker" seien sie sich bald klar darüber geworden, daß sie auf die Gründung einer Arbeiterpartei hätten verzichten müssen und zwar aus folgenden Gründen: Zunächst sei es ausgeschlossen gewesen, daß eine solche Arbeiterpartei neben der Sozialdemokratie irgendwie eine namhafte Zahl von Abgeordneten aufbringen würde, sie wäre zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien zerrieben worden. Da scheint uns der Herr Generaldirektor die Bedeutung der katholischen Arbeiter als Wählermacht zur Abwechslung mal wieder zu unterschätzen. Doch es liegt System in dieser Herabsetzung der klerikalen Kräfte, wo sie die Herrschaft der führenden Klerisei bedrohen.

Den Gipfel „politischer Erbweisheit" ersteigt Dr. Pieper jedoch in seiner Lehre, daß alles in der Welt auf Kompromissen beruhe. Die Parteien müßten einander und in jeder Partei müßten die verschiedenen Interessengruppen sich Kompromisse machen. Indem die katholischen Arbeiter ihre Vertreter in die Zentrumsfraktionen sandten, könnten sie durch diese dort mitsprechen und auf solche Weise Zugeständnisse erringen. Selbstverständlich sei, daß die Arbeiter ihrerseits gleiches Entgegenkommen den berechtigten Forderungen andrer Stände beweisen und sich mitbetätigen müßten, wenn es die Interessen andrer Stände zu fördern gelte. Diese „gesunde Kompromißpolitik" sei auch die beste „Nützlichkeitspolitik", womit man wirklich vorankomme, während brutaler Klassenkampf schade.

Wir verweisen auf das anfangs Gesagte. Bis zum Jahre 1907 hatte das Zentrum einen Arbeiter in seiner Reichstagsfraktion, einen auf hundert Grafen, Agrarier, Unternehmer und weltliche und geistliche Würdenträger. Was meint man wohl, was dieser Eine von den hundert andern für „Zugeständnisse" hätte erringen können? Jetzt sind fünf Arbeitervertreter im Reichstagszentrum, das 105 Mitglieder umfaßt, so daß ein Arbeiterabgeordneter auf 20 Vertreter der besitzenden Klasse kommt. Was glaubt man, was dieser eine gegen die 20 andern vermag? Nicht mehr als vorher der eine gegen die 100!

Die Kompromißpolitik, auf die das Zentrum die Arbeiter verpflichtet, ist in der Tat eine Nützlichkeitspolitik — für die Kapitalisten und Großgrundbesitzer im Zentrum, für die edlen Herren der katholischen Kirche und der katholischen Bureaukratie. Für den Groschen Zugeständnisse, die das Zentrum den Arbeitern bewilligt, müssen diese einen Taler Zugeständnisse an ihre hochmögenden Partei- und Glaubensgenossen zahlen. Nur politische Erbdummheit kann einen Arbeiter dazu veranlassen, einen solchen „Ausgleich der Interessen" für gerecht zu halten.

Deutsches Reich.

Deutsche Gelehrte.

In der Deutschen Juristenzeitung vom 15. Mai behandelt der Göttinger Staatsrechtslehrer Professor Hatschek die Rechtsfragen, die im Zusammenhange mit der berüchtigten „Geschäftsordnungsreform" des preußischen Abgeordnetenhauses auftauchten. Professor Hatschek wendet sich gegen die Auffassung, nach der die gewaltsame Entfernung von Abgeordneten aus dem Sitzungssaale gegen § 105 des Reichsstrafgesetzbuches verstößt. Dieser Paragraph bestraft nämlich mit Zuchthaus jeden, der „es unternimmt, Mitglieder" aus den gesetzgebenden Körperschaften „gewaltsam zu entfernen".

Der Polizeileutnant und die zehn Mann handeln nicht rechtswidrig, sondern vollführen nur einen rechtmäßigen Beschluß. Die Schutzleute, die den Beschluß des Abgeordnetenhauses vollziehen, handeln ebenso wenig rechtswidrig wie der Scharfrichter, der einen Mann tötet und eine Tat vollbringt, die, von einem andern begangen, sicherlich als Mord zu bezeichnen wäre. Ich glaube auch, daß sich vom juristischen Standpunkt kaum ein Einwand gegen die geplante Reform wird erheben lassen, wohl aber aus Zweckmäßigkeitsgründen.

Das interessante Henkerbeispiel trifft hier keinesfalls zu. Der Henker handelt auf Grund einer Verfügung des Reichsgesetzes gegen eine andre Verfügung des Reichsgesetzes. Das preußische Abgeordnetenhaus aber ist nicht berufen, Reichsgesetze abzuändern. So weit ist die Vorherrschaft der ostelbischen Junker wenigstens formell noch nicht festgelegt. Darüber läßt der klare Wortlaut des Einführungsgesetzes zum Reichsstrafgesetzbuch keinen Zweifel aufkommen, beschränkte doch dieses Gesetz die Landesgesetzgebung ausdrücklich auf die reichsrechtlich nicht geregelten Materien, während die zulässigen Ausnahmen der Reihe nach aufgezählt werden.

Professor Hatschek empfiehlt übrigens trotz seiner bedenklichen juristischen Ueberzeugung keinesfalls die Anwendung des Hausknechtsparagraphen:

> Wir haben es vor kurzem erlebt, wie groß die Entrüstung über die Aeußerung eines Reichstagsabgeordneten war, der behauptete, daß der Kaiser berechtigt sei, den Reichstag mit Hilfe eines Leutnants und zehn Mann schließen zu lassen. Die Entrüstung, mit der diese Auffassung des Reichstagsabgeordneten von der öffentlichen Meinung aufgenommen wurde, müßte doch eine genügende Warnung sein, mit solchen Maßnahmen, wie sie vorgeschlagen werden, zurückzuhalten. Der gemeine Mann sähe von alldem nur das eine: die Polizei, die nicht einmal vor dem Abgeordnetenhaus Halt macht. . . . Die Maßregel und die Möglichkeit des Ausschlusses von Abgeordneten, die sich ungebührlich benehmen, durch Beschluß des Hauses scheint mir **sehr zweckmäßig, aber die Durchführung dieses Beschlusses, wie sie geplant wird, scheint mir unpolitisch.** Zur Durchführung dieser Maßregel haben wir ja Rechtsnormen, die nur richtig angewendet werden müssen.

Und nun rückt der gelehrte Göttinger Professor mit einem sauberen unauffälligeren Entwurf zur Knebelung der Abgeordneten heraus:

> Wir haben den § 113 RStrG., der sagt: „Wer einem Beamten, welcher zur Vollstreckung von Gesetzen, von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbehörden . . . Widerstand leistet, . . . wird **mit Gefängnis von 14 Tagen bis zu 2 Jahren bestraft.**" Das die Ausweisung beschließende Abgeordnetenhaus ist freilich keine Verwaltungsbehörde, aber der Präsident, der die Maßregel zur Durchführung des Ausschließungsbeschlusses nach der Geschäftsordnung zu treffen hat. . . . Wer vom Staate zur Verfügung gestellte Mittel für einen bestimmten Zweck verwendet, wer unter sich ein „Verwaltungspersonal" in Tätigkeit erhält, „verwaltet" sicherlich. Deshalb ist der Präsident auch jedenfalls Verwaltungsbehörde. Ist dem aber so, dann wird es meines Erachtens genügen, wenn der Bureaudirektor im Auftrage des Präsidenten den renitenten Abgeordneten auffordert, das Haus zu verlassen. Der Bureaudirektor wird dann gewissermaßen der Vollstrecker der Anordnung einer Verwaltungsbehörde, nämlich des Präsidenten, sein. **Leistet der Abgeordnete dann noch Widerstand, so ist der Tatbestand des § 113 RStrG. gegeben.** Man könnte vielleicht dem § 64 der Geschäftsordnung noch hinzufügen:
>
> „Widersetzt sich der Abgeordnete einer Ausschließung bezw. der Aufforderung des Bureaudirektors, das Haus zu verlassen, **so ist ungesäumt die Anzeige der Staatsanwaltschaft zu machen. Diese Anzeige gilt als Ermächtigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten während der Session** im Sinne des Artikels 84, Abs. 2 der preußischen Verfassung."
>
> Dadurch würde verhindert, daß wechselnde Majoritäten im Abgeordnetenhause **Ausschließungsbeschlüsse undurchführbar machen.** Es könnte doch der Fall eintreten, daß, wenn erst noch das Haus um die Autorisation zur Strafverfolgung gefragt würde, es diese verweigert und damit den früheren Ausschließungsbeschluß hinfällig macht.

Wir salutieren den gelehrten Herrn! Seine Ausführungen erinnern an das bekannte Wort: Hätte die Pest Orden und Titel zu verleihen, so würden die Juristen beweisen, daß es Hochverrat ist, sich ihr zu entziehen.

Die Demokraten.

Auf dem Kölner Parteitag der Demokraten zog sich am Montag die Beratung des Parteiprogramms bis 1 Uhr nachts hin. Der Entwurf der Kommission wird mit geringen Aenderungen angenommen, mit Ausnahme des Teils, der die Sozialpolitik behandelt. Die Beratung über die sozialpolitischen Forderungen wird auf Dienstag verschoben, wo zunächst zwei Reden über das Thema: Die Angestellten und die Politik gehört werden sollen. Zu dem genannten Thema redete als Erster Handlungsgehilfe Auschäuser (Berlin). Er bemerkte einleitend, daß die Demokratische Vereinigung weder eine Partei der Arbeiter, noch eine Partei der Unternehmer, sondern eine Partei der Arbeit sei, an der Arbeiter und Unternehmer in gleicher Weise beteiligt seien und deren Interessen also beiderseits zu fördern seien. Er verwahrte sich gegen den Versuch, die Angestellten als „neuen Mittelstand" und als besonders „staatserhaltend" in Gegensatz zu der übrigen Arbeiterschaft zu bringen. Die Angestellten hätten keinen Grund, den gegenwärtigen Staat mit seinen Mängeln und Fehlern zu erhalten, sie müßten ihn umgestalten in demokratischem und sozialem Sinne.

Ingenieur Lüdemann, Führer der technisch-industriellen Beamten, wendet sich gegen eine Sozialpolitik als Wohlwollen für diese oder jene Arbeitergruppe; das Ziel einer vernünftigen Sozialpolitik müsse die gleichberechtigte Anteilnahme der wirtschaftlich abhängigen Volksschichten an allen Schätzen der Erde sein. Die Kapitalsrente müsse stetig verkleinert werden zugunsten der Arbeit und die Demokratie müsse im sozialen Kampf rückhaltlos auf die Seite der Lohnempfänger treten, um das Recht der Persönlichkeit durchzusetzen. Der Redner geht ein auf die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnisse der Angestellten und nennt dabei die Art der vielfach üblichen Verträge ein Stück moderner Sklaverei. Er fordert wirksamen Arbeiterschutz und als dessen Grundlage den 8stündigen Arbeitstag, 36stündige Sonntagsruhe usw. Aber wenn auch die Forderungen bezüglich des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung erfüllt seien, so sei dem Arbeiter doch erst geholfen, wenn das konstitutionelle Arbeitssystem und eine Aenderung der Besitzverhältnisse durchgeführt sei. Man brauche sich dabei auf kein bestimmtes Endziel festzulegen und es sei nebensächlich, wie der spätere Zustand mal aussehe, aber eine entschiedene Demokratie schließe jedenfalls die genossenschaftliche, soziale Organisation der Wirtschaftsordnung in sich ein. Gegen den Vorredner, der den Kapitalismus als kulturfördernd gerühmt habe, wendet Lüdemann noch ein, daß der Kapitalismus zwar die Technik gefördert und die Produktion vermehrt, aber auf den Träger der Arbeitskraft doch in kulturwidrigem Sinne gewirkt habe.

Die Aussprache über die beiden Reden wurde mit der Debatte über den sozialpolitischen Teil des Programms verbunden. Die sozialpolitischen Forderungen lauten:

> Fortentwickelung unserer Wirtschaftsordnung, mit dem Ziel, der Arbeit in jeder Gestalt einen immer höheren Anteil am Arbeitsertrage zu sichern. Sozialreform, um das Recht der Persönlichkeit im Wirtschaftsleben zu wahren. Koalitionsfreiheit. Anerkennung und Förderung der Berufsvereine. Einheitliches Arbeitsrecht. Konstitutionelles Arbeitssystem. Sicherung der Freizügigkeit. Unentgeltlicher paritätischer Arbeitsnachweis. Gesetzlicher Höchstarbeitstag. Weitgehender Arbeiterschutz. Verbot der Kinderarbeit. Beseitigung der Gesindeordnung. Schutz der Heimarbeiter. Zweckmäßige, auf Selbstverwaltung beruhende Versicherungs-Gesetzgebung. Arbeitslosen- und Mutterschaftsversicherung. Gewährung eines Existenzminimums für jeden Staatsangehörigen.

Die Debatte war sehr ausgedehnt und lebhaft. Herrn Lüdemann wurde vorgeworfen, daß er den demokratischen Rahmen überschritten und sich auf marxistisches Geleise begeben habe. Dr. Breitscheid, der sich auf Lüdemanns Standpunkt stellt, mußte sich sagen lassen, daß er radikaler als August Bebel gesprochen hat. Von mehreren Rednern wird die Befürchtung geäußert, daß die Partei durch ihr sozialpolitisches Vorgehen eine Klassenvertretung werde. Namentlich macht der erste Satz des sozialpolitischen Programms einem Teil der Delegierten Kopfschmerzen, und es wird die Frage aufgeworfen, wo denn der Anteil der Arbeit am Arbeitsertrage seine Grenze habe. Als Breitscheid verkündet, daß die Grenze da sei, wo die Arbeit allein über den Arbeitsertrag gebiete und daß die Konsequenz der Demokratie die völlige Abschaffung der Grund- und Kapitalsrente sei, da erscholl lauter Beifall auf der einen, aber es gab auch Widerspruch und vielsagendes Stillschweigen auf der andern Seite.

Gerlach als „Diplomat" gab dem bedenklichen Satze die Deutung, daß ja der „Arbeit in jeder Gestalt", also auch der Arbeit des Unternehmers, ihr Recht werden sollte, und daß der Kampf nur der arbeitslosen Rente gelte. Es kam zu heftiger Rede und Gegenrede, die eine deutliche Scheidungslinie zwischen Arbeiter- und Unternehmerinteressen, zwischen vorwärts drängender Jugend und behäbigem und ängstlichem Philistertum erkennen ließ. Wer einen Blick um sich warf, konnte wahrnehmen, wie das rote Gespenst durch die Fenster des demokratischen Parteitagslokales lugte.

Schließlich wurde der sozialpolitische Teil und dann das ganze Programm einstimmig angenommen. Vorher hatte noch eine von Gädtke, Gerlach und Genossen eingebrachte Resolution zugunsten der ausgesperrten Bauarbeiter Annahme gefunden.

Der nächste Parteitag findet in Dessau statt.

Berlin, 18. Mai. Die **preußische Regierung** hat eine aus höheren Beamten bestehende Kommission eingesetzt, die sich in modern eingerichteten und geleiteten industriellen Privatbetrieben über die dort getroffenen wirtschaftlichen Einrichtungen informieren soll. Besonders die Behandlung und Kontrolle der Materialien, das Lohn- und Rechnungswesen, die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen und die Korrespondenzerledigung soll daraufhin geprüft werden, ob ihre Einführung bei der Verwaltung der Staatseisenbahnen angängig ist.

Die Uebereinkunft über die Errichtung eines **internationalen landwirtschaftlichen Instituts** in Rom ist von den beteiligten Staaten ratifiziert worden. Eine Ausnahme machen allein die Republiken Guatemala und Paraguay. Die Ratifikationsurkunden sind bei der italienischen Regierung hinterlegt worden.

Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter. Wie die Süddeutsche Tabakzeitung meldet, hat die Reichsregierung folgenden Erlaß herausgegeben:

> Es ist angeordnet worden, daß den im Herbst 1908 und 1909 vom Militär entlassenen Tabakarbeitern, denen zurzeit die Unterstützung verweigert worden ist, diese Unterstützung auf Ansuchen aus Billigkeitsgründen nachträglich gewährt wird. Dabei wird angenommen, daß diese Arbeiter bei der Wiederaufnahme ihrer alten Berufstätigkeit nach der Entlassung vom Militär zu der Erwartung berechtigt waren, daß die Beschäftigung eine dauernde sein werde, und daß sie bereits wieder einige Zeit beschäftigt waren, bevor die Arbeitslosigkeit eingetreten ist.

Das Kongoabkommen. Die Scherlpresse meldet aus Brüssel: Es bestätigt sich, daß das Protokoll des belgisch-deutsch-englischen Abkommens über die Regulierung der Grenzen der Kongokolonie unterzeichnet worden ist. Die Grenze zwischen Deutschostafrika und der Kongokolonie bildet der Rusfifluß und der Kiwusee. Die Insel Kwidjiri fällt an Belgien. Dann geht die Grenzlinie östlich von Goma über den Karisimbigipfel bis zum Sabiniogipfel, wo die deutsche, die englische und die belgische Grenze zusammentreffen. Von dort läuft die Grenze zwischen dem Kongoterritorium und Uganda in gerader Linie über den Ugabuagipfel und den Isasafluß entlang bis zum Eduardsee, folgt dem Fluß durch das Lubilital bis Pit Marguerite, läuft wieder abwärts mit dem Lamiafluß und dem Semliki bis zum Albertsee und durchschneidet diesen bis Mahagi, das Belgien in Pacht hat. Belgien erhält das ganze Territorium nördlich des Samliki und das Ostufer des Albertsees.

Eisenbahnwagenaustausch mit der Schweiz. Für den Wagenübergang zwischen den schweizerischen Bundesstaaten und den Verwaltungen des Deutschen Staatsbahnwagenverbandes sind neue Vereinbarungen getroffen worden, die in Kraft treten, wenn nicht binnen vier Wochen Widerspruch erhoben wird. Im allgemeinen finden die Bestimmungen des Vereinswagenübereinkommens Anwendung, abgesehen von den Vereinbarungen der internationalen Berner Konferenz über die technische Einheit im Eisenbahnwesen. Für den Lauf der Wagen des Deutschen Staatsbahnwagenverbandes auf französischen Bahnen im Durchgang durch die Schweiz vergüten die schweiz. Bahnen nur die von den

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100517/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

französischen Bahnen erhaltenen Mieten. Umgekehrt vergüten die Verwaltungen des Deutschen Staatsbahnwagenverbandes für die Benutzung französischer Wagen, die im Durchgang durch die Schweiz auf ihre Linien gelangen, ebenfalls nur die von den Schweizer Bahnen den französischen Bahnen zu vergütenden Sätze. Das ganze Netz des Schweizerischen Wagenverbandes ist hinsichtlich der Rückbeladung der schweizerischen Verbandswagen im Gebiete des Deutschen Staatsbahnwagenverbandes als Heimat zu betrachten. Der Ausgleich der Wagenmiete durch Vermittelung der Bayrischen Staatseisenbahnen wird bis auf weiteres beibehalten. Das Uebereinkommen kann von den Vertragschließenden mit sechsmonatiger Frist zum letzten Tage eines Kalendervierteljahrs gekündigt werden.

Amtliche Warnung vor der Auswanderung nach Brasilien. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung warnt die deutschen Arbeiter, sich beim Bau der Madeira-Mamore-Eisenbahn im Gebiete des oberen Amazonenstroms anwerben zu lassen. Die amtliche Warnung weist darauf hin, daß bereits eine Anzahl deutscher Arbeiter dem dortigen höchst ungünstigen Klima zum Opfer gefallen sind, andre haben ihre Arbeitsfähigkeit eingebüßt. Nach Berichten aus Brasilien habe es den Anschein, als ob auch neuerdings wieder der Versuch gemacht werde, deutsche Arbeiter für dieses Eisenbahnunternehmen anzuwerben. Es könne nicht eindringlich genug vor den Gefahren gewarnt werden, denen deutsche Arbeiter bei dem Bau dieser Bahn ausgesetzt sind. Das Schicksal der im vorigen Jahre dahingereisten Deutschen sollte die Arbeiterschaft davon abschrecken, trotz noch so günstig scheinender Vertragsangebote der für die Eisenbahngesellschaft tätigen Agenten, sich von diesen anwerben zu lassen.

Neue Perspektiven. Um einem ebenso tiefgefühlten, wie dringenden Bedürfnis abzuhelfen, wird auf Wunsch Wilhelms II. in Homburg v. d. H. ein Luftschiffdenkmal errichtet. Um auch gleich einen praktischen Zweck damit zu verfolgen, wird das Denkmal als eine Luftschiffhalle gebaut. 50 000 Mark sind angeblich bereits gezeichnet, den Rest hofft man in kurzer Zeit zusammenzubringen. Das Denkmal dient der Erinnerung an die Luftschiffparade vor Wilhelm II., die bekanntlich mit dem Verlust des Z II endete.

Dem Denkmalssport sind damit neue, unabsehbare Perspektiven eröffnet, und man kann sich darauf gefaßt machen, daß in der nächsten Zeit die Luftschiffdenkmäler ebenso massenhaft aus der Erde schießen, wie seinerzeit die Bismarck- und Siegesdenkmäler. Armes Deutschland!

Zur rechten Zeit gestorben. Der frühere Gendarm Münter, zuletzt Magistratsassistent in Schöneberg, ist plötzlich gestorben. Gegen den Verstorbenen schwebte eine Disziplinaruntersuchung und ein Verfahren wegen Verleitung zum Meineid. Münter sollte bekanntlich in dem Wiederaufnahmeverfahren gegen Schröder und Genossen eine Rolle spielen. Auf sein Zeugnis hin hat seinerzeit das Schwurgericht in Essen eine Anzahl Parteigenossen wegen einer Bagatelle zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Die Glaubwürdigkeit des Münter wäre in dem Prozeß voraussichtlich völlig erschüttert worden. Das Meineidsverfahren gegen ihn war schon so weit gediehen, daß seine Verhaftung bevorstand.

Der staatsgefährliche Bauernbund. In einer Versammlung des Kriegervereins in Mraileken (Westpreußen) wies der Vorsitzende, Rittmeister der Landwehr, Weißermel, darauf hin, daß die Kriegervereine auch den Kampf gegen den Bauernbund führen müßten, denn die Bestrebungen des Bauernbundes grenzten an die der Sozialdemokratie.

Den Junkern muß die Agitation des Bauernbundes doch höllisch unangenehm sein, daß sie schon zu solch verzweifelten Mitteln greifen.

Kleine politische Nachrichten. **Die türkische Deputiertenkammer** stimmte dem zwischen der Pforte und der russischen Regierung abgeschlossenen Kompromiß zu, nach dem der alte Streitfall wegen Zahlung der Verzugszinsen für die an russische Privatleute aus dem Kriege von 1877 verspätet entrichteten Entschädigungen, dem Haager Schiedsgerichte unterbreitet werden soll. — Wie verlautet, beabsichtigt Staatssekretär Knox sofort Schritte zu tun, um die friedlichen Beziehungen zwischen Peru und Ecuador wieder herzustellen. — **Unter den Einwohnern der chinesischen Provinzen Kiangsu, Tschekiang und Hunan** sind erneut Unruhen ausgebrochen, die sich gegen die Behörden richten und auf Mangel an Nahrungsmitteln zurückzuführen sind.

Oesterreich-Ungarn.

Der kroatische Volksbetrug.

Aus Budapest schreibt man uns: Um die Macht der politischen Parteigruppierung, die sich kroatisch-serbische Koalition nennt, zu brechen und um die Balkanpläne des Auswärtigen Amtes durchzusetzen, wurde vor zweieinhalb Jahren über Kroatien der Absolutismus verhängt. In ihrer bedrängten Lage appellierte die kroatisch-serbische Koalition an die Massen: sie gebärdete sich als Apostel des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts und auf diese Weise ist es ihr auch gelungen, die Unterstützung der ganzen Bevölkerung Kroatiens zu erwerben und die Sympathie der unterdrückten Völker der Donaumonarchie für sich zu erobern. Daß die kroatische Parlamentsmehrheit allen Verfolgungen Trotz bieten konnte, daß der magyarische Absolutismus in Kroatien ein schändliches Fiasko erleben mußte, ist ausschließlich der tatkräftigen Unterstützung zu danken, die der Koalition von den Massen gewährt wurde. Der Absolutismus wurde gestürzt und die Koalition ergriff die Zügel der Macht. Es war also die Zeit gekommen, in der das Wahlrechtsversprechen eingelöst werden sollte. Was geschah? Die kroatische Regierung brachte dieser Tage eine Wahlrechtsvorlage ein, wonach die Volksmassen weiterhin entrechtet bleiben sollen. Der Steuerzensus, der bisher 30—60 Kronen betrug, soll auf 10—15 Kronen herabgesetzt, die Zahl der Wähler aber dadurch verdreifacht werden. Doch immerhin soll nur ein Viertel der männlichen Erwachsenen wahlberechtigt sein. Der Wahlrechtsentwurf stellt also einen schnöden Volksbetrug dar. Haben nun die Verkünder der Volksrechte gegen diesen Entwurf den Kampf aufgenommen? Im Gegenteil: sie haben die Regierungsvorlage mit hellem Jubel begrüßt und arbeiten jetzt mit Volldampf an deren Durchpeitschung. Wenn nichts dazwischen tritt, so wird die neue Volksentrechtung Gesetz werden. Dieses Verhalten der kroatisch-serbischen Koalition wird nur den überraschen, der in dem Wahne lebt, daß die Arbeiter von den bürgerlichen Parteien auch Gutes erwarten könnten. Die Koalition vertritt die Interessen des Kleinbürgertums. Die Macht dieser Gruppen wird durch das neue Wahlrecht verstärkt: natürlich stimmt sie dem zu und kümmert sich den Teufel um das gegebene Versprechen.

Ohne Budget.

Budapest, 18. Mai. Finanzminister Lukacs hat mit dem unter Führung der ungarischen Kreditbank stehenden Finanzkonsortium ein Uebereinkommen getroffen. Nach diesem übernimmt das Konsortium die Besorgung des Staatsschuldendienstes für die nächste Zeit, bis die Gesetzgebung die zur Weiterführung der Staatswirtschaft nötigen Verfügungen trifft. Es wird die zur Einlösung der fälligen Coupons nötigen Barmittel bis zum Betrage von 100 Millionen Kronen vorstrecken.

Spanien.

Unruhen.

Valencia, 17. Mai. Bei der Rückkehr des Deputierten Soriano aus Madrid kam es gestern zu lebhaften Kundgebungen der Menge. Die Polizei gab Feuer, wodurch mehrere Personen verwundet wurden; andre wurden im Gedränge verletzt. Ein Polizeioffizier wurde durch einen Dolchstich getötet. Zahlreiche Personen wurden verhaftet.

Türkei.

Milde „Sieger".

Konstantinopel, 18. Mai. Wie verlautet, hat die Pforte den Kriegsminister angewiesen, mit den Aufständischen in Albanien Friedensunterhandlungen einzuleiten. Die türkische Regierung ist gewillt, eine allgemeine Amnestie zu erlassen, die **Waffenabnahme zu sistieren und in der Steuerfrage Vergünstigungen zu gewähren.**

Persien.

Ein Konflikt.

Die Vossische Zeitung meldet aus Wien: Von englischer Seite wird mitgeteilt: Die persische Anleihefrage droht internationalen Charakter anzunehmen. Rußland und England haben Persien verständigt, daß es strategische Bahnen durch Nichtengländer oder Nichtrussen nicht bauen lassen dürfe, daß es ferner nur solche Anleihen aufnehmen dürfe, über welche England und Rußland die Kontrolle zustände. Der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich in London hatte in dieser Frage sowohl mit Sir Edward Grey als Sir Charles Hardinge Rücksprachen, durch welche die zwischen der deutschen und englisch-russischen Auffassung bestehenden großen Differenzen nicht ausgeglichen werden konnten. Deutscherseits wird betont, daß es den Grundsätzen des internationalen Rechts widerspreche, wenn zwei Mächte untereinander Verträge schließen, durch die das Recht eines dritten Staates eingeengt wird. Die persische Frage droht sich schwieriger als die marokkanische zu gestalten.

Sächsische Angelegenheiten.

Beamten! Erbarmt euch der Konservativen!

Den Konservativen wird, wenn sie an die nächsten Wahlen denken, ziemlich elend zumute. Die großen Worte, die sie im Munde führen, zu dem Versuch, die Massen zu täuschen, ändern nichts an der Tatsache der konservativen Angst. Vornehmlich die sächsischen Konservativen wissen, daß für sie die Situation verzweifelt wird, wenn sie zur Niederlage bei den Landtagswahlen auch bei den nächsten Reichstagswahlen ein Fiasko erleiden. Sie müssen ernstlich damit rechnen, daß sie bei den Reichstagswahlen das freikonservative und die beiden andern konservativen Mandate verlieren. Nachdem in Sachsen die konservative Landtagsmehrheit beseitigt worden ist, der tonangebende Anhang dieser Partei auf die Erfüllung weiterer brutal-egoistischer Sonderwünsche warten muß, und zwar mit keinen sonderlichen Hoffnungen, müßte eine Niederlage auch bei den Reichstagswahlen zu einer konservativen Parteikrise führen, die dieser Partei die Lebenskraft für immer raubt. Die konservativen Führer sehen das auch ein, denn die Zeichen der Zeit reden seit Jahresfrist eine nicht mehr mißzuverstehende Sprache. In diesen argen Nöten erinnert das Vaterland daran, daß die Beamten eigentlich die Verpflichtung haben, die Parteidiener der Konservativen zu sein. In den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts brauchten die Konservativen deshalb kaum eine Organisation, weil die Beamten ihnen die Wahl- und Agitationsgeschäfte besorgten. Nach 1903 flaute das ab, obgleich auch heute der Beamtenapparat für die um Mehnert und Opitz benutzt wird. Aber nicht mehr mit dem früheren Nachdruck, denn die Kritik wurde immer schärfer und — bei vielen Beamten zog der Mißmut gegen die Konservativen ein. Ohne die Beamten sind aber die Konservativen bei der kommenden Reichstagswahl einfach erschossen, deshalb mahnt in der neuesten Nummer das Vaterland unter der trügerischen Aufschrift „Staatsdiener" die Beamten, „überall den rechten Ton anzuschlagen und mit gutem Beispiel voranzugehen". Selbstverständlich sagt das Vaterland für den heutigen Staat, und ebenso selbstverständlich meint es, für die Konservativen. Die Verwaltungs- und sonstigen sehr abhängigen Beamten können sich in Sachsen wie in Preußen nur in seltenen Ausnahmefällen erlauben, für eine andre bürgerliche Partei tätig zu sein, gar nicht von der Sozialdemokratie zu reden. Darum fordert das Vaterland, **„die Staatsdiener vor allem müssen künftighin aus ihrer Zurückhaltung heraustreten und ihre Bravour zeigen"**. Die Spitzen der jeweiligen Beamtenkorps erhalten hier von den Konservativen den deutlichen Wink, die ihnen untergeordneten Beamten entsprechend zu beeinflussen, „zu begeistern" sagt natürlich das Vaterland. Wenn das nicht geschieht, sieht das erwähnte Organ das Ende des heutigen Staates kommen, also ein Ereignis eintreten, das im Interesse des Fortschritts auf allen guten und vernünftigen Gebieten von uns zu begrüßen wäre, und für die Massen der Nichtbesitzenden nur von Segen sein würde. Der Artikel im Vaterland ist indirekt die Aufforderung an die Regierung, das von ihr abhängige Beamtenheer in den parteipolitischen Kampf hineinzutreiben, für die Konservativen und gegen alle andern Parteien, hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie. Die Konservativen verraten dadurch, daß sie ihre Position als äußerst gefährdet ansehen, das früher immer zur Schau getragene Selbstbewußtsein sie zu verlassen beginnt. Sie haben unstreitig auch früher auf die Beamten eingewirkt, aber Ton und Inhalt des genannten Artikels fallen derart aus dem bisher üblichen Rahmen heraus, daß auf eine heftige Gemütsdepression bei den Konservativen geschlossen werden muß. Wir sind selbstverständlich nicht dagegen, daß auch die Beamten sich parteipolitisch betätigen, wenn für sie die Möglichkeit besteht, jeder Partei sich anschließen zu können. Wenn aber die Beamten, wie es die Konservativen nicht nur wünschen, sondern einfach fordern, für eine Partei, oder mindestens gegen eine bestimmte Partei tätig sein sollen, und dazu schließlich unter Anwendung des bekannten „leisen Drucks" gezwungen werden, dann machen wir nicht lange protestierenden Firlefanz, sondern wir werden mit aller Rücksichtslosigkeit einen solchen elenden Zustand an den Pranger stellen. Wenn sich bei den Anfängen und während des nächsten Wahlkampfes das Eingreifen der Beamten merkbar macht, dann wäre erwiesen, daß die Regierung gehorsam auf konservativen Wunsch eingeschwenkt ist. Dann würde aber ein Wahlkampf entfesselt werden, daß unsern Ordnungs- und Staatsstützen am Ende doch nicht wohl zumute werden würde. 1903 hat die Indienststellung des Beamtenapparats uns ganz schöne Früchte eingetragen. Wir werden auch in Zukunft unsern Mann zu stellen wissen. Und wenn nebenbei durch die Mobilisierung der Beamten für eine Partei der heutige Staat auch bei den Bevölkerungsschichten und -Kreisen, die noch an den über den Parteien stehenden Staat glauben, um den letzten Rest von Ansehen gebracht wird, uns wird das keine Sorgen bereiten.

Nationalliberales.

Von Herrn Abg. Merkel stammt die Mitteilung, daß die Mehrheit der nationalliberalen Fraktionsmitglieder anfänglich gegen die Ausgaben für Orden und Gesandtschaften stimmen wollte. Im entscheidenden Moment fielen die nationalliberalen Helden um. In einer offiziösen Erklärung versuchte die Fraktionsleitung durch gewundene Redensarten es zu bestreiten, daß die Nationalliberalen jemals die ruchlose Absicht gehabt haben, gegen die Geldverschleuderung für Orden und für die völlig zweck- und sinnlosen Gesandtschaften zu stimmen. Die Kölnische Zeitung und das Leipziger Limanblatt, die beide lebhafte Beziehungen zur nationalliberalen Landtagsfraktion unterhalten, hatten aber ebenfalls bestimmt gemeldet, daß die Mehrheit der Nationalliberalen gegen die erwähnten Etatstitel stimmen wolle. Eine ähnliche Mitteilung machte auch der nationalliberale Abgeordnete Anders in der Finanzdeputation A. In einer vertraulichen Sitzung genügten jedoch einige lendenlahme Erklärungen der Regierungsvertreter, um die nationalliberalen Wetterfahnen nach einer andern Windrichtung zu drehen. Nur Merkel und Langhammer blieben fest. Jetzt stellt die Deutsche Tageszeitung fest, daß der Fraktionsvorsitzende, Landgerichtsdirektor **Hettner, selbst die Nachricht in die Kölnische Zeitung und in das Leipziger Limanblatt lanciert hat,** die Fraktion werde gegen Orden und Gesandtschaften stimmen. Herr Hettner legte auf die Publikation der von ihm verfaßten Mitteilung so großen Wert, daß er sich besonders erkundigte, ob die genannten Zeitungen die Notiz auch gebracht haben. Und derselbe Herr Hettner gab sich später Mühe, die Richtigkeit der von ihm in die Oeffentlichkeit gebrachten Meldungen zu bestreiten. Herr Hettner ist demnach der geborene nationalliberale Partei- und Fraktionsführer; eine Wetterfahne, die schon auf den leisesten Windhauch sich zu drehen vermag. Eine nette Gesellschaft, diese nationalliberalen Politikusse

Herr Merkel und die Nationalliberalen

In einem Briefe an die Neue Vogtländische Volkszeitung erzählt Herr Merkel, wie von der nationalliberalen Landtagsfraktion die Untersuchung der Langhammeraffäre geführt und wie ein für Langhammer ungünstiges Gutachten zustande gekommen ist. Herr Merkel schreibt:

„Ich stelle fest, daß die Mitglieder der nationalliberalen Landtagsfraktion Herrn Abg. Dr. Kaiser, Herrn Abg. Nitzschke und mich gewählt hatten, um die Prozeßakten in der Klagsache Langhammer gegen Liepmann durchzusehen und der Fraktion ein objektives Referat zu erstatten, aus dem sich die Kollegen dann ein eignes Urteil bilden sollten. Nachdem mir Langhammer vor ungefähr fünf Wochen im Sitzungssaale der Zweiten Ständekammer eine verschlossene Aktenmappe mit dem Inhalte des Prozeßmaterials übergeben hatte, überreichte ich diese Mappe nebst einem Schlüssel Herrn Dr. Kaiser. Wir vereinbarten dabei, daß erst Herr Dr. Kaiser, dann Herr Nitzschke und zuletzt ich das Material zur Durchsicht an sich nehmen sollten. Vor zirka drei Wochen bat mich Langhammer, ihm die sämtlichen Unterlagen auf kurze Zeit wieder auszuhändigen. Er brauche es zu einer in Chemnitz anhängigen Prozeßsache, bei der am andern Tage Schöffengerichtssitzung stattfinde. Da Herr Nitzschke das Material in Händen hatte, bat ich ihn darum, unter Darlegung der Gründe. Es war wohl an einem Donnerstag. Am Montag darauf gab mir im Sitzungssaale Langhammer die verschlossene Mappe wieder zurück. Ich habe den Inhalt nicht eingesehen, sondern nur den Boten bei der Uebergabe gespielt und Herrn Nitzschke die Mappe unverzüglich wieder zugestellt. Vor etwa acht Tagen bat mich nun Herr Dr. Kaiser während einer Plenarsitzung der Zweiten Kammer, einmal mit ins Fraktionszimmer zu kommen. Dort wurde erst von Herrn Dr. Kaiser und dann von Herrn Nitzschke über die Langhammersche Affäre gesprochen. Ich habe nur einige Tatsachen erzählen können, die mir während des vorigen Landtags durch Langhammer gesprächsweise bekannt geworden waren. Nach ungefähr ¾stündiger Aussprache übernahm Herr Dr. Kaiser den Auftrag, eine kurze Gegenüberstellung der Behauptungen beider Parteien auszuarbeiten, die zur Unterlage für eine zweite Sitzung unter uns dienen sollte. Das Aktenmaterial hatte Herr Dr. Kaiser wieder an sich genommen. Ich habe auch während dieser ersten Sitzung keine Einsicht in die Akten nehmen können. Ich wartete nun vergeblich auf die Einladung zur zweiten Sitzung, bei der ich um Aushändigung des Aktenmaterials zum Zwecke eigner Information vorstellig werden wollte, nachdem die beiden andern Kollegen zusammen wenigstens vier bis fünf Wochen Zeit zur Einsichtnahme für sich in Anspruch genommen hatten. Vorgestern erfuhr ich nun zu meinem Erstaunen, daß Herr Dr. Kaiser einen fix und fertigen Druckbericht besaß, nach welchem die Sache endgültig abgeschlossen sein sollte. Ich konstatiere, daß ich auch den Dr. Kaiserschen Druckbericht nicht erhalten habe und zu keiner weiteren Sitzung der Kommission eingeladen worden bin. **Ich stelle fest, daß mir trotz meines Mandats das Material nicht zur Prüfung überlassen oder angeboten worden ist.** Ich habe also den Inhalt der Prozeß-Akten nicht kennen gelernt. Trotzdem ist Bericht in der Fraktion erstattet und ein Beschluß über den Fall Langhammer gefaßt worden. **Ich muß dieses Verfahren als unfair bezeichnen, da man den dritten gewählten Vertrauensmann als „quantité négligeable" behandelt hat.** Lebens und Sterbens halber fühle ich mich zu dieser Feststellung verpflichtet."

Das sind ja recht niedliche Sachen, die Herr Merkel da erzählt. Wie muß es in einer Fraktion bestellt sein, wenn in einer derart schofeln Weise gegen ein Fraktionsmitglied eine Untersuchung geführt wird. Die muffigen Düfte eines respektablen politischen Sumpfes steigen da auf. Darum auch die geschäftige Eilfertigkeit der nationalliberalen Drahtzieher, den Fall Merkel anders darzustellen, als wie er in Wahrheit liegt. Aber bei Herrn Merkel scheinen die Herrschaften an die falsche Adresse geraten zu sein.

„Gelbe" Verleumdungen!

Mit welch verleumderischen Verdächtigungen die gelbnationalen Helden hausieren gehen, um den Führern der freien Gewerkschaften Knüppel zwischen die Beine zu werfen, beweist eine Verhandlung wegen verleumderischer Beleidigung, welche der Geschäftsführer der Filiale Kirchberg des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Genosse Zwahr, gegen den Redakteur der zwischen Leben und Sterben dahinvegetierenden Nationalen Volkszeitung in Crimmitschau anhängig gemacht hatte. In einem Auszuge aus dem Bericht der Zahlstelle Kirchberg des Deutschen Textilarbeiterverbandes hatte der Redakteur nicht gleich die Detailziffern eines Postens von 2817.67 Mk. gefunden und richtete dieserhalb ganz gemeine verdächtigende Angriffe gegen die Geschäftsführung der betreffenden Zahlstelle, in welchen derselben Unregelmäßigkeit und Unredlichkeit vorgeworfen wurde. Da es dem Genossen Zwahr weniger auf eine Bestrafung, als auf eine Zurücknahme der Beleidigungen ankam, mußte sich in der Gerichtsverhandlung der gelbe nationale Held zur Zurücknahme seiner gänzlich grundlos aufgestellten Angriffe bequemen und erklären, daß er gegen den Genossen Zwahr den Vorwurf unredlicher oder unregelmäßiger Geschäftsführung oder Verschleierung bei der Kassenführung nicht erheben könne.

Auerbach i. V. Am Dienstag nachmittag entlud sich über das ganze Vogtland ein schweres Gewitter, begleitet von Hagel, besonders die benachbarten Orte Georgengrün und Albertsberg

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100517/6
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

wurden hart betroffen. Der auf einem Spaziergang befindliche 28jährige Stickereimaschinenbesitzer Kurt Poller aus Ellefeld und seine Frau suchten unter einem Baum Schutz vor dem Gewitter. Plötzlich schlug der Blitz in eine neben dem Baum stehende Telegraphenstange und sprang auf den Baum über. Beide Personen wurden durch den Blitz getötet.

Plauen i. V. Auf einen verhältnismäßig günstigen Geschäftsabschluß, welcher seinen Grund hauptsächlich in dem Abflauen der Krisis in der Stickereiindustrie hat, womit ein Anwachsen der Mitgliederzahl und eine Vermehrung der Beitragseinnahme zu verzeichnen war, blickt die Ortskrankenkasse zu Plauen für das Jahr 1909 zurück. Die Durchschnittsmitgliederzahl stieg von 45714 im Jahre 1908 auf 47137 im Jahre 1909. Ebenfalls war auch der Gesundheitszustand im Berichtsjahre günstiger als im Vorjahre. In Heilanstalten waren untergebracht 694 männliche und 846 weibliche, zusammen 1540 Mitglieder. — Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 1281304.42 Mk., das reine Kassenvermögen hatte einen Zuwachs von 173046.89 Mk. und beträgt gegenwärtig 926158.26 Mk. Die Einnahme an Beiträgen betrug 1011355.45 Mk. oder per Mitglied 21.46 Mk. Für ärztliche Behandlung allein wurden verausgabt: 207408.65 Mk., für Arznei und sonstige Heilmittel 122172.95 Mk., für Krankengelder an Mitglieder 259796.64 Mk., für Krankengelder an Angehörige der Mitglieder 11617.31 Mk., für Unterstützung an Wöchnerinnen 88330.64 Mk., für Sterbegelder 31987.50 Mark usw. Außer einem Sanitätsrat, welcher auf die Krankenkassenpraxis verzichtet hat, sind sämtliche in Plauen praktizierenden 46 Aerzte für die Ortskrankenkasse tätig. In dem Bericht wird ganz besonders hervorgehoben, daß sich das System der Vertrauensärzte sehr gut bewährt hat. Die Vertrauensärzte haben auch die sämtlichen Rezepte auf ihre ökonomische Verordnungsweise hin durchgesehen und die zu machenden Ausstellungen in schriftlichen Berichten niedergelegt, die dem Vertrauensausschuß des Vereins der Aerzte in Plauen zur weiteren Veranlassung unterbreitet worden sind. — Eine sehr anerkennenswerte Einrichtung hat die Ortskrankenkasse Plauen in der Errichtung einer zahnärztlichen Klinik getroffen. Dieselbe wurde im Geschäftsjahre von 16218 Patienten in 304 Arbeitstagen besucht, das sind durchschnittlich 54 Patienten pro Tag.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In der Vorstadt Kaditz bei Dresden entstand in einer Wohnung Feuer, wobei ein etwa vierjähriges Mädchen verbrannte. Der Vorgang ereignete sich vermutlich dadurch, daß das Mädchen, das mit zwei jüngeren Geschwistern in der Wohnung allein war, sich mit einem Spirituskocher zu schaffen gemacht hat. Als Hausbewohner die Wohnungstür aufsprengten, fanden sie das Mädchen bereits tot und angekohlt vor, während die beiden andern Kinder unverletzt wären. — Zwischen Radebeul und Weintraube sprang ein Reisender während der Fahrt aus dem Leipzig—Dresdner Personenzuge; der vermutlich in einen falschen Zug Eingestiegene wurde noch lebend aufgehoben und dem Stadtkrankenhause Dresden-Friedrichstadt zugeführt. — In Lebensgefahr geraten in Meißen zwei Knaben, die beim Spielen in den stark angeschwollenen Elbstrom fielen und von der Strömung fortgerissen wurden. Ein Schlosser, der rasch einen Kahn in Gang setzte, konnte beide nach großer Anstrengung retten. Ein Knabe war bereits bewußtlos, konnte aber ins Leben zurückgerufen werden. — Der 12jährige Sohn des Bahnsteigschaffners Fischer in Mohsdorf half beim Gutsbesitzer Hahn Stroh vom Scheunenboden holen, stürzte dabei aber durch das Scheunenloch auf die Tenne und war sofort tot. — Bei dem am Sonnabend aufgetretenen Gewitter schlug in Pleißa der Blitz in das Sonntagsche Haus, lähmte die am Ofen beschäftigte Frau des Hausbesitzers und sprang nach dem Stallgebäude über, wo er ein Schwein erschlug. — In der Schneiderschen Färberei in Rüßdorf wurde am ersten Feiertage ein Knecht von einem Pferde derartig an den Kopf geschlagen, daß der Unglückliche bald darauf verstarb. — Schwer verunglückt ist beim Fensterputzen in der Fabrik von Claus u. List in Hohenstein-Ernstthal die Tochter des Briefträgers W. Sie trat auf ein Oberlichtfenster und fiel durch, wobei sie sieben Meter abstürzte. Sie erlitt schwere Verletzungen. — An dem Grabe seiner Mutter erschoß sich auf dem Friedhof in Remse der Kaufmann Hans Bernhardt aus Leipzig. Der Bedauernswerte verübte die Tat aus Schwermut. — Ein Dieb stieg mittels zusammengebundener Leitern in die Wohnung des Steuereinnehmers D. in Aue und raubte gegen 500 Mark Dienstgelder. — Tödlich verunglückt ist der 64 Jahre alte Führer des Tirpersdorfer Rittergutsmilchwagens Gottlieb Pfaff. Das Pferd ging durch und der alte Mann sowie der mit auf dem Wagen sitzende 27jährige Sohn Pfaffs wurden an einen Straßenbaum geschleudert. Pfaff sen. erlitt einen Beckenbruch und schwere Kopfverletzungen, denen er erlag; der Sohn kam mit einem doppelten Beinbruche und mit Hautabschürfungen davon. — Der Zimmermann Max Löffler in Lengenfeld i. V. ertränkte sich, nachdem er kurz zuvor noch auf dem Tanzboden gewesen war, der 26jährige Handarbeiter Martin Wolf in Lengenfeld i. V. ertränkte sich im gleichen Teich wie der Zimmermann Löffler. Die Tat entbehrt einer gewissen Tragik insofern nicht, als dem Lebensmüden sein Bruder unmittelbar nach der Tat nachsprang und, des Schwimmens unkundig, selbst in größte Gefahr kam, zu ertrinken. — Im Blute schwimmend wurde in der Nacht zum Dienstag in der zweiten Stunde vor der Wohnung ihrer Eltern in Hohengrün bei Auerbach i. V. die 18jährige Näherin Martha Schädlich aufgefunden. Sie wies mehrere Schußwunden auf und gab an, der Sticker Neuhorn habe sie zu töten versucht. Kurze Zeit darauf fand man den Mörder tot hinter dem Hause. Aus einem bei ihm gefundenen Briefe geht hervor, daß unglückliche Liebe die Ursache gewesen ist. Die von ihm ersparten 200 Mark sollten zu einem gemeinschaftlichen Begräbnis verwendet werden. — In der Nacht vom Sonnabend zum Pfingstsonntag ist in die Dienstzimmer des Haltepunkts Machern eingebrochen und an Bargeld gegen 35 Mk. gestohlen worden. — Am Sonnabend nachmittag fuhr ein Sohn des Gutsbesitzers Moritz Kühne in Mautitz bei Oschatz mit einem zweispännigen Geschirr Kartoffeln an. Bei dem plötzlich hereinbrechenden Gewitter tötete ein Blitzstrahl das eine Pferd und betäubte den jungen Kühne, der sich jedoch wieder erholte. — Bei Schießübungen mit Platzpatronen auf dem Exerzierplatze in Borna entlud sich durch Unvorsichtigkeit eines Karabiniers dessen Waffe, wobei der beim Karabinierregiment zur Dienstleistung kommandierte Leutnant v. Ehrenkrook, Feldartillerieregiment Nr. 77, schwer am Auge verletzt wurde.

Aus den Nachbargebieten.

Deutsche Richter. Ein Arbeiter in Halberstadt hatte die Tochter des dortigen ersten Staatsanwalts durch ein unsittliches Attentat tätlich beleidigt. Der Mann wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Wenn derart rohe Patrone schwer bestraft werden, so ist dagegen gar nichts einzuwenden; sehr viel jedoch gegen eine geradezu empörende Stelle in der Begründung des Urteils. Die fünf Richter der erkennenden Kammer des Halberstädter Landgerichts leisteten sich nämlich in der Begründung diesen Erguß:

„Es handele sich im vorliegenden Falle **nicht um ein Mädchen der niederen Stände, deren Ehrgefühl nicht so stark entwickelt sei**, sondern um eine **Dame aus bester Familie. Durch ihre Erziehung und gesellschaftliche Stellung habe sie ein höheres Ehrgefühl**, das durch die tätliche Beleidigung des Angeklagten aufs schwerste verletzt wurde."

Wenn ein ganzes Richterkollegium derart empörende Anschauungen zum Besten gibt, dann wird man geradezu gezwungen, die Frage zu stellen: Welche Erziehung und welchen Bildungsgrad haben die fünf Richter genossen, die sich erlauben, als rechtsprechendes Kollegium einen Unterschied zu machen zwischen der Ehre einer anständigen Frau aus dem Bürgertum und einer anständigen Arbeiterin? Ob die weibliche Ehre einer Staatsanwaltstochter oder einer Fabrikarbeiterin oder eines Dienstmädchens verletzt wird, der Richter hat auch ohne Ansehen der Person seines Amtes zu walten. Für den Vorwurf der Klassenjustiz ist die Halberstädter Urteilsbegründung eine nicht mehr zu bestreitende Unterlage.

* * *

Halle a. S. Die Hallesche Polizei hat während der Pfingstfeiertage ihre Existenzberechtigung und ihre Gesetzeskenntnis einmal in der Behandlung der Anarchisten demonstriert. Das tat sie mit der ihr anerzogenen „Umsicht und Energie". Der anarchistische Kongreß hielt eine geschlossene Sitzung ab. Während der Rede des Schriftstellers Landauer dazu trat plötzlich der Polizeikommissar Miethke mit etwa einem Dutzend Polizisten in den Saal und sprach: „Es findet hier eine öffentliche Versammlung statt, die nicht angemeldet ist; ich verbiete dieselbe." Der Vorsitzende machte den Polizeikommissar darauf aufmerksam, daß es sich um eine geschlossene Versammlung handele, zu der nur geladene Teilnehmer Zutritt hätten, und ersuchte ihn, den Saal zu verlassen. Der Polizeibeamte bestand trotz aller Hinweise darauf, die Versammlung zu verbieten. Schließlich blieb er mit einem Kriminalbeamten im Saale, um die „öffentliche" Versammlung zu überwachen, während das Dutzend Polizisten, die eben noch im Sturmschritt über den Hof in den Saal hereingestürzt waren, um die bösen Anarchisten hinauszuexpedieren, unverrichteter Sache abziehen mußte. Landauer führte den Polizeibeamten in sarkastischer Weise ihre Gesetzesverletzung vor Augen. Zum Schluß fragte er den Kommissar direkt, ob er das Reichsvereinsgesetz und seine Bestimmungen nicht kenne. Der Beamte antwortete, daß er es ablehne, sich darüber zu äußern. Auch auf die Frage, ob er im Auftrage seiner Behörde oder eigenmächtig handele, verweigerte er die Antwort. Es wurde auf Vorschlag Landauers die Versammlung, da sie durch die Anwesenheit der Polizei eine ungesetzliche geworden war, abgebrochen. Die mit Recht von einem Redner als Eindringlinge bezeichneten Ueberwachenden packten ein und verschwanden. Die beiden „überwachenden" Beamten blieben allerdings noch im Kongreßlokale und erklärten der Wirtin, daß dies zu ihrem „Schutz" geschehe. In einem andern Zimmer hatte man sogar eine fliegende Wache eingerichtet, im Hofe lauerte sich ein „Geheimer" und auf der Straße patrouillierte zeitweise noch ein Uniformierter. Die Wirtin, eine humorvolle Dame, meinte, sie brauche den polizeilichen Schutz nicht. Darauf fragten die beiden Schutzengel, ob sie denn überhaupt wisse, wer die Leute seien. Das seien Bombenschmeißer, die Königsschlösser in die Luft sprengten!!

Nordhausen. Am Dienstag in den Mittagsstunden gingen hier und am Südharz schwere Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen und Hagelschlag nieder. Die Bäche, die zur Zorge fließen und die Zorge selbst, brachten ungeheure Wassermassen aus dem Harz herab. Die Hagelkörner lagen ½ bis ¾ Meter hoch an den Berglehnen und auf dem Felde. In der Zorge hatten sie sich zu Blöcken zusammengeballt. Die Bäche sind über die Ufer getreten und haben große Verwüstungen angerichtet. Die Dämme des sogen. Mühlgrabens oberhalb der Stadt sind gebrochen und der Stadtpark steht unter Wasser. Zwei auf dem Spaziergange nach Rüdingsdorf begriffene Mädchen wurden von den von den Anhöhen herabstürzenden Wassermengen gezwungen, umzukehren. Zwei ebenfalls flüchtende Arbeiter halfen ihnen, schneller fortzukommen. Leider war es nicht möglich, den nachstürzenden Wassern zu entfliehen. Das eine Mädchen, Margarete Franke, wurde plötzlich von den bis an die Brust reichenden Wassermengen in der Nähe des sogen. Gesundbrunnens fortgerissen. Die übrigen konnten sich nur dadurch retten, daß sie sich an den am Wege befindlichen Bäumen festhielten, bis das Wasser wieder sank. In der Stadt Nordhausen war der Wagenverkehr sowie der Verkehr der elektrischen Straßenbahnen stundenlang unterbrochen; die Wassermassen standen ½ Meter hoch in den unteren Teilen der Stadt. Durch den Hagelschlag ist die Baumblüte vollständig vernichtet. Am schlimmsten hauste das Unwetter in den Fluren von Crimderode und Niedersachswerfen. Ein achtjähriges Kind aus Niedersachswerfen wird ebenfalls vermißt. In Harzungen zündete der Blitzschlag und äscherte ein Gehöft ein. Die Verwüstung auf den Feldern ist ungeheuer.

Eilsleben. Ein schweres Unwetter hat am zweiten Pfingstfeiertag auch die Eilslebener Gegend hart heimgesucht. Am Pfingstmontag abends ging über Badeleben, Wormsdorf und Gehringsdorf ein Wolkenbruch nieder. Im Nu standen Dörfer, Straßen und Felder meterhoch unter Wasser, und brausend wälzte sich die Flut von den höher gelegenen Terrains in die Niederung. Unablässig goß es vom Himmel in Strömen; dazu prasselte Hagel hernieder. Die Aufregung der Einwohner in dieser Schreckensnacht war groß. Auf tiefer gelegenen Stellen, so besonders in Wormsdorf und Badeleben, drang das Wasser in die Wohnungen ein und überschwemmte sie meterhoch. In vielen Wohnungen ist der angeschwemmte Schlamm noch mehrere Fuß hoch zurückgeblieben. Mehrere Besitzer haben auch den Verlust von Vieh zu beklagen, das in den Fluten ertrank. Auf weite Strecken ist die Ackerkrume völlig weggeschwemmt; hier und da bedeckt sie fußhoch die Chaussee. Zu beiden Seiten liegen die Stangen der Telegraphen- und Fernsprechleitungen sowie der Ueberlandzentrale auf den Aeckern. Schwer gelitten haben besonders die Hafer- und die Rübenfelder, die vielfach neu bestellt werden müssen.

Aus der Umgebung.

Naunhof. Die diesjährigen öffentlichen unentgeltlichen Impfungen sollen Montag, den 23. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Rathaussaale vorgenommen werden. Zur Impfung vorzustellen sind die Kinder, die 1. in Naunhof im Jahre 1909 geboren sind, 2. nach Ausweis der Impflisten der vorhergegangenen Jahre der Impfpflicht nicht Genüge geleistet und 3. im vorigen oder laufenden Jahre in Naunhof zugezogen sind und ihrer Impfpflicht noch nicht genügt haben. Die Eltern, Pflegeeltern und Vormünder haben die Kinder mit reingewaschenem Körper und reinlich gekleidet zu dem anberaumten Termin zu bringen oder die Befreiung von der Impfung durch ärztliches Zeugnis im Impftermine nachzuweisen, beziehentlich um die Befreiung beim Vorzeigen der Kinder im Impftermine nachzusuchen. Montag, den 30. Mai, nachmittags 3 Uhr, sind die geimpften Kinder im Impfraume zur Nachschau vorzustellen. Aus einem Hause, in dem ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtheritis, Croup, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Pocken herrschen, dürfen Impflinge nicht zu dem allgemeinen Impftermine gebracht werden.

— Aus dem Stadtverordnetensaale. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde u. a. über die Bausache des Herrn Winkler verhandelt, die von der Amtshauptmannschaft wegen der Auferlegung von Baubedingungen zur anderweiten Beschlußfassung zurückgegeben worden war. Der Gemeinderat blieb auf dem früheren Beschlusse, die Regelung der Anliegerleistungen und Landabtretung für die Kurze Straße zu fordern, stehen. — Die Verpachtung der Grasnutzung soll ähnlich wie im vorigen Jahre erfolgen. Die Wiesenparzelle soll als Kinderspielplatz freigegeben werden. — Von einem Schreiben des Gemeinderats zu Lindhardt, in dem mitgeteilt wird, daß die Gemeinde Lindhardt jetzt von der Gasabnahme absieht, wurde Kenntnis genommen. — Einstimmig wurde beschlossen, dem von den Gemeinden Borna, Burgstädt, Mügeln, Regis, Strehla und Taucha zu gründenden Kassenrevisionsverbande beizutreten. Der Beitritt zu der zu gründenden Landespensionskasse wurde gegen zwei Stimmen genehmigt. Das im Entwurf vorliegende Ortsgesetz, ebenso die Satzungen des Verbandes wurden angenommen. — Eine längere Aussprache fand über die Hebung des Orts- und Fremdenverkehrs statt. Es wurde die Bewilligung von 600 bis 800 Mk. für diese Zwecke in Aussicht gestellt. Die Angelegenheit soll einem Komitee überwiesen werden, das aus Mitgliedern des Kollegiums und der Bürgerschaft besteht. Vom Gemeinderate wurden die Herren Günz, Dr. Richter und Rüdiger bestimmt.

Ellenburg. Die „Rückgratfesten". Die Nationalliberalen sind aufs höchste empört darüber, daß die Konservativen des Kreises sich nicht ohne weiteres für den sogenannten nationalliberalen Kandidaten, Konteradmiral Kalau vom Hofe, begeistern können. Sie sandten den Nachrichten eine Notiz, in der es heißt:

„Im Anschluß an die Mitteilung in Nr. 100 Ihres Blattes, daß Kommerzienrat Bauermeister sich nochmals um das Reichstagsmandat bewerben wolle, möchten wir zur Vermeidung von Mißverständnissen darauf hinweisen, daß die nationalliberale Partei des Wahlkreises unter allen Umständen den Konteradmiral Kalau vom Hofe der Sozialdemokratie und, wenn es sein muß, auch der konservativen Partei entgegenstellen wird. Da nunmehr unsere Partei einen eigenen Kandidaten, der sich der nationalliberalen Reichstagsfraktion anschließen wird, aufgestellt hat, haben wir keinen Zweifel darüber, **daß sowohl unser rechter Flügel, der bisher eine Hauptstütze des konservativen Kandidaten war, als auch unser linker Flügel, der bisher nach der ausgegebenen Wahlparole für den Freisinnigen eintrat**, geschlossen für Herrn Kalau vom Hofe stimmen werden. Daß außerdem eine energische Aufklärung des kleinen ländlichen Grundbesitzes wie in Lyck-Oletzko auch bei uns unserm Kandidaten wertvolle Stimmen zuführen kann und wird, das wissen wir ebenfalls. Daß endlich der nationalliberale Kandidat der einzige bürgerliche ist, der Aussicht auf Erfolg hat, ist ein Rechenexempel, dessen Richtigkeit jedem einleuchten muß, der die Verhältnisse unseres Wahlkreises kennt."

An dem ganzen Geschreibsel interessiert uns lediglich das Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit und Rückgratlosigkeit der nationalliberalen Maulhelden. Es ist zwar nicht Neues, daß die Herrschaften ihr sogenanntes Programm nur haben, um es zu verleugnen, aber selten ist das mit so offener Naivität zugestanden worden. Mit Wissen und Willen der Parteiinstanzen konnten bei ein und derselben Wahl Mitglieder der Partei eine „Hauptstütze des konservativen Kandidaten" sein, während andere nach der ausgegebenen Wahlparole für den Freisinnigen eintraten, und das, ohne gegen das „Nationalliberale Programm" zu verstoßen. Mehr „Grundsätze" kann man selbst von einem Nationalliberalen nicht verlangen. Und so etwas will noch ernst genommen werden.

— Leichenfund. Die Leiche des am 13. d. M. beim Spielen in die Mulde gefallenen 4 Jahre alten Willy Hanse ist am 2. Feiertag an der Muldenbrücke in Düben gelandet. Der Vater des Kindes weilte an diesem Tage zufällig in Düben.

Delitzsch. Selbstmord. Am 1. Feiertag hat sich der 26 Jahre alte Maschinist Emil L. mit einem Revolver erschossen. Er hatte dazu einen vollständig neuen schwarzen Anzug angelegt und aus einem mit sechs Kugeln geladenen Revolver einen Schuß auf die entblößte Brust abgegeben, der das Herz durchbohrte und sofort tödlich wirkte. L., der früher einige Jahre in Indien gewesen ist, hatte mehrfach unter Malariaanfällen zu leiden. Hierin dürfte der Grund zu dem Selbstmord zu finden sein.

— Eine wüste Familienszene spielte sich am zweiten Feiertag, abends in der zehnten Stunde im Grundstück Sekuriusstraße 26 ab. Dort war ein Handelsmann mit seiner Ehefrau in Streit geraten, wobei die Frau schwer mißhandelt wurde. Die Nachbarn, die der Frau zur Hilfe kommen wollten, fanden den Eingang zur Wohnung von innen versperrt. Die Polizei drang schließlich mit Gewalt in das Logis und machte der widerlichen Szene ein Ende.

Gaschwitz. Das Gemeinde-Flußbad an der Pleiße ist heute eröffnet worden und kann täglich von früh 6 Uhr bis nachmittags 1 Uhr und von ½3 Uhr bis abends 9 Uhr, bez. bis zum Eintritt der Dunkelheit, benutzt werden.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Meineid, schwere Urkundenfälschung und Betrug. Der Instrumentenbauer Samuel Ludwig Lentz wurde zu zwei Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt.

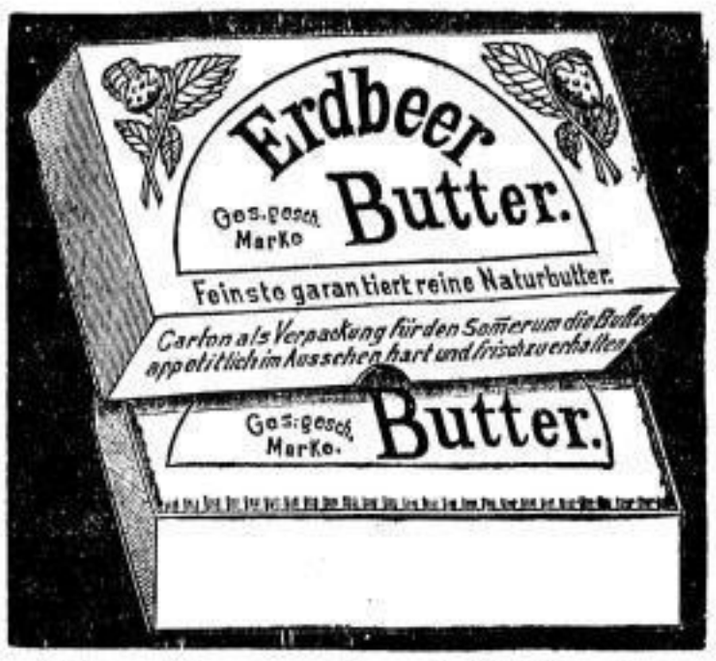
Schöffengericht.

Gefährlich ist's, ein Mordgewehr zu tragen, Und auf den Schützen springt der Pfeil zurück! Ein bodenlos leichtfertiger Jüngling ist der 23 Jahre alte Arbeiter Max Springgut, der auf die gloriose Idee kam, sich zum Spielen einen alten Revolver zu kaufen. Als er den Revolver endlich in seinen Händen hatte, suchte er sich selbstverständlich damit zu betätigen, und als Objekte waren ihm zwei Knaben gerade gut genug, die aus der Schule kamen. Er rief dem einen Knaben zu: Bleib mal stehen, ich will in Deinen Ranzen schießen. Aber der Junge kniff aus. Der tatendurstige Revolverbesitzer zielte nun auf einen andern eben vorbeikommenden Jungen, der erschrocken stehen geblieben war und seine Hände hinter dem Ranzen versteckt hatte, den er auf der Brust trug. Die Kugel durchschlug jedoch nicht nur den Ranzen, sondern verletzte auch die Hände des Knaben. Wegen dieses unglaublich leichtfertigen Experiments erhielt Sp. einen Monat Gefängnis und wegen unerlaubten Waffentragens 20 Mark Geldstrafe.

Das Mitnehmen wertloser Kleinigkeiten aus dem Betriebe kann als Diebstahl bestraft werden und die Arbeiter, die solche Kleinigkeiten, die für den Unternehmer keinen Wert haben, fortnehmen, sind nur von der Gnade des Unternehmers abhängig, der sie dem Gefängnis überantworten kann, wenn es ihm gefällt. Der Arbeiter L., der im Betriebe von Stolle u. Elschner beschäftigt war, hatte mit Bedrängnis zu kämpfen, da seine Frau und sein Kind krank waren. Er ließ sich daher beikommen, einige für die Fabrik wertlose Dinge sich anzueignen. So fand er einige Schrauben im Kehricht, die zum alten Eisen geworfen werden, ferner nahm er ein Stück Abfalleisen mit, das ebenfalls ins alte Eisen geworfen worden sein würde; dann fand er ein Stückchen alten Treibriemen, wovon er Absätze auf seine Schuhe zu machen gedachte; weiter nahm er ein Stückchen Kupferdraht weg, das er auf dem Hofe fand, und von dem es zweifelhaft ist, ob es der Firma gehörte; endlich eignete er sich ein paar alte Säcke an, um damit seinen Keller zu verhängen. Wegen all dieser „Diebstähle" wurde L. freigesprochen, da die Sachen völlig wertlos und das Gericht annahm, daß der Angeklagte sich berechtigt gehalten habe, sich die Sachen anzueignen. Aber da L. auch ein Stückchen Rotguß weggenommen hatte, so wurde er zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. Schließlich war L. noch angeklagt, eine Feile gestohlen zu haben. Von diesem Anklagepunkte wurde er jedoch ebenfalls freigesprochen, da man ihm glaubte, daß er die Feile nur mitgenommen hatte, um zu Hause damit eine Arbeit zu verrichten.

Wie dieser Fall wieder zeigt, sollen sich die Arbeiter hüten, auch an sich völlig wertlose Abfälle sich anzueignen, selbst wenn sie wissen, daß der Unternehmer für gewöhnlich nichts dagegen einwendet. Es liegt bei ihm, den Arbeiter anzuzeigen, was in der Regel dann geschieht, wenn der Arbeiter sich irgendwie mißliebig gemacht hat.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100517/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG



Nochmals billiger

trotz der wieder beginnenden Karton-Verpackung.

Da die Ernteaussichten äußerst günstig sind und auch vom Ausland gute Berichte vorliegen, ist der Butterpreis so stark zurückgegangen, wie man es vor wenigen Wochen nicht erwartet hätte.

Es ist daher auch unbemittelteren Leuten wieder möglich gemacht, sich von Margarine abzuwenden.

Bei der eingetretenen warmen Witterung ist schon diese Woche Grasbutter zu erwarten und wird die Butter dadurch teilweise etwas gelber in der Farbe ausfallen. Durch unsere Karton-Verpackung, die wir in dieser Woche wieder einführen und die wir kostenlos zugeben, wird die Haltbarkeit der Butter gefördert. — Wir haben heute den Preis für unsere Erdbeer-Butter auf

72 Pfg. per Stück ermässigt.

Erdbeer-Butter-Gesellschaft, G. m. b. H., Petersstrasse 39. Telephon 9278.

Kontor und Engros-Verkauf: Kohlgartenstraße 5. **Telephon 4519.** Sonstige Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Persil

ist das zur Zeit beliebteste überall eingeführte und bestbewährteste

selbsttätige Waschmittel

von unerreichter Wasch- und Bleichkraft. Kein Reiben, kein Bürsten, kein Waschbrett. Garantiert unschädlich für die Wäsche und vollkommen gefahrlos im Gebrauch!
Millionenfach erprobt! Ueberall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf,**
auch der seit 34 Jahren weltbekannten

Henkel's Bleich-Soda.

Teilzahlung

einzelne

Möbel

komplette Ausstattungen von 300 bis 4000 Mk., elegante Schlafzimmer, moderne Küchen

Betten, Sofas, Teppiche, Gardinen usw.

moderne Garderobe

für **Herren, Damen** und **Knaben**

Kleiderstoffe, Manufaktur-Waren, Schuhe usw.

Hermann Liebau Leipzig Turnerstr. 27/29.

Bandwurm mit Kopf

wird auch in vielen hartnäckigen Fällen schmerzlos in za. 2 Stunden entfernt durch **„Solitaenia“**, unschädl., wohlschmeckendes Pulver, das bei allen Wurmkrankheiten, auch bei Maden- und Spulwürmern, eine gründliche Darmreinigung bewirkt. Keine Übelkeit! Kein Brechreiz! Nur **„Solitaenia“** echt mit Anweis. 2,50 ℳ, für Kinder 1,50 ℳ, bei Eins. v. 2,75 ℳ bez. 1,75 ℳ franko. Versandh.: Dresden, Grenzstr. 10, Embalin 5, 2000 Schekel. 80, Rinn. 20. Labor. Leo, Dresden 3.

Erhältlich in allen Apotheken.

Depots in Leipzig: Engel-Apotheke und Hof-Apotheke.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 17. Mai 1910.

a) Auftrieb:

351 **Rinder** u. zwar 159 Ochsen, 19 Kalben, 103 Kühe, 70 Bullen;
218 **Kälber;**
284 **Stück Schafvieh;**
1679 **Schweine;**
2532 **Tiere.**

b) Marktpreise für 50 kg in Mark:

Tiergattung	Bezeichnung	Lebend-Gewicht	Schlacht-Gewicht
Ochsen	1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts bis zu 6 Jahren	—	82
	2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete	—	74
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	64
	4. gering genährte jeden Alters	—	54
Kalben und Kühe	1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes	—	78
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	—	72
	3. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	—	62
	4. mäßig genährte Kühe und Kalben	—	51
	5. gering genährte Kühe und Kalben	—	40
Bullen	1. vollfleischige höchsten Schlachtwerts	—	72
	2. mäßig genährte jüngere u. gut genährte ältere	—	68
	3. gering genährte	—	64
Kälber	1. feinste Mast- (Vollmilch-Mast) und beste Saugkälber	57	—
	2. mittlere Mast- und gute Saugkälber	52	—
	3. geringe Saugkälber	38	—
	4. ältere gering genährte (Fresser)	—	—
Schafe	1. Mastlämmer und jüngere Masthammel	42	—
	2. ältere Masthammel	39	—
	3. mäßiggenährt. Hammel u. Schafe (Merzschafe)	—	—
Schweine	1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren	—	67
	2. fleischige	—	64
	3. gering entwickelte	—	61
	4. Sauen und Eber	—	58

c) Verkauf: **d) Geschäftsgang:**

296 **Rinder** und zwar 118 Ochsen, 19 Kalben, 99 Kühe, 68 Bullen	sehr langsam
217 **Kälber**	mittelmäßig
151 **Schafe**	langsam
1522 **Schweine**	ruhig

Phönix-Kraft-Briketts

per Zentner **63 ₰** ab Lager.

Wilh. C. Reinicke, L.-Sellerh.
Bennigsenstr. 2/4. Tel. 14473.

Pluto-Brikett [1743*

bei Abnahme von 50 Zentner

63 ₰ frei-Keller
53 ₰ ab Lager.

Eilenburger Bahnhof.

Tel. 4278. **H. Pollzien.**

Irrigatoren, Mutterspritzen, Leibbinden, Unterlagen, Damenbinden, Verbandwatte usw. sowie alle Art. zur Kranken- u. Wochenpflege, hygien. Bedarfsartik. Diskret. Versand nach auswärts. *

Karl Klose, Leipzig, 6, Hainstr. 19. Fernspr. 13737. Katal. auf Verl. gr. 2. Gesch.: Querstr. 4-6.

Möbel

komplette
Wohnungs-Einrichtung
nußb., lackiert u. fourniert.

1 Schrank	30.—	50.— ℳ
1 Vertiko	30.—	50.— „
1 Sofa	40.—	60.— „
1 Sofatisch	12.—	20.— „
4 Stühle	14.—	24.— „
1 Trum.-Spg.	30.—	40.— „
2 Bettstellen	24.—	44.— „
2 Matratzen	30.—	36.— „
1 Waschtisch	12.—	22.— „
1 Wascht.-Spieg.	4.—	8.— „
1 kompl. Küche	42.—	65.— „
	280.—	420.— ℳ

Langj. Gar., Transp. fr. Wohn. Kpl. Einr. v. 200—5000 ℳ stets am Lager. Kataloge gratis.

Leipziger Möbelhallen
Carl Max Raschig
Tauchaer Str. 32 (Battenberg), parterre, I., II. u. III. Etage.
Anerk. billigste Bezugsquelle 1) für **solide Möbel.**

Zahntechnisches Atelier
Hans Barth
Grimmaischer Steinweg 14, II.

Schmerzloses Zahn-Ziehen und Plombieren. [2261*

Künstlicher Zahnersatz
in jeder Ausführung.

Bären-Schänke Nikolaistr. 15. Tel. 2765. Empf. m. Lokalität. m. Gesellschaftsz. ff. Biere u. Speisen (tägl. Spezialger.), * Ergebenst **Joseph Lippert.**

Neu eröffnet! **Cinephon-Theater Français**

Gohlis, Ecke Friedrich-Karl- und Strassburger Strasse.

Schönstes Theater des Nordens. — **Mittwoch u. Sonnabend neues Programm.**

Bon Nur für Erwachsene! Ausschneiden!

Um den geehrten Einwohnern von Gohlis u. Eutritzsch Gelegenheit zu geben, sich von der Güte meines Theaters zu überzeugen, berechne ich bei gefl. Benutzung dieses Bons auf allen Plätzen nur die Hälfte. Um zahlr. Besuch bittet **Die Direktion.**

Grosser Posten Vorstenland-Fehlfarben *

7 Pfg.-Zigarre — **10 Stück 50 Pfg.** — 7 Pfg.-Zigarre

Wisotzky, Zigarren-Versand, **Ranstädter Steinweg 29.**

ANTILÄDIN

selbsttätiges Dichtungsmittel
für Fahrrad-Luftschläuche.

Garantie: Schädigung des Gummis ausgeschlossen.

Preis pro Füllung für 1 Schlauch ausreichend Mk. 1.25. Porto Mk. —.20 extra. Einfülltrichter Mk. —.05, bei 2 Füllungen 1 Trichter gratis. — **Vertreter an allen Orten gesucht.**

Antilädin-Gesellschaft m. b. H., **Frankfurt a. M. 86.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100517/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. Mai.

Geschichtskalender. 18. Mai 1799: Der französische Dramatiker Pierre Augustin Caron de Beaumarchais in Paris gestorben (* 1732). 1804: Napoleon Bonaparte wird in Paris zum erblichen Kaiser proklamiert. 1830: Der Komponist Karl Goldmark in Keszthely (Ungarn) geboren. 1848: Eröffnung der ersten deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. Auflösung des deutschen Bundes.

•

Sonnenaufgang: 4,3, Sonnenuntergang: 7,50.
Monduntergang: 2,32 vorm., Mondaufgang: 1,34 nachm.

•

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 19. Mai.
Nordwestwinde, heiter, kälter, trocken.

Unsre Stadtverordnetenwahlen.

Sterben ist nichts — doch leben und nicht sehen, das ist ein Unglück. Schiller.

I.

Leider zu häufig hört man immer noch den „Standpunkt" vertreten, daß die Kommunalangelegenheiten nur eine untergeordnete Bedeutung hätten. Für diese Leute fängt das Interesse an öffentlichen Angelegenheiten erst beim Landtag, und — wenn sie zu den ganz Gescheiten gehören —, gar erst beim Reichstag an. Die hohe Politik ist ihr Steckenpferd; sie berauschen sich an den mehr oder weniger schwungvollen Reden, die in den großen Parlamenten gehalten werden. Sie denken mit dem Schüler im Faust: „Das sieht schon besser aus. Man sieht doch wo und wie!"

Ja, die Land- und Reichsboten erfreuen sich einer Beachtung, die sie für ihre Tätigkeit selbstverständlich auch verdienen. Aber die Vertreter der Bürgerschaft in den Dorf- und Stadtparlamenten ermangeln fast gänzlich des Ruhms, auf den sie als Schildträger ihrer Partei doch ebensoviel Anrecht haben. In Anbetracht ihrer nicht minder fleißigen, freilich mehr stillen und diätenlosen, Arbeit dürfen die Kommunalvertreter verlangen, daß die Parteigenossen ihre Tätigkeit nicht geringer bewerten, als diejenigen, die vor dem Forum des Landes oder des Reiches geleistet wird.

Wenn der geehrte Leser nun annehmen sollte, daß diese Zeilen von verletzter Eitelkeit diktiert seien, so befindet er sich stark auf dem Holzwege. Denn die Stadtverordneten, — wenigstens die sozialdemokratischen. — bilden sich auf ihre Würde nicht mehr ein, als sie wert ist. Aber: die Wertschätzung der Tätigkeit der Stadtverordneten bemißt sich an der Teilnahme am kommunalen Leben überhaupt; je geringer diese Teilnahme, desto geringer auch der Einfluß der Partei auf die Gestaltung der Gemeindeangelegenheiten.

Und das ist des Pudels Kern! Durch die Gleichgültigkeit leider noch so vieler Arbeiter sind uns vor zwei Jahren bei den Stadtverordnetenwahlen zwei Wahlkreise entrissen worden; die Zahl unsrer Vertreter sank um vier herab, und an ihre Plätze wurden Männer berufen, die, soweit sie nicht ausgesprochene Reaktionäre sind, sich als Vertreter von allerhand Sonderinteressen aufspielen und keinen Platz im Stadtparlament verdienen. Will die Arbeiterschaft Leipzigs es sich gefallen lassen, daß die Zahl ihrer Vertreter bei den diesmaligen Wahlen abermals verringert wird? Wenn den Gegnern dies gelingen sollte, so würden sie erreicht haben, was ihres Herzens Sehnen ist: die knappe Mehrheit, die zurzeit noch bei allen einigermaßen sozialen Fortschritt andeutenden Angelegenheiten im Stadtparlament vorhanden ist, wäre zertrümmert und Leipzig rückte wieder in die Reihe derjenigen Großstädte ein, die unberührt vom belebenden Hauch der Gegenwart leuchtende Vorbilder der sozialen Versumpfung und reaktionären Verkommenheit darstellen.

Diese Gefahr sehen nicht nur unsre Vertreter drohend sich erheben, sondern auch ein paar nichtreaktionäre Vertreter des Bürgertums befürchten ihr Kommen. Und daß im Rate der Stadt die Elemente, denen ein solcher Wandel willkommen wäre, und die allzu gern wieder im Sinne von anno dazumal regieren möchten, noch stark und zahlreich vorhanden sind, ist eine bekannte Tatsache. Die zur Erreichung dieses ersehnten Zieles betriebene Wahlkreisgeometrie legt Zeugnis davon ab, daß die Reaktionäre nicht schlafen. An den Arbeitern liegt es nun, durch diese Rechnung einen dicken Strich zu machen. Darum, ihr Arbeitsmänner, erwerbt schleunigst in Massen das Bürgerrecht!

In einem zweiten Artikel wollen wir untersuchen, ob die Arbeiterfrauen so dumm sein dürfen, ihre Männer von der Erwerbung des Bürgerrechts abzuhalten.

Der Halleysche Komet.

Immer näher rückt die Stunde, wo unsere Erde den Kometenschweif durchziehen und nach verschiedenen Prophezeiungen diesen Durchzug mit ihrer Existenzvernichtung büßen müsse. In der kommenden Nacht oder vielmehr am Morgen in der Zeit von 3.22 Uhr bis 4.22 Uhr werden wir also vom Kometenschweif eingehüllt sein. Die Besorgnis über das „Weltende", oder daß wenigstens der „Durchmarsch" doch nicht ohne große Gefahr sei, befällt auch Leute, die sonst mit ihren Kenntnissen der Naturwissenschaft zu prunken pflegen, was aus Aeußerungen dutzendfach zu entnehmen ist. Für diese Leute werden die kommenden Nachtstunden also schon aus Besorgnis schlaflos sein. Andere wieder, und sicher die Mehrheit, werden mit gespannter Neugier der Dinge harren, die da kommen sollen.

Auch die Spekulation hat sich, wie dies im kapitalistischen Zeitalter ja gar nicht anders sein kann, der Sache bemächtigt. In Köln veranstalten die Varietees Kometenabende, in Rom läßt der Papst die Peterskirche die Nacht über öffnen, damit das geängstete Volk beten kann. Die Postkartenhändler, die Buchhändler, alles nutzt die „Konjunktur" gründlich aus. Und wer wollte es ihnen verdenken. Selbst der Leipziger Luftsportverein beabsichtigt eine Nachtfahrt mit dem Ballon Leipzig. Herr Professor Pfaff wird Führer sein. Außer ihm werden sich an der Fahrt noch zwei Physiker und ein astronomisch geschulter Student beteiligen.

Was nun aber, wenn der Komet so niederträchtig ist und seinen Schwanz gerade diese Nacht einzieht? Dann wandelt sich die Neugierde der Betrogenen in glühenden Haß um; dann tritt die übliche Nörgelei an den Gesetzlichen ein.

Während der letzten vier Wochen befand sich der Komet, von der Erde aus gesehen, noch wesentlich rechts von der Sonne; er ging vor dem Tagesgestirn auf und war am Morgenhimmel für kurze Zeit im Dämmerungsbogen sichtbar. Seit dem Beginn dieser Woche nähert sich der Komet dem Sonnenball anscheinend wieder sehr schnell; doch diese scheinbare Annäherung an das Zentralgestirn hängt mit der Drehung der Erde zusammen. Komet und Erde laufen eben in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag aneinander vorüber, was zur Folge hat, daß, da der Komet zwischen Sonne und Erde steht, Sonne, Komet und Erde beinahe eine gerade Linie bilden. Die Entfernung vom Kopf des „Halley" bis zu uns reduziert sich während dieser größten Annäherung bis auf 23,02 Millionen Kilometer, und so groß muß also der Kometenschweif sein, wenn die Erde ihn in der Frühe des 19. Mai passieren soll. Nun wurde zu Ende der vorigen Woche von der Remeis-Sternwarte in Bamberg festgestellt, daß der Schweif eine Länge von 43 Millionen Kilometer hat. Trifft diese Berechnung zu, so werden wir den Schweif nicht weit von seiner Mitte kreuzen, und sein äußerer Teil würde noch 20 Millionen Kilometer über die Erde hinaus in den Weltenraum ragen. Bei dieser Berechnung ist man von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Schweif geradlinig von der Sonne abgewandt ist. Es wäre aber auch möglich, daß der Schweif nach rechts oder links, nach oben oder unten gebogen ist. Einzelne Beobachter wollen derartige Wahrnehmungen gemacht haben. Trifft das zu, so würden sich die Zeiten des Durchganges der Erde durch den Schweif verschieben oder die Erde würde am Schweif nur vorübergehen. Andere Beobachtungen von Astronomen haben ergeben, daß der Schweif in der Breite rund 1 Million Kilometer mißt, d. h. daß er an der Durchgangsstelle der Erde einen Durchmesser von der genannten Größe hat. Die Richtigkeit dieser Meinung vorausgesetzt, würde die Erde beinahe die doppelte Zeit der obigen Angabe innerhalb des Schweifes verweilen.

Wir dürfen nicht glauben, daß wir etwa den Schweif vor dem Durchgang in seiner ganzen Länge und Breite am Himmel sehen werden. Der Schweif ist in der fraglichen Nacht überhaupt nicht zu sehen. Unsere Sehlinie fällt mit der Achse des Schweifes zusammen, und würden wir den Kopf des Kometen wahrnehmen können, so erschiene uns der Schweif nicht anders, als eine den Kern umgebende Nebelhülle. Wir werden aber auch den Kometenkern nicht sehen; denn das grelle Sonnenlicht wird ihn aller Wahrscheinlichkeit nach völlig unsichtbar machen. Bei uns im Abendlande erfolgt der Durchgang der Erde durch den Schweif, also auch der Vorbeigang des Kometenkerns vor der Sonnenscheibe schon zu einer Zeit, wo die Sonne noch unterhalb des Horizontes weilt. Nur auf der südlichen Halbkugel, und zwar in Australien, im südöstlichen Winkel Asiens und in der Südsee werden die Astronomen Gelegenheit haben, den Vorbeigang des Kometenkerns vor der Sonne zu verfolgen, aber es wird, wie gesagt, schwer halten, die winzige Masse des Kernes in der leuchtenden Photosphäre zu erkennen. Trotzdem halten sich alle europäischen Sternwarten für die Kometennacht gerüstet, um atmosphärische, elektromagnetische und Meteorbeobachtungen anzustellen.

Völlig ausgeschlossen ist ein Sternschnuppenfall von der ungeheueren Dichtigkeit der Meteoritenfälle, wie sie am 27. November der Jahre 1872 und 1885 auftraten. Denn an jenen Tagen passierte die Erde nicht den Schweif, sondern die Trümmer des Kernes des Bielaschen Kometen.

Auch der Laie kann sich nach seinen Kräften der astronomischen Forschung nützlich erweisen. Es wäre schon sehr viel wert, wenn an dem der Sonne gegenüberliegenden Teile des Himmels jene schwache Erhellung nachgewiesen werden könnte, die der Schweif vielleicht mit seinem jenseits der Erde gelegenen Teile verursacht.

Astronomisch etwas vorgebildete Laien, die die Helligkeit des Nachthimmels in dieser Zeit des Jahres genügend zu kennen glauben, mögen außerhalb der bewohnten Ortschaften, namentlich in genügender Entfernung der Stadt mit ihren künstlichen Lichtquellen immerhin den Zustand des Himmels genau verfolgen, falls nicht etwa Wolken den Ausblick trüben. Sollte sich aber tatsächlich ein seltsames Aufleuchten des Himmels zeigen, so suche man die Grenzen dieses Lichtschimmers nach ihrer Lage unter den Sternbildern möglichst genau zu bestimmen, auch die Stelle anzugeben, an der die Helligkeit ihre größte Intensität erreicht. Für solche Wahrnehmungen werden die Sternwarten dankbar sein. Vom Abend des 20. und 21. Mai ab, wenn der Komet am Abendhimmel erscheint, wird dann jedermann Gelegenheit haben, den Kometen mitsamt seinem Schweife, der allerdings nicht sonderlich imposant zu werden scheint, mit bloßem Auge zu beobachten.

Deutschland, der Polizeistaat. In einem lichten Augenblick hat sich Liman, der Ehrenmann von den Neuesten Nachrichten, dazu aufgeschwungen, das Deutsche Reich als Polizeistaat wie folgt zu kennzeichnen. Er sagt über die Bilanz der Roosevelt-Woche:

Jedenfalls kann er (Roosevelt) nach dieser kurzen Woche kein wirkliches Urteil über das deutsche Volk haben, denn das hat er doch meist nur durch ein Gitter von Schutzleuten gesehen. Und wenn er daraus seine Schlüsse ziehen wollte, daß bei besonderen Gelegenheiten die Deutschen auf der Straße von ganzen Kohorten schwer bewaffneter Schutzleute sorgsam bewacht werden müssen, daß sie keine Dummheiten machen, auf Laternenpfähle klettern, auf Straßenbahndrähten seiltanzen oder dergleichen, so muß er freilich als Amerikaner einen seltsamen Begriff von der Erziehung und der politischen Mündigkeit unsres Volkes bekommen.

Wohlgemerkt: Das schreibt Liman, derselbe Ehrenmann, der sonst nicht laut genug nach mehr Schutzleuten rufen kann, wenn der politisch regsame Teil des Volkes nach mehr Freiheit verlangt.

Beim Gondeln ertrunken. Die Pleiße erfordert mehr Opfer als mancher große Fluß. Ganz abgesehen von den vielen Lebensmüden, die sich in die Pleiße stürzen, passieren beim Gondeln alljährlich mehrere Unglücksfälle. So ist auch gestern nachmittag wieder ein Unglück mit tötlichem Ausgang passiert. Der 20jährige Maler Karl August Greinert stieß mit seiner Gondel an eine andere, stürzte durch den Anprall heraus und ins Wasser. Ehe ihm geholfen werden konnte, ertrank er. Die Leiche wurde bald gefunden und ins Institut für gerichtliche Medizin gebracht.

Glück im Unglück. Verhängnisvolle Folgen hätte ein Unfall haben können, der sich gestern abend gegen 7 Uhr in der Petersstraße ereignete. Auf dem Neubau neben der Stecknerpassage sollte ein Eisengerüst zu einem Aufzugskran errichtet werden. Kurz vor Beendigung dieser Arbeit brach eine Strebe, wodurch das Gerüst zur Seite fiel. Nur dadurch, daß die Spitze des Gerüstes auf das Dachgesims des Nachbarhauses zu liegen kam, wurde ein Unglück verhütet, einige Steine fielen zwar auf die Straße herab, richteten aber glücklicherweise keinen Schaden an. Um zu verhüten, daß das Gerüst während der Nacht abstürzte, wurde die Feuerwehr herbeigerufen, die das Gerüst vorläufig am Nachbarhause befestigte. Die Straße wurde während der Nacht für den Durchgangsverkehr gesperrt. Heute früh ist mit der Aufrichtung des Gerüstes begonnen.

Opfer unvorsichtigen Fahrens. Zahlreich sind die Todesfälle, die durch unvorsichtiges Fahren der Radfahrer herbeigeführt werden; sei es, daß die Radfahrer selbst, oder daß Passanten mehr oder weniger schwer oder tötlich verunglücken. Hundertfach kann man täglich beobachten, wie Radfahrer ganz dicht hinter oder ganz dicht neben den Straßenbahnwagen herfahren. Halten diese nun an den Haltestellen oder durch sonstige Verkehrshindernisse gehemmt plötzlich, so stürzt entweder der Radfahrer, oder wenn er rechts fährt, gefährdet er das ein- und aussteigende Publikum, oder aber wenn er links ausweicht, so passiert es gar nicht selten, daß er mit einem von der entgegengesetzten Richtung kommenden Straßenbahnwagen zusammenprallt oder auch mit einem anderen Fahrzeug und das Unglück ist da. Alle Verordnungen, Strafandrohungen und Warnungen haben in dieser Beziehung nur wenig genützt, hier kann eben nur der einzelne selbst etwas ändern. Jeder Radfahrer sollte sich wenigstens soviel Pflichtgefühl und Gewissenhaftigkeit aneignen, daß er sich zusammennimmt und nicht aus Leichtfertigkeit das Publikum und sich selbst in Todesgefahr bringt.

So ist am 2. Feiertag mittag in der Bornaischen Straße in Connewitz das 12jährige Schulmädchen Ida Lina Hecht von einem Radfahrer überfahren worden. Das Kind erlitt eine Gehirnerschütterung, an deren Folgen es noch am selben Tage gestorben ist. Der Polizei sind etwaige Wahrnehmungen über den Unfall und den Radfahrer erwünscht.

Ein anderer gefährlicher Unfall hat sich am 2. Feiertag vormittag in der Aeußeren Hallischen Straße in Gohlis zugetragen. Der 17jährige Tischlerlehrling Max Ischau fuhr auf seinem Rade hinter einem Straßenbahnwagen her und als er nun links ausweichen und vorbeifahren wollte, stieß er mit einem von der entgegengesetzten Seite kommenden Straßenbahnwagen zusammen, geriet unter die Schutzvorrichtung und wurde schwer verletzt. Außer inneren Verletzungen trug er eine Gehirnerschütterung und einen Schädelbruch davon.

Der Straßenbahnverkehr während der Pfingstfeiertage. Im ganzen wurden am Pfingstsonnabend und den beiden Feiertagen 1134500 Personen befördert. Die Große Leipziger Straßenbahn hat 734186, die Leipziger Elektrische Straßenbahn 331300, die Außenbahn 65946 befördert; das ist gegen die im vorigen Jahre beförderte Personenzahl ein Mehr von etwa 80000.

Lebensmüde. Aus Lebensüberdruß sprang gestern abend in L.-Connewitz ein 40 Jahre alter Arbeiter aus der Roßmarktstraße in den Pleißenmühlgraben. Der Mann wurde aber von zwei Arbeitern wieder aus dem Flusse gezogen und sodann mit dem Rettungswagen in seine Wohnung gefahren.

Selbstmord durch Erschießen beging ein in der Lützner Straße wohnender, 31 Jahre alter Kaufmann. Ueber den Beweggrund ließ sich noch nichts ermitteln.

Vermißt wird seit dem 15. Mai die 35 Jahre alte Schneiderin Marie Auguste Elisabeth Dittmann aus der Stöckartstraße. Die Verschwundene ist nervenkrank. Sie ist von mittler Größe, hat dunkelblondes Haar und längliches Gesicht. Ihre Kleidung besteht aus einem weißen Kleid, blauem Jackett und weißem Strohhut mit rotem Bande.

Noch nicht rekognosziert sind die in den letzten Tagen hier aufgefundenen und in die Anatomie übergeführten Toten: eine am 13. Mai im Elstermühlgraben aufgefundene weibliche Person und jener Mann, der sich in der Nacht zum ersten Pfingstfeiertag auf der Bayerschen Bahn in der Nähe der Waldschänke von einem Eisenbahnzuge überfahren ließ.

Die Frauensperson ist ungefähr 25 Jahre alt, übermittelgroß, kräftig, und hat rotes Haar. Sie trug einen blauen Rock, weiße Spitzenbluse, grüngraues, schräggestreiftes Jackett, blauen Strohhut mit rotbraunem Band, schwarze Lederschuhe und weiße Leibwäsche. Ferner trug die Tote ein künstliches Zahnstück im Oberkiefer.

Der vom Zuge totgefahrene Mann ist etwa 35 Jahre alt, mittelgroß, von kräftiger Gestalt, hat dunkelblondes Haar, ebensolchen Schnurrbart und auf dem rechten Unterarme eine Tätowierung: Gewicht und eine Hantel.

50 Mark Belohnung. Auf die Wiedererlangung der am 14. Mai in der Herloßsohnstraße gestohlenen Gegenstände setzt der Geschädigte durch das Polizeiamt eine Belohnung von 50 Mark. Die Gegenstände sind im Inseratenteile beschrieben.

Die Gefahren der Straße. Auf dem Wege von Schönau nach Großzschocher, in der Nähe der Meyerschen Häuser, wurde ein 38 Jahre alter Buchbinder mit seinem Fahrrade von einem im Galopp dahersahrenden Geschirr umgerissen und mehrfach verletzt. Der Führer des Geschirres wird zur Verantwortung gezogen werden.

Noch ein Gondelunfall. In der Nähe der Arndtstraße fuhr gestern ein Liebespaar beim Gondeln gegen das ausgemauert Pleißenufer, so daß die Gondel umkippte. Zwei mit einem Kahn an die Unfallstelle gefahrene Jungen brachten die Gefährdeten in Sicherheit.

Diebstähle. Gestohlen wurde von einem Lagerplatz in L.-Anger-Crottendorf ein zweirädriger Handkarren und verschiedenes wertvolles Werkzeug. Ferner entwendeten Diebe in der Kronprinzstraße aus einem Keller eine größere Anzahl Flaschen Weißwein, in der Windmühlenstraße ein Fahrrad, Marke Expreß Nr. 72103, am Ranstädter Steinweg ein Torpedofahrrad und aus einer Wohnung in der Reitzenhainer Straße eine goldene Damenuhr mit langer Kette.

Verhaftungen. In einer hiesigen Rauchwarenhandlung machte sich ein 27 Jahre alter Arbeiter der Entwendung von Rauchwaren im Werte von 300 Mark schuldig. Als er die Felle zu veräußern suchte, wurde er festgenommen.

Bei der Ausführung eines Taschendiebstahls wurde ein 19jähriger Laufbursche von hier festgenommen.

Ferner erfolgte hier die Verhaftung eines 22jährigen Dienstmädchens aus Weißenfels, das unter erschwerenden Umständen auswärts einen Gelddiebstahl verübt hat.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100517/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Mittwoch, den 18. Mai: 127. Abonnements-Vorstellung (8. Serie, weiß):

Tiefland.

Musikdrama in einem Vorspiel und 2 Akten nach A. Guimera von Rud. Lothar. Musik von Eugen d'Albert.
(Keine Ouvertüre.)

Regie: Dr. Loewenfeld. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Hagel.

Pedro, ein Hirte — Hr. Urlus
Moruccio, Mühlknecht — Hr. Standenmaher
Marta — Frl. Marx
Pepa, Antonia, Rosalia, Nuri (Mädchen im Dorfe) — Frl. Marisch, Frl. Schläger, Fr. Stadtegger, Frl. Fladnitzer
Nando, ein Hirt — Hr. Meader
Sebastiano, e. reicher Gutsbesitzer — Hr. Lipperß
Tommaso, d. Aelteste der Gemeinde — Hr. Diabal
Der Pfarrer.

Das Stück spielt teils auf einer Hochalpe der Pyrenäen, teils im spanischen Tiefland von Catalonien, am Fuße der Pyrenäen.

Pause nach dem 1. Akt.

Einlaß ½7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen ¼10 Uhr. Opern-Preise.

Spielplan: Donnerstag: Wallensteins Lager. Hierauf: Die Piccolomini. (Klassiker-Zyklus IV.) Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Mittwoch, den 18. Mai, abends ½8 Uhr:
Anzengruber-Cyklus IV. (Zu ermäßigten Preisen.)

Der G'wissenswurm.

Bauernkomödie mit Gesang in 5 Akten von L. Anzengruber.
Regie: Regisseur Haas. — Musikalische Leitung: Herr Zöllner.

Grillhofer, ein reicher Bauer — Hr. Demme
Dusterer, s. Schwager — Hr. Haas
Wastl, Michl, Rosl, Annemirl (Dienstleute bei Grillhofer) — Hr. Heine, Hr. Dirks, Fr. Kunitzschmann, Hr. Renner
Die Horlacherliesl — Fr. Retty-Großmüller
Leonhardt, Fuhrknecht — Hr. Cornel
Poltner, der Bauer auf der kahlen Lehnten — Hr. Proft
Sein Weib — Frl. Buse
Natzl, Hans (deren Söhne) — Hr. Wehle, Hr. Scholz

Knechte und Mägde im Grillhoferschen Hause.
Pause nach dem 3. Akt.

Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Ermäßigte Preise.

Spielplan: Donnerstag: Der Opernball (halbe Preise). Anfang ½8 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Anton Hartmann.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstraße 19.

Mittwoch, den 18. Mai, abends 7½ Uhr:
Gastspiel **Albert Bassermann** vom Deutschen Theater in Berlin.

Stein unter Steinen.

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
In Szene gesetzt von Franz Herterich.

Zarnke, Steinmetzmeister — Alfred Möhel
Marie, seine Tochter — Hedwig Reinau
Frau Homeyer, Wirtschafterin b. Zarnke — Adele Hübsch
Teutsch, Buchhalter — C. Bettermann
Eichholz, Nachtwächter auf dem Werkplatz — A. Scheurmann
Lore, seine Tochter — Lore Busch
Lenchen, Lores Kind — Kl. Thiemig
Willig, Polier — Hans Greeff
Göttlingk, Steinmetz — Herm. Wolfram
Jakob Biegler — * * *
Feilmaler, Kriminalkommissar — Hans Leibelt
Lohmann, Sprengel, Strube (Arbeiter) — Eugen Rex, Fritz Schäfer, B. Wilbenhain

Bildhauer, Steinmetzen, Arbeiter. Mehrere Frauen und Kinder.
Ort der Handlung: Berlin. — Zeit: Gegenwart.
Zwischen Akt 1 und 2 liegen 8 Wochen, zwischen den übrigen Akten je 1 Tag.
*** Jakob Biegler . . . Albert Bassermann.
Pausen nach dem 1. und 3. Akt.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Erhöhte Preise. (Inkl. Garderobe.)
— Dutzendkarten haben keine Gültigkeit. —

Spielplan: Donnerstag: Die gelbe Nachtigall. Anfang 7½ Uhr.

Neues Operetten-Theater.

Zentral-Theater.

Mittwoch, den 18. Mai, abends 8 Uhr:

Ein Herbstmanöver.

Operette in 3 Akten von Karl v. Bakonî. Musik von Emmerich Kálmán.
Regie: August Kretschmer. Dirigent: Kapellmeister Julius Papperitz.

Feldmarschalleutnant v. Lohonay — Aug. Kretschmer
Treszka, seine Tochter — Steffi Czillag
Baronin Risa von Marbach — Lilli Steinen
Rittmeister v. Emmerich, b. d. Husaren — Camillo Klemm
Oberleutnant v. Lörenthy, bei den Husaren — Karl Wenkhaus
Leutnant Elekes, bei den Husaren — Bruno Wiesner
Wallerstein, Ref.-Kadett-Offiz.-Stellvertreter — Rudi Glaller
Marosi, Freiwilliger bei den Husaren — Therese Wiet
Kiräg, Wachtmeister — Fritz Schumann
Turi, Zugführer — Hans Holthaus
Fekete, Husar — Willi Harden
Bodkî, Infanterist — Oskar Ernst
Starke, Gutsverwalter — Ferd. Höfflein
Lajos, Großknecht — Jos. Trautmann
Frau von Bergen — Elisab. Wagner
Komtesse Olga — Walda Böhler
Oberst Wulff — Oswald Schulze
Oberleutnant Sturmfried — Karl Spann
Leutnant Felseck — Otto Kanitz
Leutnant Juriczicz — Franz Gessinger
Kadett-Offiziers-Stellvertreter Fritsche — Oswald Schulze
Leutnant Köppler — Willy Kurland
Erster, Zweiter, Dritter, Vierter (Infanterist) — Paul Großer, Emil Politzer, Josef v. Ecker, Fritz Bauer

Herren, Damen, Bauernvolk, Militär.
1. Akt: Vor dem Schlosse der Baronin Risa v. Marbach, 2. und 3. Akt: Im Schlosse der Baronin. — Zeit: Gegenwart.
Pausen nach dem 1. Akt.

Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Gewöhnliche Preise. (Inkl. Garderobe.)

Spielplan: Donnerstag: Die Fledermaus. Anfang 8 Uhr.

Krystall-Palast-Theater

Kurzes Gastspiel der weltberühmten australischen Schönheit

Saharet.

sowie der gänzlich neue Spielplan.

Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.

Mai 1910 **Battenberg.** Mai 1910

Heinrich **Prang** in „Ein Gemütsmensch?!“
Der grösste Lacherfolg seit Bestehen d. Theaters

Paul Batty mit seinen dressierten Bären.

The 5 Musical Lunds — Instrumental-Virtuosen.
Gottlieb Reeck — Humorist.

Battenberg-Theater

Heute: Abends 8¼ Uhr: **Jägerblut.** Volksstück in 6 Bildern von B. Rauchenegger. Musik von Joseph Krägel.
Morgen: Abends 8¼ Uhr: **Der Stabstrompeter.** Gesangsposse in 4 Akten von W. Mannstädt. Musik von G. Steffen.
Vorverkauf numerierter Billetts bei **Franz Stein**, Markt 16, und **Paul Püttner**, neben Battenberg.

Stadt Nürnberg.

Heute Mittwoch abends ½8 Uhr:
Gastspiel des Berliner Thalia-Ensembles
Dir. Alb. Hübner, Königl. Hofschauspieler a. D.

Der Graf von Monte Christo.

Sensations-Schauspiel in 4 Akten und einem Vorspiel nach Alexander Dumas weltberühmtem Roman.
Bearbeitet von Ad. Steinmann. [2800*
Heute von 8 Uhr an im kleinen Saal: nach der Vorstellung im grossen Saal: **BALL.**
Morgen Donnerstag Anfang 8¼ Uhr.

Freitag, den 20. Mai 1910 abends Punkt ½8 Uhr

„Glaser“ Versammlung

im **Volkshaus** (Nebensaal rechts).
Tagesordnung: Der Kampf im Baugewerbe. [10047
Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle **Volkshaus** Zeitzer Str. 32 Portal rechts, I.
Bureauzeit: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abds. 5—8 Uhr. Telephon 8784.
Metall-Drücker. Sonnabend, den 21. Mai, abends ½9 Uhr, **Versammlung im Volkshaus.** Tagesordnung: 1. **Vortrag.** Referent: Gen. **Paul Frölich.** 2. Verschiedenes.

Dölitz.

Obstweinschänke „Zur Lindenburg“

Angenehmer Aufenthalt, herrlicher schattiger Garten
Schöne Gesellschaftszimmer
:: **Gutgepflegte Biere und Weine** ::
Spezialausschank: **Röthaer Obstweine**
Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit.
Haltestelle der D-Linie. [9952] **Fritz Bischoff.**

Bis 30. Mai!

Cirkus May

Schönefeld, a. d. Lindenallee.
Heute Mittwoch, den 18. Mai abends 8¼ Uhr:
Parade-Vorstellung
mit sensationellem, reichhaltigem Spielplan.
Donnerstag, den 19. Mai abends 8¼ Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
Wochentags-Preise:
Stehplatz 30 Pfg., 2. Platz (Sitzplatz) 50 Pfg., 1. Platz (Sitzplatz) 80 Pfg., Stuhlsitz 1.20 Mk., num. Stuhlsitz 2 Mk., Loge 3 Mk., Fremdenloge 4 Mk. [10067
Vorverkauf im Zigarrengeschäft der Herren Gebr. Felber, Eisenbahnstr. 74.
Täglich vorm. von 11-1 Uhr: **Oeffentliche Probe.**

Für sparsame Hausfrauen!

Elfenbein-Seife ist die beste für die Wäsche.
Elfenbein-Seife ist sparsam im Verbrauch.
Elfenbein-Seife ist vollständig rein.
Elfenbein-Seife ist nur echt mit Schutzmarke Elefant.
Elfenbein-Seife kostet das Stück 10 Pfg.
Fabrikanten:
Günther & Haußner Chemnitz-Kappel.
In fast allen Material-waren-, Seifen- u. Drogengeschäft. z. hab. Nachahmung. weise m. zurück.

Qualitäts-Cigarren

Zigaretten

größte Auswahl, empfiehlt *
Bernh. Grotkau, L.-Connewitz, Bornaische St. 36.

Kluge Frauen gebrauchen nur meinen **neuen**, amerikanischen Spülapparat mit Mittelträger. Aerztl. empfohlen. Preis 4.50 Mk. **C. Blecher**, Leipzig, Talstraße 27, I. [*

Mutterstolz

ist und bleibt die **beste Kindersaugflasche.**
Vertrieb: G. Trietschler Leipzig-Gohlis. [8766

Gummi-Artikel

z. Woch.- u. Kr.-Pflg., Btteinl., Mutt.-spr., Mutter- u. Klistierrohre, Leibb., Luftkss., Monatsb., Hienfong, Mass.-Art., Halskettch. f. zahn. Kind. Prsl. 30 ₰ **Auguste Graf**, Neumarkt 5.*

Hoch das freie Wahlrecht!

Die Wahlrechtszeitung
Preis 20 Pfg.
20 Seiten stark, reich illustriert ist zu haben in der **Volksbuchhandlung** in **allen Filialen** und bei **allen Austrägern.**

Zahn-Atelier

Willy Schult
Peterssteinweg 10, I.
Ecke Münzgasse.
Teilzahlung gestattet.
Fernspr. 10352. *

Die russischen Kämpfe um Freiheit und Recht.
25 Pfg., schön gebunden 1 Mk.
Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Gentner's Veilchen-Seifenpulver

Goldperle

erfreut sich deshalb so großer Beliebtheit, weil jedes Paket eine wirklich schöne und brauchbare Geschenkbeilage enthält. — Da meine Packung vielfach nachgeahmt wird, so kann man sich vor Schaden nur dadurch schützen, daß man genau auf den Namen „Goldperle“ und Schutzmarke „Kaminfeger“ achtet.
Alleiniger Fabrikant:
Carl Gentner
Göppingen.

50 Mark Belohnung.

Unter erschwerenden Umständen sind am 14. dieses Monats aus einer Wohnung in der Herlaßsohnstraße in L.-Gohlis gestohlen worden:

„**Fünf Einhundertmarknoten** sowie **eine goldene herzförmige Damenuhr,** Deckel mit silberartiger Blumenverzierung nebst langer breitteiliger **goldener Kette** mit Schieber, **ein goldenes Halskettchen** mit Herz als Medaillon, **ein goldenes Anhängsel,** verziert mit zwei Seeperlen, **fünf Schlipsnadeln,** darunter eine hergestellt aus einem goldenen Fünfmarkstück mit dem Kopfe des Königs Ludwigs II. von Bayern und **ein schwedisches Zweikronen-Jubiläumsstück** im Gesamtwerte von etwa 300 Mark.“

Auf die Wiedererlangung des Geldes und der Schmucksachen hat der Geschädigte **eine Belohnung bis zu 50 Mk. ausgesetzt.**

Sachdienliche Mitteilungen erbeten zu Kr. Verz. A. II Nr. 1170.

Leipzig, den 16. Mai 1910.

10052] **Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.**

Am **Mittwoch, den 18. Mai d. J.,** werden die bisher im Gebäude des Leihhauses und der Sparkasse I, am Tröndlinring 3, bestehenden **Kassenstellen für Ein- und Rückzahlungen aufgehoben** und in verschiedene Teile der Stadt verlegt.

Die neuen Kassenstellen der Sparkasse I befinden sich dann:

1. **im Durchgange des Alten Rathauses,** geöffnet ununterbrochen vormittags 8—3 Uhr nachmittags;
2. **am Ranstädter Steinweg 46,** geöffnet vorm. 8—½1 Uhr und nachmittags 3—6 Uhr **(auch Sonnabends);**
3. **am Westplatze, Ecke West- und Promenadenstraße,** geöffnet ununterbrochen vormittags 8—3 Uhr nachmittags;
4. **im Markthallengebäude, Brüderstraße,** geöffnet vormittags 8—½1 Uhr und nachmittags 3—6 Uhr **(auch Sonnabends);**
5. **in der Südstraße 2b,** geöffnet vormittags 8—½1 Uhr und nachmittags 3—6 Uhr **(auch Sonnabends).**

Alle diese Kassen können künftig von den Sparern zu Ein- und Rückzahlungen für Sparkasse I benutzt werden, gleichviel an welcher Stelle das betreffende Buch ausgestellt ist.

Leipzig, am 9. Mai 1910. [9061*

Der Rat der Stadt Leipzig.

Patentbureau **Anger & Ulich,** Grimmaischer Steinweg **16,** prüfen Ideen kostenlos. **Vorzügliche Verwertung.**

Familienanzeigen.

Ilse — ***Strammes Mädchen angekommen!***
Hocherfreut sind
Otto Kuhwede und Frau Berta geb. Koch
Leipzig-Möckern, Fuchs Nordhoffstr. 26, II., den 17. Mai 1910.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Ableben meines guten Mannes, unsers lieben Vaters und Bruders, des Droschkenbesitzers

Max Albrecht

sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank.
Die trauernde Gattin
[10030] im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester und Tante

Frau Berta Erler geb. Fleischer

sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. Insbesondere Herrn Pfarrer Wermann und Dr. Balster, sowie auch für die reiche Unterstützung meiner verehrten Chefs, Herren Hermann und Julius Feurich, dem Kontorpersonal und meinen werten Arbeitskollegen, den Roßweiner Landsleuten sowie allen Freunden und Bekannten. [10040
L.-Plagwitz, den 17. Mai 1910.
Paul Erler im Namen aller Hinterbliebenen.

Gestern verschied plötzlich an den Folgen eines Unglücksfalles unser Mitglied und Kollege

Karl Dörschmann.

Dies zeigt hierdurch tiefbetrübt an [10037
Der Vorstand
des Arbeiterpersonals der Leipziger Spediteure.
Beerdigung findet Freitag, vormittags 10 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofs aus statt.

Todes-Anzeige. Nach langem Siechtum verstarb am 2. Pfingstfeiertage in seiner Heimat, wo er Genesung suchte, mein lieber Mann, unser guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Mechaniker [10059

Paul Kurt Kliemant

im 27. Lebensjahre.
Im tiefsten Schmerze zeigt dies hiermit an
Leipzig-Volkmarsdorf, Nabet 30, und Königswartha
Helene verw. Kliemant geb. **Klauss.**

Am 16. Mai verstarb an der Proletarierkrankheit unser langjähriger Verbandskollege, der Bierfahrer

Oskar Echtermeyer

im 35. Lebensjahre. Sein Andenken werden in Ehren halten [10050
Die Mitglieder des Transportarbeiter-Verbandes.
Beerdigung Donnerstag, vormittags 9 Uhr, vom Pathologischen Institut oder ½10 Uhr Südfriedhof.

Montag, den 16. Mai, verstarb nach langem, schwerem, in Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, der **Feilenschleifer**

Matthias Debba

im Alter von 44 Jahren. Dieses zeigt tiefbetrübt an
Leipzig, den 18. Mai 1910, Braustraße 20
10036] **Die trauernde Witwe nebst Kindern.**
Beerd. morg. Donnerstag, ½10 Uhr, v. Krankenhaus St. Jakob.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100517/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

17. Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen Deutschlands.

k. r. Hamburg, 16. Mai 1910.

Die Generalversammlung tagt in Bans Klub- und Ballhaus (Besenbinderhof). Sie ist besucht von 33 Delegierten, den Vertretern des Zentralvorstandes und des Ausschusses. Als Vertreter der Generalkommission ist Bauer und vom Verband der Transportarbeiter ist Wegner erschienen. Die Bureauangestellten haben den Kollegen Lendahl entsandt. Bevor in die Verhandlungen eingetreten wird, gelangt ein Schreiben einiger Berliner Kollegen zur Verlesung; in demselben wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der Verband sich immer mehr zu einem starken Bollwerk zum Schutze der Berufskollegen entwickeln möge.

Als Vorsitzende werden Josephson und Böing, als Führer der Rednerliste Schulze-Hamburg und Wittig-Leipzig gewählt.

Josephson ergänzt den im Handlungsgehilfen abgedruckten Geschäftsbericht. Aus finanziellen Gründen ist der Bericht diesmal nicht in Broschürenform erschienen, dadurch sind die Wünsche der Mitglieder, den Geschäftsbericht gratis zu bekommen, erfüllt. Der Bericht soll in Zukunft alljährlich erscheinen. Redner schildert nunmehr die Entwicklung des Verbandes; das Wachstum der Mitgliederzahl verteilt sich ziemlich auf alle Bezirke, unrühmliche Ausnahmen machen einige größere Bezirke, wie Stuttgart und Leipzig. In Magdeburg und Bremen muß ebenfalls auf die Gewinnung von Mitgliedern mehr Sorgfalt gelegt werden. In Elsaß-Lothringen sind gute Erfolge erzielt worden. In Grenzstreitigkeiten sind die Handlungsgehilfen nur mit dem Verband der Bureauangestellten geraten. Das Streitobjekt bildeten die Versicherungsangestellten; beide Organisationen glauben sich zur Aufnahme dieser Kollegen berechtigt. Kleine Meinungsverschiedenheiten haben sich auch mit den Verbänden der Fleischer und der Lagerhalter, betreffs der Organisierung der in Fleischerläden tätigen Verkäuferinnen und der Lagerhalterinnen, entwickelt. Redner äußert sich über die Unsitte der Doppelorganisation, die zu verwerfen ist, weil jede Organisation die Unterstützungseinrichtungen ausbaut und durch die Doppelorganisation allerlei Unzuträglichkeiten entstehen.

Josephson schildert dann die Wirkungen der in München angenommenen Resolution, betreffend Stellungnahme zu den Konsumvereinen. Er wünscht, daß der nächste Genossenschaftstag klar aussprechen möge, daß allerorts Lokaltarife mit den betreffenden Organisationen abzuschließen sind. Er endet seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß die Handlungsgehilfen mehr als bisher als kaufende Mitglieder den Konsumvereinen beitreten.

Der Kassierer gibt noch einige Erklärungen über die Einnahme und Ausgabe, die wir bereits im Vorbericht erwähnten. Festgestellt wird, daß durch die Erhöhung der Beiträge eine Gesundung der Verbandsfinanzen erzielt ist.

Kollege Schulze referiert dann über die Ergebnisse der statistischen Erhebungen. Er bedauert, daß die Fragebogen recht spärlich und unvollständig ausgefüllt an die Zentralstelle zurückkommen.

Lange führt aus, daß sechs Anklagen beim Kaufmannsgericht anhängig gemacht worden sind; diese erstreckten sich auf Stellenvermittlung und Achtuhrladenschluß. Er empfiehlt ständige Fühlungnahme mit den Beisitzern der Kaufmannsgerichte, damit diese mit den Wünschen und Zielen der organisierten Handlungsgehilfen vertraut werden. — Die Freie Vereinigung für soziale Gesetzgebung legte eine Petition vor, in der die Angliederung der Pensionsversicherung der Privatangestellten an die Arbeiterversicherungsgesetzgebung gefordert wurde, diese wurde von reichlich 6000 Mitgliedern des Zentralverbandes unterschrieben. Im weiteren spricht er seine Freude über die Entwicklung des Organs aus, die Auflage stieg aus kleinen Anfängen auf 13000 während seines 25jährigen Bestehens. Die Anfänge, durch besondere Organe die Handlungsgehilfen auf ihre Klassenlage aufmerksam zu machen, sind in diesem Jahre auf 25 Jahre zurückzuführen. — Der Obmann des Ausschusses verweist auf seinen schriftlichen Bericht.

Die Debatte wird vom Kollegen Köhler-Leipzig eröffnet, er spricht seine Zustimmung zum Rechenschaftsbericht aus. In längeren Ausführungen schildert er die Leipziger Verhältnisse, die es verschuldeten, daß nicht ein größerer Mitgliederstand in Leipzig erzielt wurde. Auch der hohe Ortsbeitrag erschwere die Gewinnung weiblicher Mitglieder. Im weitern ist er der Meinung, daß ein gutes Einvernehmen zwischen Genossenschaften und Verband nur erzielt werden kann, wenn alle Vereinbarungen von beiden Seiten eingehalten werden.

Urban-Berlin bemängelt, daß kein Vertreter der Lagerhalter anwesend ist, seine weitern Ausführungen erstrecken sich auf die Grenzstreitigkeiten mit den Bureauangestellten, die nach seiner Meinung unbedingt zu den Handlungsgehilfen gehören. Für Frieden mit den Genossenschaften sei auch er, aber nur, wenn das Recht der Verbandskollegen gewahrt werde; in weitern Ausführungen schildert er den Kampf, der sich in Berlin mit der G. E. G. abgespielt hat.

Schimmel-Stuttgart: Der Stillstand im Stuttgarter Bezirk ist lediglich darauf zurückzuführen, daß zu Anfang das Wachstum zu stark war, dadurch ist das Feld abgegrast worden, worauf jetzt die Reaktion eintritt. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist in Stuttgart für zirka 500 Kollegen um eine halbe Stunde möglich gewesen.

Lähnert-Dresden verurteilt das Petitionsunwesen, er erblickt in solchen Unterschriften keine freie Willensäußerung, sondern eine alte abgenutzte Methode, Stimmung zu machen. Im weitern wünscht er, daß der Handlungsgehilfe mehr Agitationsmaterial bringen möge. Getadelt müsse werden, daß das Organ nicht die Gehaltsforderungen genügend erörtert habe, auch die Frauenfrage müßte vielmehr im Organ Berücksichtigung finden, dadurch würde das Interesse der Kolleginnen weit mehr geweckt. Auch wünscht er Streitartikel auf gewerkschaftlichem Gebiet, weil dadurch die Bewegung der Handlungsgehilfen ohne weiteres lebhafter gestaltet werde.

Dröner-Elberfeld schildert die Differenzen mit dem dortigen Konsumverein, die sich bei der vorletzten Maifeier entwickelt hatten, Partei- und Gewerkschaftsinstanzen mußten erst angerufen werden, um eine Einigung zu erzielen.

Kollegin Stein-Berlin: Die freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten behandelt die angeschlossenen Handlungsgehilfen nicht als gleichberechtigt, sie gewährt uns keinen Einfluß auf die Geschäftsführung usw. Techniker und Kaufleute handeln darin nach ihrem Ermessen, unsere Mitglieder sind nur dazu da, die Versammlung zu füllen.

Kollege Wittig-Leipzig plädiert in lebhafter Weise für Aufklärung weitester Kreise über die Verhältnisse, unter denen die Handlungsgehilfen leiden. Den proletarischen Eltern will er zur Pflicht machen, daß sie ihre Söhne und Töchter, die im Handelsberuf tätig sind, dem Handlungsgehilfen-Verband zuführen.

Es üben noch eine ganze Anzahl Delegierte Kritik an diesem und jenem Punkt der Berichterstattung, im großen und ganzen ist der Verbandstag jedoch mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden.

Lange erhält das Schlußwort, in dem er betont, daß die Anregungen nach Möglichkeit Berücksichtigung finden sollen. Die Kollegen könnten versichert sein, daß ihm z. B. bei dem Streit zwischen Umbreit und Kautsky oft die Finger gejuckt hätten, aber er hätte die Einmischung unterlassen, um sich nicht nachsagen zu lassen, daß er als Gewerkschaftsredakteur sich auf Kautskys Seite stelle.

Nachdem auch Josephson seine Schlußausführungen gemacht, wird dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt.

Ueber die theoretische und praktische Ausbildung der Handlungsgehilfen referiert Kollege Lange; wir berichten morgen darüber.

X. Verbandstag der Maschinisten und Heizer.

r. Hamburg, 16. Mai.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen beginnen mit der Generaldebatte über alle vorliegenden Anträge. In derselben wird ausgesprochen, daß in bezug auf Beitragserhöhung der Verband unbedingt eine Zeit der Ruhe haben muß, um sich entwickeln zu können. Das bedinge aber, daß keine Unterstützungen erhöht werden. Der Verband habe für die Zukunft noch viel zahlreichere und schwerere Kämpfe mit dem Unternehmertum zu erwarten, er möge sich deshalb davor hüten, durch erhöhte Unterstützungen seine augenblicklich gute Finanzkraft zu schwächen. Einige Anträge wollen zwar, daß die Arbeitslosenunterstützung eingeführt und dafür die Krankenunterstützung etwas herabgesetzt wird, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen empfehle es sich, auch hier keine Aenderungen vorzunehmen.

Nach mehrstündiger Debatte werden alle Anträge, die eine Aenderung der Statuten bezwecken, einer Kommission überwiesen.

Bei der Abstimmung über die allgemeinen Anträge wird beschlossen, einen weiteren Gauleiter anzustellen. Die Grenzen verschiedener Gaubezirke sollen so geändert werden, daß ein Gauleiter ausschließlich für das rheinisch-westfälische Gebiet freigestellt ist.

Die bis jetzt aus Lokalmitteln unterhaltenen Agitationsleiter für Elbe-, Oder- und Rheinschiffahrt — Dyrrlich-Dresden, Panse-Köln — werden in ihrer Besoldung auf die Zentralkasse übernommen, mit der Begründung, daß es den beiden Verbänden vorbehalten bleibt, noch zwei weitere Agitatoren aus Lokalmitteln zu besolden.

Alle Anträge zur Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband werden dem Vorstand als Material überwiesen.

Ein Antrag Düsseldorf, die Verwaltungskosten des neugeschaffenen Arbeitsnachweises für Rheinland-Westfalen auf die Zentralkasse zu übernehmen, wird dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Zum Thema Grenzstreitigkeiten wird folgende Resolution angenommen:

„Die vom Zentralverband der Maschinisten und Heizer zu wählenden Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongreß werden beauftragt, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß unsre Organisation vom Gewerkschaftskongreß als nur alleinige Berufsorganisation der Maschinisten und Heizer vom Gewerkschaftskongreß anerkannt wird und damit die ewigen Klagen über Grenzstreitigkeiten ein Ende nehmen."

Auf Antrag Kiel wird dem Zentralvorstand aufgegeben, sich nachdrücklich um die Lage der am Nordostseekanal beschäftigten Maschinisten und Heizer zu bekümmern und das dort sich bietende große Agitationsfeld zu beackern.

Der Zahlstelle München wird ein der Zentralkasse geschuldetes Guthaben von 500 Mark erlassen.

Nach Festsetzung der Gehälter und Diäten für die Verbandsbeamten wird die Sitzung um 8 Uhr abends auf Dienstag vertagt.

r. Hamburg, 17. Mai.

Dritter Verhandlungstag.

Scheffel behandelt in einem großzügigen Vortrage von drei Stunden das Tarifvertragswesen.

Im ersten Teil bespricht er die geschichtliche und theoretische Seite der Frage. Er schildert den Lauf der Tarifbestrebungen und ihren gegenwärtigen Stand in Gewerben und Organisationen. Seit dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß sind die Tarifverträge von den Arbeitern als ein erstrebenswertes gewerkschaftliches Kampfesziel offiziell anerkannt. Die Unternehmer setzten ihren Widerstand gegen Tarifverträge noch jahrelang geschlossen fort. In der neueren Zeit haben jedoch auch bei ihnen die Tarifbestrebungen immer mehr an Boden gewonnen, doch ist es bezeichnend, daß unter den Tariffreunden gerade die größten Scharfmacher sind. Die Tarifverträge, die von gewissen Leuten als Friedensdokumente bezeichnet wurden, sind den Unternehmern ein Kampfesmittel geworden, durch das sie die völlige Diktatur über die Gewerkschaften zu erreichen streben. Einzig diesem Zweck dient ihr Streben, da, wo sie Tarifverträgen nicht mehr entgehen können, zur Einführung von Reichstarifen zu scheitern. Sie sollen ihnen ein Mittel zur Gewaltherrschaft sein, wie die aussperrungstollen Unternehmer im Baugewerbe beweisen. Redner bespricht eingehend die Gefahren dieser Entwicklung; er erörtert die rechtliche Konstruktion der Tarifverträge und die neueste Stellung des Reichsgerichts, das auf dem besten Wege ist, die gesunde Entwicklung des Tarifwesens zu zerstören.

Bei dem Streben nach gesetzlicher Regelung des Tarifwesens fällt auf, daß gerade bürgerliche Parteien diese gesetzliche Regelung fordern. Der gegenwärtige Kurs der sozialpolitischen Gesetzgebung bietet gar keine Hoffnung, daß ein Tarifgesetz zustande kommt, welches den berechtigten Forderungen der Arbeiter entspricht; es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dabei nur dem Unternehmertum Rechnung getragen wird.

Das Vorgehen des Unternehmertums, auf jede Weise das Tarifvertragswesen zu einer Fessel für die Arbeiterschaft zu machen, wird theoretisch und juristisch gestützt durch einen Stab von ihnen bezahlter Juristen. Zwar könnten viele Fallen umgangen werden, aber schlagen die Arbeiter die geeigneten Mittel dazu vor, so werden diese von den Unternehmern als unannehmbar bezeichnet, und damit tritt dann die Machtfrage in die Erscheinung. Noch niemals hat sich so klar wie in der Jetztzeit herausgestellt, daß Tariffragen Machtfragen sind. Die Bauarbeiter waren gezwungen, den Kampf aufzunehmen, wollten sie nicht vollständig das freie Mitbestimmungsrecht verlieren.

Ein Reichstarif dieser Art droht dem Maschinisten- und Heizerverband noch nicht, überhaupt wird der Tarifvertrag eine so große Bedeutung wie in andern Berufen für den Maschinistenverband vielleicht nie erlangen. In all den kleinen Betrieben werden die Arbeitgeber es wegen ein oder zwei Maschinisten kaum für nötig halten, einen Vertrag abzuschließen; dort müssen andre Mittel und Wege angewandt werden. Aber es gebe schon eine Anzahl Gewerbe, in denen ein Reichstarif für Maschinisten und Heizer schon möglich wird, in denen er auch nicht die spezifischen Gefahren in sich zu bergen braucht. Zum Beispiel das graphische Gewerbe, ferner im Baugewerbe die Betonarbeiten, wo immer mehr Kraftmaschinen zur Anwendung kommen, in den Genossenschaften, wo ebenfalls Licht- und Kraftmaschinen arbeiten.

Redner erörtert die Fragen, die grundsätzlich beim Tarifvertrag in Betracht kommen. Sicherung des Koalitionsrechtes, Arbeitsnachweisfrage, Schlichtungskommission, unparteiischer Vorsitzender usw.

Tarifverträge mit Höchstlöhnen, wie sie in letzter Zeit von den Unternehmern erstrebt werden, sind für die Arbeiter völlig wertlos und als unannehmbar zu bezeichnen.

Die Dauer der Tarife solle grundsätzlich nicht länger als auf zwei Jahre festgelegt werden.

Ein Hauptpunkt ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Im Maschinisten- und Heizerberuf ist die tarifliche Festlegung der Arbeitszeit ganz besonders schwer, aber auch ganz besonders nötig, weil sie vielfach geradezu mörderisch ist. Der Verband hat in 44 von den 180 Tarifen, die er von 1906 bis 1909 abschließen konnte, eine Verkürzung der Arbeitszeit erreichen können. Darunter sind 6 Tarife mit einer achtstündigen Arbeitszeit, 14 mit einer 9—10stündigen, 13 mit einer 10—13stündigen, 9 mit einer 11—12stündigen, 18 mit einer 12stündigen Arbeitszeit. In zwei Tarifen ist die 24stündige Wechselschicht reduziert worden, in einem Falle auf eine 12stündige, im andern Fall auf eine 18stündige. Drei Tarife gewähren den Arbeitern Ferien von 2—8 Tagen, zwei andere von 8—14 Tagen. In einigen Tarifen — nur in Brauereien — ist auch die Freigabe des ganzen 1. Mai resp. eines halben Tages festgelegt.

Redner erkennt den Wert, den Tarife haben können, voll an, aber die Losung darf nicht sein: Tarifverträge um jeden Preis, sondern Tarifverträge nur dann, wenn sie den Arbeitern auch wirklich positive Vorteile bringen.

Wo der Verband mit andern Organisationen zusammenarbeiten muß, muß er als ein gleichberechtigter Faktor bei den Verhandlungen und dem Tarifabschluß behandelt werden. Wo man ihm das nicht gewährt, wird er allein vorgehen.

Das Referat löste den lebhaftesten Beifall aus. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Es soll eine intensive Agitation zum Vertrieb des Verbandsprotokolls entfaltet werden, damit auf diese Weise das Referat zur Kenntnis der Mitglieder kommt.

Es wird noch bestimmt, daß der nächste Verbandstag in München stattfinden soll.

X. Verbandstag der Mühlenarbeiter.

k. München, 16. Mai 1910.

Zweiter Verhandlungstag.

Auf der Tagesordnung steht der wichtigste Beratungspunkt des Verbandstages: Die Verschmelzungsfrage. Das einleitende Referat hält Verbandsvorsitzender Käppler-Altenburg: Die Verschmelzungsfrage ist so alt, wie der Verband, schon immer waren bei uns die Wünsche auf Gründung eines Nahrungsmittelverbandes vorhanden. Schon 1893 trat in Hannover ein Kongreß der Verbände der Nahrungsmittelindustrie zusammen, aber ohne ein praktisches Ergebnis zu zeitigen. 1895 sprachen sich die Verbände der Bäcker und Müller für eine Verschmelzung aus. Zwei Jahre später hatten die Bäcker einen Kongreß in Gera, dort sollte die Verschmelzung zustande kommen, sie scheiterte aber an der Beitragsfrage. Der vorgeschlagene Beitrag von 20 Pfg. stieß auf heftigen Widerspruch und die Berliner Delegierten beantragten Urabstimmung. Dadurch kam die Verschmelzung wieder nicht zustande. Unsere Kollegen plädierten seitdem fortgesetzt für die Gründung eines Industrieverbandes für die Lebensmittelbranche. Der Verbandstag in Mainz 1907 trug dann dem Vorstand auf, Schritte in der Verschmelzungsfrage zu tun. Auf die Anfrage des Vorstands an die in Betracht kommenden Verbände erklärten sich die Vorstände derselben im Prinzip mit der Verschmelzung einig. Später votierte aber der Verbandstag der Brauer gegen die Gründung eines Industrieverbandes. Der Vorstand setzte sich dann mit den Vorständen der Bäcker und Brauer nochmals in Verbindung und beide waren bereit, eine Verschmelzung mit uns einzugehen, die Bedingungen wurden in der Verbandszeitung bekannt gemacht.

Der Verbandstag hat nun die Entscheidung zu treffen, wollen wir uns verschmelzen, und dann, mit wem? Wir gleichen nun einer Braut, die unter zwei Liebhabern die Wahl hat (Heiterkeit), die Wahl wird deshalb schwer fallen. Verschmelzen wir uns, dann erledigen wir hier nur noch, was unbedingt notwendig ist, und vertagen dann den Verbandstag bis zu dem Verbandstage der Organisation, mit der wir uns verschmelzen wollen. Beide Verbände, die in Frage kommen, tagen in den nächsten Wochen in Berlin. Es sind in den Mitgliederkreisen viel überschwengliche Hoffnungen und Illusionen aufgetaucht, die Kollegen versprechen sich zuviel von einer Verschmelzung. In der Taktik bei Lohnbewegungen wird sich auch künftig nicht viel ändern. Wir werden unsere Bewegungen selbst führen und auch für die Kosten aufkommen müssen. In der Agitation werden wir aber eine wesentliche Förderung erfahren. Wir müssen uns nicht verschmelzen. Wir kommen nicht als Bettler zu der andern Organisation, sondern als Waffenbrüder, die eingesehen haben, daß es besser ist, wenn wir zusammengehen und vereint den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen aufnehmen. Wir müssen also nicht, aber ich möchte Sie bitten, daß wir wollen. (Zustimmung.) Wir brauchen eine starke Organisation, und ich verspreche mir bei einem Zusammenschluß, daß die Zahl der organisierten Mühlenarbeiter rasch zunimmt. Die Brauer haben 300 Zahlstellen, die Bäcker 200, da werden eine Reihe Anknüpfungspunkte gefunden. Wenn dann statt fünf 50 Beamte die Agitation für die Mühlenarbeiter betreiben, dann sage ich, müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn nicht bessere Erfolge als bisher zu erzielen wären. Ob wir viel oder wenig Berührungspunkte mit dem Verbande, mit dem wir uns verschmelzen, haben, ist gleichgültig. Die Berufsverwandtschaft spielt keine Rolle, das gewerkschaftliche Ringen nach bessern Arbeitsbedingungen muß das Bindeglied sein. Redner besprach dann die Uebertrittsbedingungen, die wir schon im Vorbericht erwähnt haben, und betonte zum Schluß: Mit welchem Verband Ihr Euch verschmelzen wollt, das will ich Euch überlassen, wir haben bei den Bäckern genau so viel Entgegenkommen gefunden, als bei den Brauern. Entscheiden Sie nun, ich will als Unterhändler keine Direktiven geben.

Die Diskussion war sehr lebhaft und zog sich bis zum Abend hin. Nach der Stimmung in den Mitgliederkreisen zu schließen — 90 Prozent erklärten sich für die Verschmelzung mit den Brauern —, war anzunehmen, daß die große Mehrzahl der Delegierten sich auf dem Verbandstag für die Brauer erklären würden und nur wenige für die Bäcker eintreten. Es kam aber anders. Genau zehn Redner sprachen für die Verschmelzung mit den Bäckern und zehn andere für die Brauer, zwei behielten sich die Entscheidung vor. Der Wortführer der Freunde eines Zusammenschlusses mit den Bäckern war der frühere Redakteur des Verbandsorgans, Nemmele-Mannheim. Er sprach gleich nach Käppler in längerer Rede sehr wirkungsvoll für die Verschmelzung mit den Bäckern, die den Mühlenarbeitern am nächsten ständen. In kleinen Orten sei oft der Fall, daß die jungen Leute Müller und Bäcker zugleich lernen. Die Berufsverwandtschaft spiele bei der Verschmelzung eine große Rolle. Die Brauer hätten gar keine so große Liebe für die Mühlen-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100517/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

arbeiter gezeigt, im Gegenteil, es sei davon gesprochen worden, daß sie ihnen als Bleigewicht an den Füßen hängen werden. Und daß die Brauer sich hier nicht vertreten ließen, ist auch bezeichnend. Die Beitragsfrage darf nicht ausschlaggebend sein, auch die Brauer werden die Beiträge erhöhen. Der Statutenentwurf der Brauer und die uns unterbreiteten Bedingungen weisen Widersprüche auf. Wir können unter keinen Umständen einer Karenzzeit von 14 Tagen bei der Krankenunterstützung zustimmen. (Zustimmung.) Remmele kritisierte dann, daß der Verbandsvorstand keine entschiedene Meinung in der Verschmelzungsfrage eingenommen hat. Der Vorstand habe die Pflicht, zu sagen, wohin der Weg führt. Die Reserve ist zu verurteilen, Halbheiten taugen nichts. (Zustimmung.) Eine ganze Reihe Delegierte erklärten ihr Einverständnis mit den Ausführungen Remmeles, trotzdem die Mitglieder ihrer Zahlstellen anders entschieden hätten. Für die Verschmelzung mit den Brauern treten besonders die Berliner und Frankfurter Delegierten ein. Sie erwarten bei einem Zusammenschluß mit den Brauern, die mehr Mitglieder und mehr Zahlstellen wie die Bäcker haben, mehr Vorteile für die Mühlenarbeiter, als wie bei den Bäckern. Als Hauptgrund gegen eine Verschmelzung mit den Bäckern werden die von diesen vorgeschlagenen hohen Beiträge ins Feld geführt. Verbandsvorsitzender Käppler erklärte schließlich, da er wegen seiner Reserve wiederholt angegriffen wurde, daß die Hauptverwaltung den Anschluß an die Brauer empfehle. Das, was die Diskussion bis jetzt gezeigt habe, sei unhaltbar, es müsse eine möglichst einmütige Entscheidung gefällt werden. Man solle bedenken, daß die übergroße Mehrzahl der Mandatgeber sich für die Brauer entschieden hätte. Allmann-Hamburg, Vorsitzender des Bäckerverbandes, erklärte, daß sein Verband der Entscheidung mit Ruhe entgegensehe, sie sei ihnen gleichgültig. Die Verhältnisse würden sich so entwickeln, daß beide Verbände mehr und mehr zusammenkommen.

Ein Delegierter betonte, das richtigste wäre, wenn der Verband sich dem Fabrikarbeiterverband anschließe, dann würde die Zahl der organisierten Mühlenarbeiter auf einen Schlag um Tausende erhöht.

Die Abstimmung wurde in dieser Sitzung nicht mehr vorgenommen, um den Delegierten Gelegenheit zu geben, sich gegenseitig noch zu verständigen, um einen möglichst einmütigen Beschluß zu erzielen.

Zu Beginn der Sitzung am

dritten Verhandlungstage

wurde dann die Abstimmung über die Verschmelzungsfrage vorgenommen. Die Vornahme einer Urabstimmung wurde abgelehnt. Für die Verschmelzung mit den Bäckern stimmten dann 11 Delegierte, die 1210 Mitglieder vertreten, dagegen 23 Delegierte, die 2691 Mitglieder vertreten. Diese Abstimmung war nur provisorisch. Es wurde nun über den Zusammenschluß mit den Brauern abgestimmt, und da stimmten **für die Verschmelzung 31 Delegierte (3509 Mitglieder) und dagegen 3 Delegierte (392 Mitglieder). Die Verschmelzung mit den Brauern ist damit beschlossen.** Verbandsvorsitzender Käppler gab nun bekannt, daß die Delegierten an dem Verbandstag der Brauer teilzunehmen haben und dort das Statut festgelegt wird.

Der Verbandstag nahm dann ein Referat von Umbreit über die Reichsversicherungsordnung entgegen. In einer angenommenen Resolution wurden die Forderungen der Mühlenarbeiter aufgestellt. Dann wurde ausgesprochen, daß sich der Verbandstag dem Beschluß des 7. (außerordentlichen) Gewerkschaftskongresses anschließt, die Gewerkschaftsbeiträge um denjenigen Betrag zu erhöhen, den die Arbeiter infolge der Beitragshalbierung in den Krankenkassen ersparen würden, falls letztere zum Gesetz erhoben wird, um dadurch den geschmälerten Einfluß der Arbeiter in den Krankenkassen durch Stärkung der Kriegskasse der Gewerkschaften wieder auszugleichen.

Der Verbandstag stimmte dann einstimmig einer Sympathieresolution für die ausgesperrten Bauarbeiter zu, in der der Hauptvorstand ermächtigt wird, den ausgesperrten Bauarbeitern im Bedarfsfalle eine namhafte Summe aus der Hauptkasse zur Verfügung zu stellen. Die Delegierten wurden verpflichtet, in ihren Zahlstellen für eine wirksame Unterstützung der Ausgesperrten zu sorgen.

Als erster Vorsitzender wurde Käppler-Altenburg und als zweiter Hapke-Altenburg wiedergewählt. Die freigewordenen Gauleiterposten werden bis zur Verschmelzung nebenamtlich besetzt. Der Ausschuß bleibt in Leipzig.

Nach den vereinbarten Bedingungen vollzieht sich der Zusammenschluß der Verbände am 1. Oktober 1910.

Am Schlusse der Verhandlungen gab Vorsitzender Remmele-Mannheim einen Rückblick und sprach die Hoffnung aus, daß die Kollegen in der vereinten Organisation ebenso wie bisher für den Verband arbeiten und treue Waffenbrüderschaft halten werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Verbandstag wurde nicht geschlossen, sondern vertagt.

Aus der Partei.

Einladung zur Internationalen Jugendkonferenz in Kopenhagen. Das Internationale Bureau der sozialistischen Jugendorganisationen hat beschlossen, im Anschluß an den Internationalen Sozialistenkongreß, der vom 28. August bis 3. September 1910 in Kopenhagen stattfinden wird, die 2. Konferenz der Internationalen Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen abzuhalten, und ladet hierzu alle Jugendorganisationen und Zentralstellen der Jugendbewegungen ein, die mit Parteien in Verbindung stehen, die das Recht der Teilnahme an dem Internationalen Sozialistenkongreß besitzen.

Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Internationalen Sekretariats und der Länder; 2. Die Bildungsarbeit der Jugendbewegungen; 3. Der Jugendschutz; 4. Der Militarismus; 5. Die Stellung der Jugendbewegung zu Partei und Gewerkschaft; 6. Die Internationale Organisation und Neuwahlen; 7. Eventuelles.

Länder, die höchstens 1000 Mitglieder zählen, haben auf der Konferenz eine Stimme; solche bis 5000 Mitglieder haben zwei und solche mit mehr als 5000 Mitgliedern drei Stimmen. In Streitfragen wegen der Zulassung von Delegierten entscheidet endgültig die Konferenz selbst, deren Bureau die ordnungsmäßig ausgefüllten Mandate zu übergeben sind.

Die Organisationen werden ersucht, die Delegierten bis spätestens 15. Juni dem Sekretär Genossen Robert Danneberg, Wien, I. Wollzeile 19, bekannt zu geben. Die Resolutionen werden Ende Juli veröffentlicht werden. Vorschläge zur Abänderung der Tagesordnung sind bis 15. Juni anzumelden.

Wir erwarten, daß aus allen Ländern, in denen eine sozialistische Jugendbewegung existiert, Delegierte erscheinen werden.

Mit sozialistischem Gruß

Das Internationale Bureau der sozialistischen Jugendorganisationen:

Karl Liebknecht (Berlin), Vorsitzender. **Robert Danneberg** (Wien), Sekretär.

Gustav Möller (Schweden), **Henriette Roland Holst** (Holland), **Leopold Winarsky** (Oesterreich).

Reichstagskandidatur. Der sozialdemokratische Verein in Straßburg beschloß einstimmig die Wiederaufstellung des Genossen Böhle als Kandidaten für die nächsten Reichstagswahlen.

Preßprozesse. Genosse Darf von der Breslauer Volkswacht wurde zu 100 Mk. Strafe verurteilt, weil er der Freiburger Polizei, die einen Maurer zu Unrecht verhaftete, nachgesagt hatte, sie habe einen Bock geschossen. Genosse Schiller von demselben Parteiblatt erhielt wegen Beleidigung eines Winkelkonsulenten 50 Mk. Strafe. Der Winkelkonsulent hatte eine arme alte Frau wegen einer Forderung besonders hart bedrückt, und das war kritisiert worden.

Gemilderte „Gerechtigkeit". In einem im vorigen Herbst verhandelten Prozeß des Oberamtmannes Dr Thal in Ettlingen gegen den Karlsruher Volksfreund entstanden durch die dreitägige Dauer der Verhandlungen und die Ladung von fast 100 Zeugen rund 600 Mk. Kosten. Da Genosse Kadel vom Volksfreund zu 100 Mk. Strafe verurteilt wurde, fielen ihm auch die entstandenen Kosten zu. Jetzt hat ihm das badische Kultusministerium mitgeteilt, daß zwei Drittel der Kosten, also 400 Mk., nicht entrichtet zu werden brauchen. Wie gnädig!

a. k. **Die amerikanischen Sozialdemokraten an der Arbeit.** Das neue Milwaukee dürfte noch manchesmal Stoff zu grundsätzlich wichtigen Betrachtungen geben. Es ist bestimmt, von dem Willen und der Fähigkeit der Sozialisten zu ehrlicher Reformarbeit Probe abzulegen. Schon die ersten Tage des neuen Regiments haben von dem neuen Geist Kunde gegeben. Der Mayor Seidel hat die Aufforderung, auswärts Vorträge für 250 Dollar den Abend zu halten (dasselbe Honorar, das der demokratische Präsidentschaftskandidat Bryan erhält) glatt abgelehnt. Er sagte, gerade die häufige Abwesenheit auf Vortragsreisen sei seinem Amtsvorgänger zum Vorwurf gemacht worden, und er wolle sich nicht der gleichen Kritik aussetzen. Die Rathausbeamten, die bisher eine fünfstündige Amtszeit hatten, sind angewiesen worden, künftig 8 Stunden Dienst zu tun. Der Vorsitzende des Gesundheitsamts, der sein Amt in einer namentlich den Interessen der Arbeiterbevölkerung sehr nachteiligen Art vernachlässigt hat, ist abgesetzt worden und wird durch einen auswärtigen Fachmann ersetzt werden. Ein Ingenieur von auswärts wird nicht nur den jetzigen Stadtingenieur, sondern auch die dreiköpfige Behörde für öffentliche Arbeiten (mit je 2500 Dollar Gehalt) ersetzen.

Um den Wucher der Installationsgeschäfte zu brechen, wurde eine Abteilung städtischer Installateure eingerichtet, für deren Reparaturarbeiten nur der Selbstkostenpreis zusammen mit den Steuern erhoben wird. Die Elektrische Bahn wurde zu einer erheblichen Verkehrsverbesserung gezwungen. Der Stadtanwalt wurde zur Erteilung unentgeltlicher Rechtsauskunft an Unbemittelte angewiesen. Ein besonderes Bureau wird für diesen Zweck geschaffen werden. Ferner soll ein städtisches Untersuchungsamt eingerichtet werden. Weiter wird die Errichtung einer städtischen Holz- und Kohlenhandlung und die Anlage kleiner Parks und freier Plätze in den übervölkerten Vierteln, die in Milwaukee besonders traurige Verhältnisse aufweisen, in die Wege geleitet werden.

Besonders interessant sind zwei weitere sozialistische Resolutionen im Stadtrat. Die eine verlangt, daß dem Landtag von Wisconsin ein Gesetzentwurf unterbreitet wird, der für Milwaukee Selbstverwaltung schafft und die Einführung der Volksabstimmung (Initiative und Referendum), sowie das Recht, die Inhaber öffentlicher Aemter abzuberufen, fordert. Die andere will Schullokale zur Veranstaltung von Tanzvergnügen an Sonnabenden zur Verfügung stellen. Dadurch soll das berechtigte Vergnügungsbedürfnis der jungen Leute befriedigt, zugleich aber durch Entfernung der Bälle aus schmutzigen und ungesunden Räumen und aus der Nähe von Wirtschaften (die Verbindung von Schankwirtschaft und Tanzlokal ist schon jetzt verboten), sowie durch Ueberwachung der Vergnügungen durch vertrauenswerte Männer und Frauen den Vergnügungen jeder bedenkliche Charakter genommen werden.

Man sieht, es wird dort Ernst. Und es sind vielfach neue und eigenartige Gedanken, die da zur Durchführung kommen. Allen aber liegt der Gedanke zugrunde: Wahrhaft gemeinnützige Verwaltung ohne Rücksicht auf Sonderinteressen; anständige Bezahlung ehrlicher Arbeit unter Beseitigung müßiggängerischer Schmarotzerwirtschaft; Hebung der Gesundheit und Lebensfreude des Volkes und ehrliche Durchführung der demokratischen Grundsätze, die solange der Spott der alten Parteien gewesen sind.

Eingelaufene Schriften.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Volksstimme zu Frankfurt a. M. Preis 10 Pfg.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Donnerstag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Gelbe Erbsen mit Schweinefleisch.
Speiseanstalt II (Töpfergasse 1): Reis mit Rindfleisch.
Speiseanstalt III (Münzgasse): Weißkraut mit Schöpsenfleisch.
Speiseanstalt IV (Ziegelstraße): Kartoffelstückchen und Möhren mit Schweinefleisch.
Speiseanstalt V (Wurzner Str. 55): Weiße Bohnen mit Pökelfleisch.
Speiseanstalt VI (Neus.-Hallische Str.): Kartoffelstückchen u. Möhren mit Schöpsenfleisch

Kleiner Anzeiger.

Verkäufe und Käufe.

1 Mandel Knick-Eier 55 Pfg. 10065] Hainstr. 19, Hof.

Trauringe massiv Gold von 4 Mk. an. **Gustav Kaniss** Tauchaer Strasse 6. 10 Prozent Rabatt. [11332*

Sie staunen von Studenten, Kavalieren, Doktoren und nur von besseren Herrschaften wenig getragene Anzüge, englische Stoffe, Maßarbeit, reinwollene Sachen, welche neu bis 100 M gekostet haben, 8 12 15 18 22 M. Sommer-Paletots spottbillig. Eleg. Frack- u. Gehrockanzüge spottbillig. [7924 **Kanner, nur Plauensche Str. 11, I.** Nähe Brühl.

Achtung! Nur von feinsten Herrsch., Million., Kavalieren, Studenten wenig getrag. Sachen, feinste Maßarbeit, reine Wolle **Anzüge** d. 70-100 gekost. j. 8,12,16,24 **Sommer-Ueberzieher** teilweise auf Seide gearbeitet. **Hosen, Jacketts** spottbillig. **Eleg. Gesellsch.-Anzüge** sehr billig auch leihweise. **Mandel** Tauchaer Str. 22, I. [*

Gummiwaren eigener Fabrikation sowie **Fussbälle, Fussballblassen, Turnschuhe.*** L.-Lindenau, Kuhturmstraße 7.

Vitragen billig, crème und weiss gestreift, fertige Fenster 3 M **Gardinen-Reste** sehr billig. **Elisabeth Heidorn** Dorotheenstrasse 2.

Die besten Strickgarne empf. z. billigsten Engros-Preisen **Strickmaschinen-Lager*** v. **Hugo Günther**, Zeitzer Str. 9.

Teppiche mit kleinen Webfehlern, spottbillig zu verkaufen. Salzgässchen 7, Hof I. *

Bruchbänder eigene Anfertigung **Korsetts, Geradehalter.** Anprobe in separaten Zimmern **Sanitäts-Haus Kleinzschocher** Dieskaustraße 2. [*

Hygienischen Bedarf* verkauft. Anw. üb. Verwend. gibt Frau Ida Becker, Konradst. 76, II. Abends 6—8 a. Wunsch ins Haus.

Eleg. Plüschsofa von 35 Mk. an **Schrank, Vertiko, Schreibtisch, Trumeau, komplette Schlafzimmer- und Kücheneinrichtung** können Sie nur preiswert kaufen bei [9557* **Kurt Köhler,** Packhofstr. 5, II.

Neue Wirtschaft verkauft billig Kleinzsch., Klarastraße 6, pt. I. [*

Kldrschr. 26, 18, gebr. 10, Kchschr. 15, 2 Bettst. m. M., Sof. 20, Stühle bill. Plagwitz, Nonnenstr. 38 b. [10058

Gartenmöbel, Triumph-Stühle, Chaiselongues, Reisekörbe s. billig. Auerbachs Hof. [*

Singer-Nähmaschinen v. 15 M an, gebr., z. vk. bei **Schuhe,** Petersstr. 34, II.*

Guterh. Kinderwagen bill. zu verk. Mockau, Kreuzstr. 5, pt. I.

Weisse u. rote Speisekartoffeln pro Zentner ab Hof 2.00 Mk., frei Haus 2.25 Mk. **Salatkartoffeln** pro Zentner 2.75 Mk., verkauft [9122* **Leipziger Westend-Baugesellschaft** L.-Lindenau. — Fernsprecher 3187.

800 Fahrräder die neuesten Modelle 1910 sind abermals eingetroffen, darunt. die unverwüstlichen weltbekannten **Triumph-Fahrräder** sowie allererste Fabrikate. **Pa. Fahrräder,** 55, 60, 65, 74 M rc. **1000 Laufdecken,** nur frische Ware, von **1.60** M an. **Pa. Luftschläuche** v. **1.75** M an. Gelegh. **Pa. Carbid-Laternen! 2** M Bequeme Teilzahlung! [* Sonntags Besichtigung gestattet! Leipziger Fahrrad-Industrie **Rich. Stölzel nur Sebastian-Bach-Str. 39/41.**

El. H.- u. D.-Rad b. z. v. Rathausstr. 14, III. l. [*

Pneumatik.

Fahrraddeck. (ohne Gar.)	1.75—2.25 M
„ m. 3 Mon. G.	2.50—3.— „
„ m. 6 Mon. G.	3.70—4.— „
„ m. 12 Mo. G.	4.80—5.— „
Gebirgsreifen (ohn. G.)	3.70—4.— „
„ (mit Gar.)	4.50—7.50 „
Schläuche (mit u. ob. Gar.)	1.80—4.— „

Garantiert frische Ware. **Leipziger Pneumatik-Haus Südplatz 8.** [*

Krankenfahrstühle, Invaliden-Fahrräder verkauft und verleiht billigst* **Louis Krause,** Krankenfahrzeug-Fabrik L.-Gohlis, Aeuß. Hallische Str. 56.

Gr. Auswahl präm. Kanarienvögel, Heckbauer, Nistkästen, Nester, Charpie, Eierbrot, hochf. Sommerrübs., sow. alle Sort. pa. Vogelfutter empf. Max Kraft, Querstr. 17.

Mit Gummi 9 bis 22 Mk. Riesenauswahl. **Otto Winklers** Kinderwagenhaus Johannisgasse 10.*

Reisekörbe **POPP,** Panorama.*

H.- u. Gesch.-Wg. Nabet 50. Tel. 6974.

Bruteier, sch. Langsh., St. Grundm. u. Kellerm., St. 25 ₰, a. Nutzen u. Schönh. gez., Zuchttaub. R. u. B. L.-Ramm l. z. Deck. R. Weiland, Imnitz*

Ausgek. Haare kauft Paul Thiele Neumarkt 31. *

Kaufe Kanarienhähne u. **Weibchen,** alte Vögel, gegen Kasse jeden Posten. **Ernst Fischer** Tauchaer Straße 15. [*

Weisse Mäuse kauft jeden Posten. [10061 A. Mühlner, Nürnberger Str. 24.

Arbeitsmarkt.

2 tüchtige Ziegeldecker werden gesucht. Zu erfragen Leipzig, Eutritzscher Str. 8, H. II. r.

Arbeitsburschen gesucht. 10045] Lindenau, Göhlstraße 3.

Zuverl. Frau vormittags als Aufwart. ges. Breitenfelder St. 3, I. l.

Wanzen nebst Brut, Schwaben rc. vertreibt garantiert sicher Tinktur **„Fellol"** gegen Einsendung von 60 Pfg., Porto extra, durch **Fellig, Leipzig, Gerberstrasse 12, I.** [10064

3-4 M. täglich kann man zu Hause mit Stricken f. uns u. Private auf uns. erstklass. Strickmaschine verdienen, die wir mit 50 M Anzahlung u. bequemer Teilzahlung liefern unter **Garantie dauernder Arbeit** beim Stricken für uns. Anlernen gratis. **Streng reelles Unternehmen.** **Strickmaschinen-Vertriebsgesellschaft** m. b. H., **Cöln.** Vertr. durch: **Rudolf Seidel,** Leipzig, Hallische Str. 3. [*546

Dr. RAUTH, Rechtsanwalt.

Ich habe mich in Leipzig als **Rechtsanwalt** niedergelassen und übe meine Praxis am Amts- und Landgerichte aus. Meine Kanzlei befindet sich in der Passage Ledig: **Schlossgasse 20, I. — Petersstrasse 38.** Fernsprech Nr. 8990. Leipzig, im Mai 1910.

Frauen u. Mädchen über 16 Jahre alt, zum Spargelschälen gesucht. [10022 **Sächs. Konserven-Fabrik Paul Augustin** Berliner Straße 61/63.

Aufwartung für den ganzen Tag sof. gesucht. Guter Lohn, gutes Essen. Dieskaustr. 67, Döbritz.

Verloren am 1. Feiertag eine **Brosche m. Bild,** für den Finder fast wertlos, von Gundorf über den Bienitz. Gegen Belohnung abzugeben Thomb., Friedr.-Wilh.-St. 9, III.

Verloren Medaillon mit Kette, v. Klasch, Kirchdamm, Schloßweg, b. z. Reichsverweser. G. g. Belohn. abz. b. H. Joseph, Kleinzsch., Dieskaustr. 14.

Vermischte Anzeigen.

Nehme hiermit die Beleidigung, die ich gegen den Gen. Zschausch getan habe, zurück. **Otto Teich.**

Rat in all. Rechtsang., **schriftl. Arbeit., Steuerrekl., Schuld- u. Klagsach., Gesuche, Eingaben, Testamente** rc. bes. **Paul Kaiser,** Reichsstr. 22, II.

Ihre Anzüge w. wie „neu" gereinigt u. gebügelt, Anzug **2.50** Mk. Abholung u. Zusendung frei. Postkarte genügt an **Wäscherei „Undine" Döllitz-Leipzig.**

Carl Schneider Nachf. Leipzig Eutritzsch. Str. 20, Freil.-Abt.

2jähr. Kind w. in gut. Pfleg. geg. Li., Odermannstr. 13, III. r. (v. ab. 7 Uhr an).

Kind i. liebev. Pflege zu geb. 1½ J. alt. Leutzsch, Lindenauer Str. 5, II.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100517/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1910. Nr. 111 Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

Zur Allgemeinen Städtebau-Ausstellung.

II.

Nicht den kleinsten Anstoß für den Wettbewerb Groß-Berlin gab bekanntlich die Frage des Waldschutzes. Mit vieler Liebe und teilweise mit großem Geschick haben die Preisträger hier für Groß-Berlin zu retten und vorzubereiten gesucht. Jansen legt zwei grüne Gürtel und einzelne Streifen von ganz ungewöhnlicher Ausdehnung teils durch, teils um das Häusermeer. Man bekommt eine Vorstellung davon, wenn man allein südlich vom Tempelhofer Felder etwa dreitausend Hektar in südöstlicher und in südwestlicher Richtung ebenfalls dreitausend Hektar Waldungen angeordnet sieht. Der Tiergarten, einstweilen noch Berlins größte Lunge, erscheint dagegen mit seinen zweihundertfünfundfünfzig Hektar wie ein Zwerg. Das Projekt der Herren Möhring, Petersen und Eberstadt zieht das Grün in langen, spitzen Zungen, die sich allmählich nach der Peripherie hin verbreitern, so dicht wie möglich an den Stadtkern heran. Die Bewerber gehen von der Ansicht aus, daß es dem Städter ermöglicht werden soll, ausgedehnte Fußwege durch öffentliche Anlagen zu machen, ohne vorher erst eines mechanischen Verkehrsmittels zu bedürfen. Auch Jansen hat seine Freiflächen so angeordnet, daß kein Bewohner einen längeren als zwei Kilometer langen Weg bis zu ihnen zu durchmessen hat.

Ungleich besser als die überstürzte Entwicklung Berlins, die so ziemlich das schlimmste Beispiel großstädtischer Erweiterung in Deutschland darstellt, sind die alten Reichsstädte daran. Bremen beispielsweise hat durch die parkartige Bekrönung seines alten Walls eine ruhige, neutrale Zone geschaffen, die nur von radialen Hauptverkehrsstraßen durchschnitten wird. Die unvermeidliche Ringstraße führt nicht mitten durch das Grüne, sondern an der inneren Gebäudegrenze entlang. Der alte Festungsgraben ist in seinem Zickzack belassen und belebt durch seine Wasserflächen die öffentliche Anlage aufs beste. Frankfurt a. M. hat seinen alten Wall ganz ähnlich erhalten, nur mit dem großen Unterschied, daß er zum besten des Stadtsäckels in Privatgärten aufgeteilt, und so leider der allgemeinen Benützung vollkommen entzogen ist. München und Dresden haben wenigstens Teile der alten Umwallung für öffentliche Zwecke gerettet, Wien aber mit seiner berühmten, und einst viel gefeierten Ringstraße bietet leider das schlechteste Beispiel; man lese, was einer der besten Wiener, ein Mann, dessen vorahnender Geist als guter Genius über dieser ganzen Städteschau schwebt — was Camillo Sitte über diese Prachtstraße seiner Vaterstadt bitter genug ins Album schreibt.

Indes die deutschen Städte fangen ersichtlich an, begangene Unterlassungssünden gut zu machen. Die Gemeinden werden Grundbesitzer großen Stils. Die einfache Tatsache, mit der Königsberg i. Pr. aufwarten kann, ist typisch und redet laut genug: bis zum Jahre 1900 betrug der Grundbesitz der Stadt kaum 200 Hektar, seitdem hat sie ca. 500 Hektar erworben. Die vorbildliche Bodenpolitik der Stadt Ulm gehört als ein leuchtendes Beispiel auch hierher. Seit dem Jahre 1892 hat die Gemeinde durch Ankauf und bedingungsweisen Verkauf von Grundstücken nicht nur eine vorzügliche soziale Wohnungspolitik treiben, sondern auch noch 24 Mill. Mark dabei an Gewinn buchen können. Ganz ungewöhnliche Anstrengungen machen amerikanische Städte für ihre öffentlichen Parks und die damit fast überall verbundenen Sport- und Spielanlagen. Neuyork hat hier wohl besondere Versäumnisse gut zu machen: in den Jahren 1853 bis 1863 erwarb die Stadt ihren Zentralpark von 340 Hektar für 21 Mill. Mark. 1895 bis 1905 kosteten ihr drei kleine Parks von insgesamt 4 Hektar 21,9 Mill. Mark, also annähernd das gleiche wie die riesige Anlage aus der älteren Zeit.

In England wie in Amerika ist der grüne Rasen bekanntlich nicht nur Augenweide, sondern er ist auch zur Benützung da. In den Wasserbecken wird gebadet, auf den Wiesen tummeln sich die Kinderscharen, und an den zahlreichen kleinen Brunnen pantschen sie und erfrischen sie sich. Diese Gattung der öffentlichen Jugendgärten fehlt in Deutschland fast noch überall. Die wenigen Ansätze dazu, die die Ausstellung zeigt, etwa die sehr mannigfaltige Parkanlage des Gartendirektors Encke für Köln, oder die Spielwiese an der Volksgartenerweiterung für Düsseldorf sind darum doppelt zu begrüßen. Wir sollten uns nur auch die geschickte Teilung und Einfriedigung des Geländes, wie sie die Amerikaner entweder durch Wasser oder durch Hecken vortrefflich verstehen, mit der Zeit aneignen. Der neue Stadtpark für Hamburg, ein Entwurf von Fritz Schumacher, nimmt mit seinen terrassierten Ufern rings um einen kleinen See einen ebenso tapferen Anlauf zur Verbesserung, wie das deutsche Stadion nach dem Entwurf von Otto March im Grunewald. Und was an kleineren Spielgärten hier mit wenigen Mitteln geleistet werden kann, zeigt das prächtige Beispiel einer Knickwiese mit laubenartigen Bäumen in den Ecken, als schattige Plätze für die Mütter, eine Planung des Architekten Jakob Ochs für Hamburg-Fulsbüttel. Auch der Entwurf für den neuen zoologischen Garten in München von E. v. Seidl kann sich in diesem Zusammenhange vorteilhaft sehen lassen. Sehr viel weniger frei vom Schema nimmt sich die Straßenbepflanzung der meisten deutschen Städte aus. Hier herrscht unweigerlich die Doppelallee, selbst auf den meisten preisgekrönten Entwürfen für Groß-Berlin, während es doch nahe gelegen hätte, der Baumgruppe sowie dem Einzelbaum zu ihrem Rechte als einem der raumbildenden Faktoren zu verhelfen.

In diesem Zusammenhange wäre noch manches über ausländische und deutsche Gartenstädte zu sagen, über die ein sehr instruktives und fast lückenloses Material da ist. Wir müssen uns aber darauf beschränken, die Musteranlage von Hellerau bei Dresden von Richard Riemerschmid, die hübsche Gartenstadt Harlaching bei München von E. v. Seidl und die vortrefflichen Planungen des Professors Pützer in Darmstadt hervorzuheben. Welchen überraschend schnellen Weg vom Schema, sowohl der Straßenaufteilung wie des Kleinwohnungsbaues, die Wohnungsgründungen der Firma Krupp in Essen binnen eines kurzen Jahrzehnts zurückgelegt haben, geht aus den ausgestellten Plänen deutlich hervor. Das unwirtschaftliche Einzelhaus für den Arbeiter, das etwas kahl und verloren in seiner Parzelle steht, ist durch eine höchst mannigfaltige Gestaltung von Reihenhäusern und Gruppenbauten abgelöst worden. Die jüngste Stiftung der Frau Krupp wird den jungen Architekten G. Metzendorf, der die überaus anmutige Teilung des Geländes geleitet und die Haustypen entworfen hat, sehr bald berühmt machen.

Indes, das kleine Haus im Grünen, oder gar das eigene Heim abseits vom Zentrum ist, wie die Statistik zeigt, bisher wenigstens für die allermeisten Zukunftsmusik. 90 Prozent aller städtischen Häuser sind Mietshäuser, um nicht zu sagen Mietskasernen. Läßt sich dieser unglückseligste Bautypus der deutschen Großstadt reformieren? Die Ausstellung gibt auch hierauf eine Antwort, und sie wird allen denen, die dazu verdammt sind, 20 bis 50 Prozent ihres Einkommens für ihre kahlen vier Wände zu bezahlen, wie eine himmlische Botschaft klingen. Von mehreren Seiten, zum Beispiel von Möhring, Petersen und Eberstadt, von Kuczynski und Lehweß wird nachgewiesen, daß die vier- bis fünfstöckigen Baublöcke, die heute in unsern Großstädten so erschreckend überhand genommen haben, zu ersetzen sind durch die sogenannte gemischte Bauweise. Diese besteht in einer Verbindung der hohen Häuser am Straßenrande mit niedrigen Ein- und Zweifamilienhäusern, die mit kleinen Gärten in das Innere des Baublocks verlegt sind. Durch Einsparung der gänzlich überflüssigen breiten Straßen zwischen den Wohnhausblöcken nach altem System wird Land gewonnen sowohl für die kleinen Gartenparzellen, wie auch für freie Plätze im Innern des Blocks nach neuem System und, was das allerwichtigste ist, die Rentabilität beider Systeme ist völlig gleich. Kein Bauunternehmer oder Bodenspekulant darf künftighin, wenn die Berechnung der genannten Herren richtig ist, sich hinter dem billigen Einwande verschanzen: ich möchte wohl gern anders bauen, aber ich kann es nicht, denn ich muß 6 Prozent Rente herauswirtschaften. Das neue System bietet auch in seiner fünfstöckigen Randbebauung ausschließlich Wohnungen mit Querlüftung, eine hygienische Grundforderung, die bekanntlich nach dem alten System mit seinen engen Hinterhäusern und Lichthöfen nicht zu erreichen war; von Gärten ganz zu geschweigen. In diesen auf das vierfache vergrößerten Baublöcken würde etwa die Hälfte der Bewohner in kleinen Reihenhäusern mit Gartenbenützung hausen können. Daß die Anzahl der vermietbaren Quadratmeter annähernd die gleiche wird, daß die neuen Wohnungen also nicht etwa kleiner werden, ist selbstverständlich berücksichtigt. Man wagt noch kaum, an dieses ideale Zukunftsbild zu glauben, das auch auf dem jetzt schon emporgesteigerten teuern Boden immerhin teilweise würdige Wohnungszustände ermöglichen soll.

Mit dieser beglückenden Aussicht möchte ich schließen. Wirklich nicht, weil ich will, sondern weil ich muß. Denn es ließe sich noch stundenlang sprechen von den tausend Dingen, an die die Ausstellung rührt oder die sie illustriert. Sie spricht ja nicht nur durch das starre Gerippe von Plänen oder durch blasse Zeichnungen und schaumgeborene Projekte. Sie bringt außer ihren zahlreichen Modellen, von denen besonders die großen Stadtmodelle von Chemnitz, Essen, Neuyork, oder die Stadtmodelle von Stuttgart und Dresden (Theaterplatz) hervortreten, zahlreiche Photographien von alten und neuen Straßenführungen, von Plätzen, Brücken, Brunnen und Denkmälern. Man spaziert durch die historischen Stadtpläne von Berlin, Mannheim, München oder Schöneberg und kann zugleich eine stattliche Anzahl moderner deutscher Friedhöfe kennen lernen, unter denen der Waldfriedhof Münchens von Grässel die unvergleichlich erste Stelle behauptet. Bilder über Bilder stellen sich ein und Vergleiche über Vergleiche drängen sich auf. Man müßte ein Buch schreiben, um alles auch nur einigermaßen gerecht zu werten, was diese scheinbar so nüchterne Uebersicht vermittelt oder anregt. Dieses Buch aber, dessen bin ich sicher, würde kein Mensch lesen. Ich habe mit meinen „Großstadtgedanken", in denen ich schon vor Jahr und Tag versuchte, der deutschen Stadtentwicklung glücklichere Ziele als ihre jetzigen zu stecken, eine viel zu deutliche Enttäuschung erlebt, als daß ich dem geschriebenen Wort noch eine besondere reformatorische Wirkung zutrauen könnte. Drum rate ich, so dringlich ich vermag: wer immer es ermöglichen kann, diese Städtebauausstellung zu sehen, und sei es auch nur auf wenige Stunden und scheinbar zunächst ohne rechtes inneres Resultat, der lasse sich die Gelegenheit nicht entgehen. Wer weiß, wann sie wiederkommt. Denn das Museum für Städtebau, das der rührige Generalsekretär der Ausstellung, Dr. W. Hegemann, für Deutschland erträumt, das dürften wir sicherlich erst bekommen, nachdem England und Amerika uns durch ihr Beispiel bewiesen haben werden, daß solch ein Projekt der Projekte keineswegs eine „ideale", sondern eine sehr brauchbare Sache für die Wirklichkeit ist.

Eugen Kalkschmidt.

Die Möve.

Bilder aus dem Seeleben von Johan Skjoldborg.
Autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen
von Erich Schlaikjer.

15] Nachdruck verboten.

Die zwei Seeleute aber konnten hier nicht bleiben. Sie mußten weiter. Alle sahen ihnen freundlich nach, als sie singend in eine Gasse hinein verschwanden.

Eine Strecke weiter trafen sie zwei andre Seeleute, die auch auf das Festland losgelassen waren. Der eine war ein Kopenhagener, der andre ein Bursche aus Christianssund. Sie waren beide vor wenigen Tagen mit einem Dampfer nach Liverpool gekommen, der sie im Atlantischen Ozean aufgefischt hatte, wo sie unter den Trümmern ihres untergegangenen Schiffes schwammen.

„Los Kameraden! Wo gibt es etwas zu trinken!" rief Beck.

„Ich habe selbst einmal Schiffbruch gelitten," bemerkte er zu dem Burschen aus Christianssund, an dessen Seite er ging. „Wir wurden im Kanal übersegelt. Es war übrigens komisch, wir hatten einen schwedischen Matrosen. Als die Sache zum Teufel ging, weckte ich ihn; er wollte aber, verdamm mich, nicht heraus."

„Wollte er nicht herauskommen?"

„Nein, er wollte den Teufel nicht. Er drehte sich in der Koje um und blieb."

„Satan noch einmal! Dann ist er betrunken gewesen, wie ich denken kann. — Und du selbst?"

Na, ich erwischte die Bugspriettakelage des Dampfers. Ich hatte aber zu viel Zeug an und plumpste, Gott verdamm mich, in den großen Bottich. He, he! Unser Kapitän fischte mich aber wieder heraus. Wollt ihr jetzt in die Heimat?" Er wandte sich nun an beide Schiffbrüchigen.

„N—ein," antwortete der Kopenhagener. „Man hat ja kein Zeug. Und auch kein Geld. Ich glaube aber gleichwohl, daß ich den Alten schreiben will."

„Wo wohnen deine Eltern?" fragte der Leichtmatrose.

„In der Friedrich-VII.-Straße. — Das glaube ich wenigstens."

„Dann bist du in der Charlottenstraße in die Schule gegangen?"

„Ja."

„Mir scheint auch, daß ich dich früher gesehen have."

„Hör du, Kopenhagener," sagte Beck, „wie lange ist es her, daß du nach Hause geschrieben hast?"

„Ach — einen Augenblick! — Es werden drei Jahre her sein, denke ich."

„Du, das geht nicht — Wo bist du gefahren?"

„Am meisten in der amerikanischen Küstenfahrt."

„Au!"

Der Kopenhagener schwang die Arme und sang:

„Ein Yankeesegler bin ich."

Beck warf den Kopf zurück:

„Na, never mind! Hier ist eine Schenke!"

Einen Augenblick später saßen die vier Seeleute mit einigen Mädchen um den Tisch herum — bei blinkenden Gläsern und braunem Whisky.

„Wohlsein, Kameraden!" Beck erhob sich und grüßte die Schiffbrüchigen.

Die Mädchen wollten mit anstoßen. Beck aber schob sie mit dem Arm zurück. „Diesmal nicht! — Hinweg!"

Der Bursche aus Christianssund trank wie ein Schwamm. „Das letzte Mal, daß ich richtig an Land war, war in Antwerpen."

Er blinzelte mit den rötlichen Augenlidern und machte die Augen ganz klein, um recht zu überlegen, was damals alles passiert war.

„Dort hatte mich ein Teufelsmädchen in den Krallen," sagte er dann.

Sie lachten. — Und nun ging das Singen und Juchzen los! Den Hut im Nacken und Juchhe! Heimliche Umarmungen und Gläserklingen.

Besonders der lockige Leichtmatrose hatte immer ein Weib in seiner Nähe.

Der Schimmer der Lampe drang durch den Rauchnebel und blinkte in den Gläsern und in dem braunen Whisky.

Der schiffbrüchige Kopenhagener erhob sich und sang mit kecker Lebenslust:

Wir kommen von Rio Janeiro her,
Die Sonne ist heiß und stark!
Das Vollriggerschiff hat Felle an Bord,
Nach Liverpool geht der Quark!
„Ho, hei, Liverpool! Liverpool hei my boy!"

Von Küste zu Küste, von Ort zu Ort,
Und Branntwein bis an den Strich!
Doch bleib ich nicht lange, ich muß wieder fort,
Ein Yankeesegler bin ich!
„Ho, hei, Liverpool! Liverpool hei my boy!"

Am fremden Land verlaß ich das Schiff
Und laufe ins Märchenreich.
Mit 90 Pfund eine Tour an Land
Gibt Leben und Lust zugleich!
„Ho, hei, Liverpool! Liverpool hei my boy!"

Der alte Kasten von achter bis vorn
Ist faul in der Plankenwand.
Es geht wohl einmal in die Hölle hinein,
Doch morgen geht es an Land!
„Ho, hei, Liverpool! Liverpool hei my boy!"

Der Kopenhagener ging hinaus. Beck kriegte ihn draußen zu fassen. „Hör, Kamerad! Tu mir den Gefallen und schreib nach Hause."

„Nach Hause?"

„Ja, an die Alten in der Friedrich-VII.-Straße."

„Warum?"

„Gleichviel! Tu es!"

„Jedenfalls hat es doch keine Eile."

„Hier ist eine Karte, hier ein Bleistift, setz dich!"

Der Kopenhagener Yankeesegler grinste, setzte sich aber doch und schrieb.

„Vergiß deine Adresse nicht!"

Die Karte wurde expediert.

Nach und nach wurde die Gesellschaft immer dichter von dem Rauch und Spiritusnebel eingehüllt, der gleich Wolken durch das Lokal zog.

Als einige Zeit vergangen war, kam aus diesem Nebel eine neue weibliche Gestalt heraus. Sie kam aus dem Hintergrund des Lokals, still, gleitend, fast gespensterartig.

Sie blieb am Tisch der Seeleute stehen und sah sie mit ihren großen Augen an.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100517/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

„Guten Abend, Landsleute," sagte sie auf dänisch und lächelte wehmütig.

„Hast nich gesehn! Bist du verrückt?" riefen die Seeleute.

Es gab eine Flasche Bier.

Das dänische Mädchen aber war sehr zurückhaltend.

Als geschlossen wurde, mußten die schiffbrüchigen Seeleute schnell laufen, um im Seemannsheim noch eingelassen zu werden. Beck und der Leichtmatrose aber wurden von dem dänischen Mädchen eingeladen.

Es sollte so nett und gemütlich werden!

„Ho, hei Liverpool! Liverpool hei my boy!" sangen sie und folgten dem merkwürdigen Mädchen, das ihnen voranging.

Sie kamen durch verschiedene Winkelgäßchen; in einem dunklen Gang blieb sie stehen, um ihnen etwas zu erklären.

Im selben Augenblick stürzten zwei Weiber und drei Männer aus dem Dunkel hervor und schlugen die beiden Seeleute nieder.

Im nächsten Augenblick aber waren Beck und der Leichtmatrose wieder auf den Beinen und die Schlägerei war in vollem Gang.

Hier konnte Beck anwenden, was er auf den Fahrten seiner Jugendjahre gelernt hatte. Er brauchte Arme und Beine zugleich; er schlug mit den Fäusten, mit der Stirn, mit den Stiefelhacken, er krümmte sich wie ein Wurm, der sich nicht festhalten läßt. Auch der Leichtmatrose zahlte in bar. Die Engländer begannen sich zurückzuziehen.

Das ganze hatte sich sehr schnell abgespielt, und während des Kampfes war kein Wort laut geworden.

Nun rief Beck:

„Halt das Frauenzimmer fest, Peter! Sie muß ihre Strafe haben."

Die anderen liefen.

Beck wandte sich an das Weibsbild, die von den kräftigen Fäusten des Leichtmatrosen festgehalten wurde.

„Nun sollst du deine Strafe erleiden," sagte er ganz feierlich.

Dann riß er ihr das Zeug vom Leibe, auch das Hemd und die Strümpfe, riß ihr den ganzen Plunder herunter, daß sie splitternackt auf der Straße stand.

„Bist du eine Dänin?" sagte er dann höhnisch.

„Laß sie laufen, Peter!"

Dann gab er ihr als Beschluß einen herzhaften Fußtritt.

„Pfui, Satan!"

Ihr weißer Körper verschwand schleunigst im Dunkeln.

Ihre Kleider waren zerrissen, außer Peters Uhr aber war nichts gestohlen.

Siegesfroh zogen die beiden Kameraden zur Möve nach dem Hafen herunter, während sie sangen:

„Ho, hei Liverpool! Liverpool hei my boy!"

(Fortsetzung folgt.)

Technisches.

Ein galvanisches Starkstromelement?

Im Laufe der letzten Zeit las man hier und da Nachrichten in den Tageszeitungen über die Erfindung eines neuen galvanischen Elements, mit dem es möglich sein sollte, auf einfachem Wege unabhängig von andern Kraftquellen elektrische Energie in Gestalt starker Ströme zu gewinnen. Als der Erfinder wurde Benkö in Budapest genannt, auch bereits eine Aktiengesellschaft zur Ausnützung der Patente angegeben. Ob sich die auf die Erfindung gesetzten Hoffnungen erfüllen, kann man gegenwärtig nicht mit Bestimmtheit sagen.

In jedem galvanischen Element wird bekanntlich Elektrizität lediglich durch chemische Vorgänge erzeugt, ohne daß es wie bei den Akkumulatoren erforderlich wäre, vorher erst elektrischen Strom hineinzuschicken und sie zu laden. Während man deshalb die Akkumulatoren als Sekundärelemente bezeichnet und damit ihren Charakter als Apparate zweiter Art hervorhebt, die immer im Anschluß an vorhandene wirkliche Elektrizitätsquellen existieren, heißen die galvanischen Primärelemente, sie sind selbst Elektrizitätsquellen. Man erhält eine solche schon, wenn man in ein Glas mit Salzwasser eine Kupfer- und Zinkplatte mit angelöteten Drähten einhängt, die den erregten Strom fortleiten. Der ist aber recht schwach, man bekommt einen stärkeren, sobald man in das Glas eine Mischung von Wasser und Schwefelsäure gießt. Dann wird es im Glase auch lebendig, die Flüssigkeit wallt und zischt, von dem Zink steigen dicht nacheinander Gasblasen empor. Nach einiger Zeit beruhigt sie sich wieder, das Wallen und Blasen wird schwächer. An dem Zink bemerkt man dann deutlich, daß ein Teil abgenützt worden ist, am Kupfer nichts. Wie wir daraus erkennen, fabriziert ein galvanisches Element keineswegs elektrischen Strom aus nichts, es ist vielmehr analog dem Kohlenverbrauch einer Dampfmaschine eine Aufwendung an Material erforderlich, nämlich an Chemikalien und Metall. Die Säure wird immer matter, das Zink schließlich aufgezehrt. Während des Elementbetriebs zeigt sich nun eine Erscheinung, die unter den elektrochemischen Begriff „Polarisation" fällt, ein baldiges Nachlassen des Stroms, trotzdem Säure und Zink noch kräftig genug sind. Die Störung schafft sich der Strom selbst, der ja durch die Flüssigkeit des Elements in umgekehrter Richtung fließt und sie zersetzt. Es entsteht Wasserstoff an der Kupferplatte, und der bildet die Ursache des Stromstillstands. Beseitigt man ihn in der Weise, daß man ihn im Moment des Freiwerdens sofort mit Sauerstoff sich verbinden läßt, resultiert Wasser, und der Strom wird nicht mehr gehindert. Also muß man geeignete Chemikalien an die Kupferplatte bringen, die leicht den eben notwendigen Sauerstoff abtreten können. Es werden naturgemäß stets besonders sauerstoffreiche Substanzen sein, deren die Chemie verschiedene besitzt. Sie dürfen aber, wenn man sie dem Element einverleibt, weder die Metallteile unnütz angreifen, noch die stromerregenden Prozesse ungünstig beeinflussen. Vorteilhafte Zusammensetzungen hat man früher wohl gefunden, als man nur auf diese Art der Elektrizitätserzeugung angewiesen war und noch keine Dynamomaschinen kannte, aber vollständig gut ist keines der damals ersonnenen Elemente. Wie früher, so eignen sie sich heute stets nur bald für diese, bald für jene Zwecke. Grove wählte zum Beispiel als sauerstoffabgebende Substanz die Salpetersäure, doch dazu darf man sie nicht direkt mit der verdünnten Schwefelsäure mischen, außerdem auch keine Kupferplatte benutzen, sondern ein Platinblech. Salpetersäure als „Depolarisator" bedingt demnach ein besondres Gefäß, einen porösen Tonzylinder, und würde durch die Notwendigkeit des Platinblechs das Element unerschwinglich teuer gemacht haben, hätte nicht Bunsen in der Retortenkohle ein Material entdeckt, das elektrisch dem Platin gleichkommt, aber billig ist.

Das Bunsenelement hat sich in etwas abgeänderter Form zu Laboratoriums- und Versuchszwecken bis in die Gegenwart erhalten, vor allem wegen seiner Leistungsfähigkeit. Es besteht aus einem runden Glas, in dessen Mitte sich ein Zylinder mit halb so großem Durchmesser aus weißem, ohne Glasur gebranntem Ton erhebt. Darin findet ein Block aus Retortenkohle Platz, in dem Raume zwischen ihm und dem Glas ein rundgebogenes Stück Zinkblech von einigen Millimetern Dicke. Hier füllt man die verdünnte Schwefelsäure ein, in den Tonzylinder reine Salpetersäure, so, daß beide Flüssigkeiten gleich hoch reichen. Infolge der Porösität der Tonmasse saugt sich der Zylinder durch und durch mit Säure voll und der Strom erhält darin bei den zahllosen Kanälchen und Löchern einen ziemlich gangbaren Weg. Das kommt mit der verhältnismäßig hohen Stromstärke zum Ausdruck, die je nach der Größe des Elements 5—15 Ampere beträgt, unter 1,8—2 Volt Spannung. Diese Leistung dauert vielleicht 3—4 Stunden an, dann erst sinkt die Kraft. Mit 50—60 Bunsenelementen könnte man schon ein Dutzend Wolframglühlampen von je 50 Kerzen Leuchtkraft während der günstigen Periode der Stromabgabe betreiben, doch hätte eine solche Beleuchtungsart ihre erheblichen Schattenseiten. Es werden infolge des lebhaften Aufwallens der Schwefelsäure Partikelchen der scharfen Flüssigkeit umhergespritzt, die Salpetersäure entwickelt dunkle Dämpfe mit stickig-saurem Geruch, was beides gründliche Ventilation verlangt und in geschlossenen Räumen Schwierigkeiten bereitet. Dann wird das Zink in der Schwefelsäure fortwährend angegriffen, auch wenn kein Strom entnommen wird. Man muß die Batterie jedesmal demontieren und vor dem Gebrauch von neuem zusammensetzen. Der Tonzylinder, in trockenem und nassen Zustande zerbrechlich, ist gleichfalls wenig angenehm. Immerhin war das Bunsenelement lange Zeit das einzige wirkliche Starkstromelement.

In andrer Weise löste Poggendorf das Problem der Depolarisation. Man kennt in der Chemie eine rote, nadelartige Kristalle bildende Substanz, Chromsäureanhydrid, die mit Wasser eine Lösung von ätzendem und oxydierendem Charakter ergibt. Die Herstellung der Chemikalie ist nicht ganz so einfach und erfordert einige Geschicklichkeit, denn man hat erst eine kalt gesättigte Kaliumbichromatlösung zu bereiten, Schwefelsäure im gewissen Verhältnis zuzufügen und aus der abgekühlten Flüssigkeit die ausgeschiedenen Kristalle zu gewinnen. Einfacher ist es, direkt eine relativ schwach saure Kaliumbichromatlösung in einem Glasgefäß mit den Zink- und Kohleplatten anzusetzen. Solche Elemente bringt man derart an, daß man ein Glas mit weitem, kugeligem Unter- und geradem, zylindrischem Oberteil mittels Deckel verschließt und von diesem zwei parallele, lange Kohlen inwendig herabhängen läßt. Dazwischen kann man das ebene, dicke Zinkstück an einer Messingstange auf- und abschieben, damit man es aus der nur den Unterteil füllenden Flüssigkeit während des Nichtgebrauchs emporhebt. Die erregende Lösung ist bei solchen Elementen gleichzeitig Depolarisator, die Benutzung der zweierlei Flüssigkeiten und Tonzellen fällt weg. Leider ist die Leistung geringer als die der Bunsenelemente.

Gegenüber dem Zink sind manche Salzlösungen weniger angriffslustig, sie wirken nur in der Zeit des Stromdurchgangs. Derartig beschaffene Elemente bleiben immer zusammenmontiert, sind darum jederzeit betriebsbereit und in verschiedenen Systemen zu Millionen im praktischen Gebrauch bei der Haus- und Verkehrstelegraphie, Telephonie usw., wogegen die vorhin beschriebenen heute eben lediglich dem Versuch gehören. Die dauernd betriebsfähigen Elemente liefern indes nur zeitweilig und mehr oder minder schwachen Strom. Eine Gruppe der galvanischen Elemente, die vor längerer Zeit aufkamen, weckte allerdings die Hoffnung, das Beste gefunden zu haben; denn diese, die Kupferoxydelemente, besaßen eine in den Eigenschaften den Salzlösungen ähnliche Alkalifüllung, und gaben ansehnliche Stromstärken. Die elektrische Energie floß überdies, nach Belieben des Stromverbrauchers, während eines größeren oder geringeren Zeitraums. Seitdem existieren sie unter verschiedenen Namen und Ausführungen im Handel. Der Depolarisator, Kupferoxyd, ist eigentlich ein schwarzes Pulver, also ein fester Körper, den man aber nicht, wie es früher mit pulverigen oder körnigen Oxyden geschah, in Tonzylinder schüttet, sondern zu möglichst kompakten Tafeln formt. Edison erzielte dies durch hydraulischen Druck in Pressen, andre verwerten die Eigenschaft des Kupferoxyds, mit Chlorchemikalien einen erhärtenden Brei zu bilden. Nach der oder jener Methode überblickt man rechteckige Kupferplatten mit der Oxydmasse und stellt sie parallel zwischen die Zinkstücke in viereckigen Gläsern unter die Alkaliflüssigkeit. Wenn die Oxydplatten bei mehrstündigem Betrieb erschöpft sind — infolge des Sauerstoffaustritts nimmt ein Teil mehr metallischen Charakter an —, hebt man sie heraus, wässert sie ab, trocknet sie in warmer Luft, und das ist für sie auch die Regeneration! Haben sie lange genug dort gelegen und sich durch den Sauerstoff der Luft neu oxydiert, sind sie wieder gebrauchsfähig. Der weiteren Verbreitung scheint die niedrige Spannung, 0,8 Volt, hinderlich zu sein.

Benkö ist mit seinem neuen Element noch einen Schritt weiter gegangen, er versuchte nämlich, den Sauerstoff der Luft anstatt als Regenerierungsmittel als Depolarisator zu verwerten. Der Erfinder gelangt da natürlich zu einer von den üblichen Systemen ganz abweichenden Bauart. Der Hauptteil dieses Elements ist ein viereckiger Kohlenblock, in den von oben drei Spalte eingeschnitten sind, die weder die ganze Tiefe noch Breite des Stücks beanspruchen. Es ist unten und an beiden Seiten noch eine Kohlenwandung vorhanden. Dieselben Oeffnungen werden dazwischen auch von unten nach oben angebracht. Die Spalte sind weit genug, um als Zellenräume für die Zinktafeln zu dienen, der Kohlenblock wird also als Elementgefäß hergerichtet. Er ist dann oben und unten durch hohe, aus einem chemisch widerstandsfähigen Metall angefertigte Deckel verschlossen, daneben an den vier äußeren Wandungen noch mit einem gasdichten Ueberzug. Dieser wird aber an einigen Stellen von senkrechten Schlitzen unterbrochen. Im untern Deckel mündet ein die Erregerflüssigkeit einlassendes Rohr, im oberen eine Absaugleitung. Mittels eines geeigneten Apparats ruft man eine so kräftige Saugwirkung hervor, daß gleichzeitig von den Schlitzen des Ueberzugs aus durch die Poren der Kohle Luft hereingezogen wird. Deren gewöhnlicher gasförmiger Sauerstoff spielt hier die Rolle des in andern Fällen aus den flüssigen oder festen Substanzen entwickelten. Da die Erfindung sich gegenwärtig über die Anfänge kaum erhoben zu haben scheint, ist ein Urteil über den praktischen Nutzen schwer zu fällen. Man bemängelt die Notwendigkeit der Saugpumpe, fragt nach der Möglichkeit, die Wasserstoffstörung unter intensiven Strömen mit dem Luftsauerstoff zu beseitigen, und andres. Jb.

Kunstchronik.

Schauspielhaus (Der Raub der Sabinerinnen). — Wenn ein Künstler vom Range Bassermanns als Schmierendirektor Emanuel Striese auftritt, stellt sich natürlich die Frage ein, ob er vielleicht der Meinung ist, die Figur aus den Schwankniederungen herausziehen zu sollen und zu können — oder ob es ihm vielleicht nur Spaß macht, sich auf einem Gebiet zu tummeln, das er in der Regel verschmäht. Es zeigte sich gestern, daß Bassermann gar nicht daran denkt, die Rolle ihres Schwankcharakters zu entkleiden, und das ist schließlich gut so: es zeugt mehr von künstlerischer Einsicht, als wenn er etwa darauf ausgegangen wäre, der Rolle tiefre Bedeutung zu geben. Bassermann betonte sogar recht deutlich, wie er Stück und Rolle eingeschätzt wissen wollte, namentlich durch die Andeutungen und Zusätze, die er zu dieser von unsern Komikern im Verlaufe der Jahre reichlich bedachten Rolle beisteuerte. Die Zusätze waren sehr unterschiedlich, zum Teil keck und geistreich, zum Teil ausgiebig banal und von der Sorte, wie sie Lustigmacher gewöhnlicher Sorte verüben. Sie lassen sich im Ganzen nur rechtfertigen, wenn man eben davon ausgeht, daß es Bassermann Spaß machte, einmal auf dieses Niveau hinabzusteigen. Auf der andern Seite war es natürlich, daß dieser Spaßmacher, der im gewöhnlichen Leben ein scharfer, feiner Charakteristiker ist, die Gestalt, man möchte sagen unwillkürlich, etwas beschwerte. Es ist selbstverständlich, daß er für den traurigen Kunsthelden eine Maske fand, die seines Lebens Mühsal und geheime Sehnsucht eng verbunden aufzeigte, und es war selbstverständlich, daß die Freude des guten Striese, als ihm Hoffnung wird, aus seiner Landstrahenexistenz hinauszukommen und seßhaft zu werden, einen feineren und ergreifenderen Ausdruck fand, als ihn der übliche Spaßmacher aufbringt. Doch heißt es in die Leistung etwas hineintragen, was gar nicht in ihr steckt, wenn man etwa die Bedeutung dieser Verfeinerung stark betont.

Eine andre Frage ist es dann, ob Bassermann gerade gut daran tut, auf Gastreisen diese Rolle vorzuführen. Wenn er innerhalb des Ensembles, dem er angehört, gelegentlich einen Abstecher in die Region der Gebrüder Schönthan macht und einmal anders kommt, hat das seinen Reiz; das Publikum sieht dann den Künstler, dessen eigenste Bedeutung ihm vertraut ist, sozusagen im Schlafrock des Komödianten, und hat sein verständliches Vergnügen daran. Fremdem Publikum sollte er sich nur in Rollen zeigen, in denen sein eigenstes Wesen zutage tritt, nicht in Rollen, in denen es nur andeutungsweise aufblitzt. Denn dieses fremde Publikum hat ein begreifliches Interesse daran, den großen Künstler so zu sehen, wie er seine ganze Kraft einsetzt, nicht wie er sich gehen läßt, und findet mit Recht, es zahle nicht erhöhte Preise, um zu andern Strieses einen neuen zu sehn, der sich im wesentlichen nicht von der sattsam bekannten Verwandtschaft unterscheidet, nicht von ihr unterscheiden kann. gm.

Neues Theater. Donnerstag: Wallensteins Lager; Die Piccolomini (Klassikerzyklus IV). Freitag: Hoffmanns Erzählungen. Sonnabend: Wallensteins Tod (Klassikerzyklus V). Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Der gehörnte Siegfried, Siegfrieds Tod (Klassikerzyklus VI). — **Altes Theater.** Donnerstag: Der Opernball (halbe Preise). Freitag: Der Rodelzigeuner. Sonnabend: Die Dollarprinzessin. Sonntag, nachmittags 1/2 3 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Der G'wissenswurm), abends 1/2 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Montag: Der Rodelzigeuner.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 1/2 8 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Donnerstag: Die gelbe Nachtigall (Korz: Albert Bassermann). Freitag, 7 Uhr: Faust (halbe Preise). Sonnabend unbestimmt. Sonntag: Kollege Crampton (Cramyton: Albert Bassermann). Montag: Der Arzt am Scheidewege (halbe Preise). — **Neues Operetten-Theater** (Theater am Thomasring). Donnerstag: Die Fledermaus. Freitag: Das Fürstenkind. Sonnabend: Die Fledermaus. Sonntag: Die Fledermaus. Montag: Die beiden E.

Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nichts andres angegeben, 1/2 8 Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 Uhr.

Battenberg-Theater. Donnerstag: Der Stabstrompeter. Freitag: Ein toller Einfall. Sonnabend: Maria Stuart. Sonntag: Ein toller Einfall. Montag: Der Veilchenfresser.

Alberttheater (Hotel Stadt Nürnberg). Abend für Abend Gastspiel des Berliner Thalia-Ensembles: Der Graf von Monte Christo, bearbeitet von A. Steinmann.

•

In Berlin ist heute vormittag der bekannte Genre- und Historienmaler Franz **Skarbina** gestorben, der im 62. Lebensjahre stand. — Josef **Kainz** hat sich einer Darmoperation unterwerfen müssen. Sie ist schwierig verlaufen, doch besteht Hoffnung auf vollständige Wiederherstellung. — Durch die Presse geht die Notiz, **Björnsons** Drama Der König, das wegen seines politischen Gehalts auf allen deutschen Bühnen außer in Bremen verboten sei, solle Ende August im neuen Bremer Schauspielhause seine erste Aufführung in Deutschland erleben. Demgegenüber sei festgestellt, daß das Stück, das politische Gouvernantenweisheit breittritt, längst in Nürnberg und im Leipziger Stadttheater gegeben worden ist und sich nirgends auf dem Spielplan hat halten können. Die Bremer Nachricht ist ein plumpes Reklamemanöver. —

Notizen.

np. **Geheimnisvolle unterirdische Gänge in Sachsen.** Aus Glauchau wird unterm 17. Mai geschrieben: In der Nacht zum Pfingstsonnabend versank hier plötzlich ein Teil des Straßendamms an der Einmündung der Marktstraße auf den Marktplatz in die Tiefe, was den Bruch der Schleuse, Gas- und Wasserleitung, sowie die sofortige Räumung eines dreistöckigen Eckhauses zur Folge hatte. Zweifellos ist wieder einmal einer der vielen unterirdischen Gänge eingestürzt, mit denen mehrere Städte unsrer Gegend, vor allem Lichtenstein, fast völlig unterminiert sind, und von denen sich manche viele Kilometer weit verborgen durch das Land hinziehen. Denn von vielen dieser Gänge sind Ausdehnung und Richtung ebenso unbekannt wie der Zweck, dem sie eigentlich früher dienten. Der längste von allen ist wohl der sogen. Sachsenstollen, der (zirka 25 Kilometer) von Freiberg bis nach Scharfenberg an der Elbe (oberhalb Meißen) geht, so daß er die einst wichtigen Silberbergwerke an beiden Endpunkten miteinander verbindet; doch ist schwer einzusehen, weshalb man das gerade unterirdisch bewerkstelligte, da der Bau zweifellos mit unendlichen Mühen und Kosten geschah. Ebenso mögen auch noch viele andre solche Gänge im Interesse des Bergbaus angelegt worden sein, mit dem sie dann wieder verfielen. Auch die Prinzenhöhle bei Stein-Hartenstein an der Zwickauer Mulde ist in Wirklichkeit gar keine Höhle, sondern der Ausgang eines solchen Stollens, durch den vermutlich die Prinzenräuber Mosen und Schönfels — die Genossen Kunzens von Kaufungen — mit dem Altenburger Prinzen Ernst dahin gelangten. Ob aber auch dieser Gang mit dem Bergbau zusammenhing, ist fraglich, und bei vielen andern ist das direkt ausgeschlossen. So führt von der Albrechtsburg (über Meißen) ein Stollen erst in dem Berge hinab bis zur Elbe und dann unter dieser hindurch weiter. Auch die unterirdischen Gänge in Glauchau und in Lichtenstein gehen von den dortigen Schlössern aus, für bloße Notausgänge wären sie aber auch reichlich teuer. Auch in Werdau gibt es solche Gänge. In Lichtenstein und Werdau unternahmen es vor ein paar Jahren eine Anzahl Herren, mit dem nötigen Handwerkszeug und geeigneten Hilfskräften ausgerüstet, den Gang, der diese beiden Städte verbindet, zu durchforschen. Die Lichtensteiner stiegen vom dortigen Schloßhofe aus über drei Treppen in einen Gang, von dem sich später ein Nebengang abzweigte. In beiden Gängen befanden sich in regelmäßigen Abständen voneinander Nischen, und die ganze Anlage ist in gotischem Stil ausgemauert. Ihr Bau muß infolge des sehr harten Gesteins (Rotliegend) eine ganz kolossale Arbeit gemacht haben und kann nur durch Frondienste bewerkstelligt worden sein. Mit dem Bergbau kann er nichts zu tun gehabt haben, da hier für Bergleute nichts zu holen war, wie jeder Kundige bald einsah. Um so mehr überraschte die Höhlenforscher daher, daß eine lange Treppe, über die sie kamen, sehr ausgetreten ist, was auf ein sehr häufiges Begehen deutet. Der eine Gang führte dann zunächst bis an einen Turm (von 15 Meter Höhe und 1,40 Meter lichter Weite), der charakteristischerweise nicht über die Erdoberfläche hervorragt. Annähernd 5 Meter ist er im Rotliegenden gearbeitet, dann sind große Steine aufgesetzt und oben ist er flach gewölbt. Die Werdauer Forscher drangen in einen 3 bis 4 Meter hohen Stollen ein, der nächst Gospersgrün in der Richtung auf Schönfels in den Berg hineingeht, und gelangten ebenfalls bis in einen größeren, ganz glatt bearbeiteten Raum, dessen Wandflächen inzwischen völlig mit Tropfsteinbildungen überzogen sind. An diesen beiden vorläufigen Endpunkten gaben beide Expeditionen ihre mit ziemlichen Mühsalen und Unbequemlichkeiten verbundenen Forschungen auf, so daß man also noch nicht alle Geheimnisse dieses Gangs kennt. Seit 1702 steht am Ausgange der Höhle, in die die Werdauer eindrangen, eine Mühle, und die Müller benutzten diese seither als Keller, ohne sich weiter darum zu kümmern, wie tief sie in den Berg hineinging. Es ist anzunehmen, daß diese Gänge und ihre einstige Bestimmung während der Sturmzeiten des dreißigjährigen Kriegs in Vergessenheit geraten sind.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100517/14 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG